

Protokoll

über die 39. Sitzung vom 19. Juli 2017

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein, und stellen Sie Ihre Gespräche ein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch einmal bitten, Ihre Plätze einzunehmen, wenn Sie der Debatte folgen wollen, und Ihre Gespräche einzustellen, ansonsten möglicherweise die Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern, sollten diese wichtig sein.

Nochmals guten Morgen! Ich eröffne die 39. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Berg, Herr Abg. Kopp, Herr Abg. Schreiner, Herr Abg. Stein sowie Herr Abg. Walter.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Staatsrätin Erler und Frau Staatssekretärin Olschowski sowie nachmittags Frau Ministerin Sitzmann. Aus persönlichen Gründen verhindert ist Herr Staatsminister Murawski.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zwei Geburtstagskinder in unseren Reihen. Ich beginne mit Frau Kollegin Nese Erikli. Liebe Frau Erikli, im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen alles Gute zum Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Mein herzlicher Glückwunsch geht natürlich auch an unseren Minister Hermann. Auch Ihnen alles Gute im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall im ganzen Haus – Abg. Andreas Stoch SPD:
65, was sagt uns das? – Gegenruf des Abg. Andreas
Schwarz GRÜNE)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Innovationen made in Baden-Württemberg: 200 Jahre Fahrrad – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf wie immer an dieser Stelle

die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Katzenstein.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete!

Bei keiner anderen Erfindung ist das Nützliche mit dem Angenehmen so innig verbunden wie beim Fahrrad.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe, u. a.: Amen! – Richtig!)

Dies sagte Adam Opel, der Begründer des heutigen Autoherstellers.

Ich weiß es noch wie heute, als ich das erste Mal – dank meiner Geschwister – alleine Rad fahren konnte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie lang ist das her?)

Hach, welch ein Glück! Freiheit, selbstständige Mobilität, das Stadtviertel, die ganze Stadt waren für mich kleinen Steppke auf einmal erreichbar. Und was für ein erhebendes Gefühl ist es doch, nach wenigen Stunden nur mit eigener Muskelkraft einen ausgewachsenen Alpenpass erreicht zu haben, und wie herrlich ist dann die wohlverdiente Abfahrt zurück ins Tal.

All das und vieles mehr haben wir, haben Abermillionen Menschen der Erfindung des Baden-Württembergers Karl Freiherr von Drais zu verdanken.

(Abg. Anton Baron AfD: Das verursacht auch Feinstaub!)

Am 12. Juni vor 200 Jahren führte er das erste Mal seine Laufmaschine dem staunenden Mannheimer Publikum vor. Er bewältigte die Strecke nach Schwetzingen und zurück in der bis dato unvorstellbaren Zeit von nur einer Stunde.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ja Wahnsinn!)

Und – was nur wenige wissen – nur ein paar Wochen später, am 28. Juli 1817, machte er die erste Mountainbiketour. Er

(Hermann Katzenstein)

fuhr von Gernsbach durch den Wald über die Passhöhe am Staufenberg nach Baden-Baden.

Die geniale Erfindung des Fahrrads – ein Meilenstein in der Menschheitsgeschichte. Es erlebt seit den letzten Jahren eine Renaissance – zu Recht auch und insbesondere in Baden-Württemberg.

Denn Fahrradfahren ist effizient. Bei keinem anderen Verkehrsmittel braucht man so wenig Energie pro Strecke. Mit einer halben Tafel Schokolade kommen Sie zu Fuß ca. 3 km weit, umgerechnet mit einem Mittelklasseauto 250 bis 300 m.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Tanken Sie Schokolade? – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Kommt noch!)

– Umgerechnet! Haben Sie nicht zugehört?

Und mit dem Fahrrad bei mäßigem Tempo 15 km –

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: Waren Sie schon einmal mit dem Fahrrad im Büro? – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Zartbitter oder Vollmilch?)

und das umweltbewusst und ohne fossile Brennstoffe zu verbrennen und das Klima zu schädigen.

Fahrradfahren ist schnell. Mit keinem anderen Verkehrsmittel kommt man in der Stadt so schnell ans Ziel. Mehr als die Hälfte der Autofahrten in Baden-Württemberg sind kürzer als 5 km. Mit dem Rad brauchen Sie keinen Parkplatz zu suchen. Sie sind auf solchen Distanzen locker schneller am Ziel.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da kann man streiten! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dank der Pedelecs gilt dies inzwischen auch für hügelige und längere Strecken. Es macht also auch daher überhaupt keinen Sinn, mit dem Auto zum Bäcker zu fahren.

Fahrradfahren ist gesund. Regelmäßiges Radfahren verbessert den allgemeinen Gesundheitszustand erheblich. Das Risiko für Erkrankungen der Herzkranzgefäße, für Diabetes im Erwachsenenalter und Fettleibigkeit sinkt auf die Hälfte. Das Risiko für hohen Blutdruck nimmt um 30 % ab.

(Abg. Anton Baron AfD: Seit wann sind Sie Arzt?)

Fahrradfahren ist ein Tourismusfaktor. In Baden-Württemberg werden jährlich 14 Millionen Tagesausflügler auf dem Rad und 3,2 Millionen Übernachtungen durch Radreisende gezählt. Als Tagestouristen geben sie 16 € und als Übernachtungsgäste rund 65 € pro Tag aus. Dies summiert sich auf rund 1 Milliarde € pro Jahr in Baden-Württemberg. 1 Milliarde €!

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ja der Wahnsinn!)

– Genau, das ist der Wahnsinn. – Dieses Geld bleibt hier im Land und wird nicht für ökologisch zweifelhafte Urlaubsflüge in die weite Welt ausgegeben.

Allein der Radtourismus sichert 25 000 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die durch den Radtourismus geschaffene Wirtschaftskraft kommt besonders den schönen Regionen in ländlichen Räumen zugute.

(Abg. Anton Baron AfD: Hohenlohe!)

Das Fahrrad ist ein Wirtschaftsfaktor. Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler, Denker und Global Players. Der weltbeste Nabendynamo wird von einem kleinen Maschinenbauer in Tübingen hergestellt. In Bad Urach werden hochwertige Fahrradhydraulikbremsen für den Weltmarkt produziert, in Freiburg wird geniale Fahrradbeleuchtung hergestellt. In Stuttgart sitzt der Großhändler für Fahrradzubehör. Und ein hiesiger Weltkonzern hat die Pedelecbranche mit hocheffizienten Antrieben aufgemischt.

(Unruhe)

Hinzu kommen unzählige Fahrradgeschäfte, -dienstleister, -bekleidungshersteller und vieles mehr. Insgesamt generieren knapp 900 Unternehmen sowie der Fahrradtourismus im Land einen jährlichen Gesamtumsatz in Höhe von gut 2,1 Milliarden € und sichern rund 32 000 Arbeitsplätze im Land.

Radfahrerinnen und Radfahrer sind die gesünderen und günstigeren Beschäftigten. Diverse Studien weisen die positive Wirkung nach, die bereits 30 Minuten moderate Bewegung am Tag haben. Täglich mit dem Rad zur Arbeit zu fahren hält fit und macht gesünder. Davon profitieren die Beschäftigten und ihre Arbeitgeber. Denn laut einer Überblicksstudie nehmen dadurch die Fehlzeiten im Durchschnitt um mehr als ein Viertel ab. Das rechnet sich für die Unternehmen. Bei einer angenommenen Fehlzeiteinsparung von vier Arbeitstagen und Arbeitskosten von 40 € pro Stunde beträgt der jährliche finanzielle Nutzen rund 1 300 €.

Radverkehrsförderung ist Daseinsvorsorge. Radverkehrsförderung ist ökonomisch sinnvoll. Es ist preisgünstig; nur Zufußgehen ist billiger.

Gleichzeitig leisten wir mit der Radverkehrsförderung einen Beitrag gegen den täglichen Verkehrsinfarkt in den Städten. Jede Radfahrerinnen und jeder Radfahrer bedeuten ein Auto weniger auf den Straßen. Sie emittieren keinen Feinstaub und keine Stickoxide. Sie tragen aktiv zur Luftreinhaltung bei.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das weiß man nicht bei jedem!)

Karlsruhe hat es uns vorgemacht. Der Radverkehrsanteil hat sich dort verdoppelt, und die Werte der Luftschadstoffe sind dort deutlich gefallen.

Alles in allem summiert sich der volkswirtschaftliche Nutzen – der Gesamtumsatz der Fahrradindustrie, Effekte wie CO₂-Reduzierung, verbesserte Gesundheit, Wertschöpfung und Tourismus – auf 1 000 € pro Kopf und Jahr.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Unsere Ziele haben nichts mit Ideologie zu tun.

(Lachen bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

(Hermann Katzenstein)

Sie basieren auf nachweisbaren Fakten. Ich kann Ihnen zu jeder Zahl sagen, aus welcher Studie ich sie habe.

Ich gebe dies allen zu bedenken, die in schöner Regelmäßigkeit vorschlagen, man könne beim Fahrrad sparen. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

All dies hatte die Vorgängerlandesregierung bereits erkannt. Mit Blick auf den Klimaschutz hat sie sich Ziele gegeben. Der Radverkehrsanteil soll sich, gemessen an der Zahl der Wege, von 8 % im Jahr 2008 auf 16 % im Jahr 2020 verdoppeln, und bis 2030 ist eine weitere Steigerung auf 20 % geplant. Dazu hat das Verkehrsministerium die richtigen Konzepte entwickelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Die Kampagne RadKULTUR soll das Radfahren verstärkt ins Bewusstsein der Menschen bringen.

(Abg. Anton Baron AfD: Helmgutachten!)

Wir feiern in diesem Jahr groß und angemessen das 200-jährige Bestehen des Fahrrads.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Wir haben die RadSTRATEGIE. Sie ist die konzeptionelle und strategische Grundlage für die Radverkehrsförderung in Baden-Württemberg. Mit der RadSTRATEGIE wird der Weg aufgezeigt, wie Baden-Württemberg bis 2025 zu einem fahradfreundlichen Land werden kann.

(Beifall bei den Grünen)

Ein wesentlicher Bestandteil davon ist das RadNETZ des Landes. Nicht einzelne gut ausgebaute Streckenabschnitte entscheiden über die Attraktivität eines Radwegs – entscheidend ist eine durchgängige Befahrbarkeit.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Radautobahn!)

Es soll landesweit – darauf komme ich gleich – alle Ober- und Mittelzentren über definierte Haupttrouten für den Alltagsverkehr verbinden. Es zeichnet sich durch direkte, sicher und komfortabel zu befahrende Radverkehrsverbindungen aus, die natürlich mit einer durchgehenden Wegweisung versehen sind.

Das Fahrrad wird im Alltag beim Weg zur Ausbildung oder zur Arbeit genutzt. An den Werktagen – montags bis freitags – werden auf dem Fahrrad etwa 50 % mehr Wege zurückgelegt als am Wochenende. Deswegen brauchen wir nicht nur für die Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern auch für die Radfahrerinnen und Radfahrer hochwertige Verbindungen, mit denen sie schnell zum Ziel kommen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Katzenstein ...

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nur, wenn es nicht auf die Redezeit geht.

Präsidentin Muhterem Aras: ... – nein, das geht nicht auf die Redezeit –, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Bitte.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Danke, Herr Kollege. – Wie können Sie es rechtfertigen, dass Straßen zurückgebaut werden, z. B. die Waiblinger Straße in Cannstatt, auf denen Tausende und Abertausende Autos fahren, und auf dem neu zur Verfügung gestellten Radweg allenfalls ein paar Hundert Fahrräder, wenn überhaupt? Finden Sie das in Ordnung?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da sind wir seitens des Landtags nicht zuständig!)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Erstens ist, wie der Herr Kollege schon sagte, dafür die Kommune zuständig – Stuttgart in diesem Fall – und zweitens muss man sich die Zahlen genau anschauen. Ich habe ja dargelegt, wie groß der Nutzen für den Klimaschutz und der Beitrag zur Stauvermeidung durch Radfahrerinnen und Radfahrer ist.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb brauchen wir eine Radverkehrsförderung. Und, ja, wir brauchen im Zweifelsfall auch eine Zurücknahme von Fahrspuren für den Individualverkehr zugunsten des Umweltverbunds und des Fahrrads.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ja, wir brauchen nicht nur Autobahnen im Land, wir brauchen auch Radschnellwege. Das Land wird deshalb für drei Pilotstrecken die Verantwortung übernehmen, u. a. zwischen Heidelberg und Mannheim. Das ist ein Meilenstein! Der Mannheimer Karl Freiherr von Drais wäre 200 Jahre nach seiner ersten Fahrradfahrt begeistert.

Ich komme zum Schluss. Radverkehrsförderung bedeutet Mobilitätssicherung und trägt wesentlich zum Klimaschutz bei.

(Abg. Anton Baron AfD: Warten wir mal ab!)

Sie fördert die Gesundheit der Menschen und entlastet das Gesundheitssystem, und die baden-württembergische Wirtschaft profitiert davon.

200 Jahre Fahrrad, das sind 200 Jahre fortwährende Innovation im Land. Darauf können wir stolz sein. Diesen Erfindergeist müssen und werden wir weiter fördern. Und wir können auf die Radverkehrspolitik im Land stolz sein. Den Radverkehr müssen und werden wir weiter fördern.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was Albert Einstein über seine Relativitätstheorie sagte, gilt auch für mich und diese Rede:

Mir ist es eingefallen, während ich Fahrrad fuhr.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schütte.

(Der Redner fährt das Rednerpult nach oben. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der ist ja fast so groß wie ich!)

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Zumindest so lang. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr feiern wir 200 Jahre Erfindung des Fahrrads. Im Detail feiern wir dabei, dass Karl Friedrich Christian Ludwig Freiherr Drais von Sauerbronn im Jahr 1817 zum ersten Mal ein Laufrad mit Lenkung der Weltöffentlichkeit präsentierte und damals zum Nachweis der Machbarkeit von Mannheim nach Schwetzingen fuhr.

Als Kurpfälzer erlaube ich mir, an dieser Stelle zu sagen, dass damit sämtliche Erfindungen der nicht schienenengebundenen Mobilität aus unserer Region stammen. Schließlich sind es von Mannheim bis Ladenburg, wo das Automobil erfunden wurde, nur wenige Kilometer.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Kurpfälzer sind helle Köpfe!)

Bei der Erfindung des Fahrrads fällt einiges auf. Zunächst war Herr von Drais Forstbeamter. Das heißt, das Fahrrad ist eigentlich ein Geschenk des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an den Verkehrsminister.

(Heiterkeit)

Passend zum heutigen Tag darf man sagen: Herzlichen Glückwunsch, Herr Minister Hermann. 200 Jahre Fahrrad, 65 Jahre Winfried Hermann.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Auffällig ist bei der Erfindung des Fahrrads auch, dass es sich um die Erfindung einer Einzelperson handelte. Oder um es so zu sagen: Nach mehreren schlechten Ernten und dem katastrophalen Sommer 1816 wegen des Ausbruchs des Vulkans Tambora bildeten nicht die damaligen wirtschaftlich Wohlhabenden zahlreiche Arbeitsgruppen, um verbunden mit staatlichen Förderprogrammen eine Lösung für das Problem fehlender Nahrungsmittel zu finden. Vielmehr war es mit Drais eine Einzelperson, die den zündenden Einfall hatte, übrigens jemand, der schon vorher sehr intensiv – man darf fast sagen: wie ein Besessener – an der Idee arbeitete, das Pferd zu ersetzen.

Klar ist auch, dass Herr von Drais aktuelle Regeln wie die für eine Arbeitszeit von maximal zehn Stunden täglich oder Ähnliches wohl kaum immer eingehalten hat. Sonst würden wir heute wohl nur 150 Jahre Fahrrad feiern können.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn der Staat das Fahrrad nicht selbst erfunden hat, hatten das damalige Großherzogtum Baden bzw. seine Vorgänger wesentliche Voraussetzungen für eine solche Erfindung geschaffen. Beispielsweise wurden die beiden Hochschulen in Freiburg und Heidelberg – an der letzteren studierte Drais

u. a. Physik – gegründet. Auch das Königreich Württemberg reagierte damals richtig und gründete mit der Universität Hohenheim eine weitere Forschungsanstalt, aus der dann in der Folge viel Innovatives hervorgegangen ist.

Daher erlaube ich mir an dieser Stelle die Bemerkung: Wenn es weiterhin „Innovation made in Baden-Württemberg“ oder „Invented in Baden-Württemberg“ geben soll, brauchen wir die beste Bildungs- und Forschungslandschaft. Wir müssen innovative Firmen, bei denen das Produkt bereits grundsätzlich bekannt ist, unterstützen, und vor allem müssen wir gerade denen möglichst große Freiheiten gewähren, die Tag und Nacht in völlig neue Ideen investieren.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wirtschaftlich zahlte sich die Erfindung des Fahrrads für Karl von Drais kaum aus. Er bekam zwar vom Großherzog ein Patent zugesprochen, das sich aber in anderen Ländern – im Prinzip überall auf der damaligen Welt – nicht wirklich durchsetzen ließ. Hier zeigt sich: Supranationale Organisationen und Handelsabkommen sind zwar nicht innovativ, sie sorgen aber dafür, dass diejenigen, die innovativ sind, auch finanziell etwas von ihren Erfindungen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch was den Nutzen anbelangt, teilt die Erfindung des Fahrrads bzw. der Draisine als Ersatz für die Postkutsche die Entwicklung vieler Erfindungen, die häufig für sehr viele Dinge eingesetzt werden, für die sie ursprünglich gar nicht gedacht waren. Lediglich bei der Endzustellung von Post- und Lieferdiensten ist das Fahrrad auch heute noch oder vielmehr wieder ein ganz wesentliches Hilfsmittel. Neben diesen relativ kleinen Gruppen, die das Rad professionell nutzen, gibt es heute im Wesentlichen drei Gruppen, die das Rad intensiv nutzen: Touristen sowie Freizeitradler, Berufspendler und Sportler.

Bei den verschiedenen Bedürfnissen dieser Gruppen ist für uns, die CDU, klar: Wir schreiben den Menschen den richtigen Weg nicht vor.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Mobilität ist für uns Ausdruck von Freiheit. Daher muss eine gute Verkehrspolitik die Wünsche und Bedürfnisse von Menschen und Wirtschaft aufnehmen und unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Sehr gut!)

Wir bauen die Infrastruktur, die zu den Bedürfnissen der Menschen passt, nicht die Infrastruktur, von der wir wollen, dass die Menschen sie nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich war nach den letzten Jahren klar, dass im Straßenbau mehr getan werden muss. Klar ist aber auch, dass dies eben nicht zulasten eines guten Radwegenetzes gehen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Lachen des Abg. Martin Rivoir SPD)

(Dr. Albrecht Schütte)

Statt Entweder-oder-Debatten schaffen wir es seitens der grün-schwarzen Koalition, Rekordsummen für den Straßenbau auszugeben und gleichzeitig mehr in das Radwegenetz zu investieren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Erstens zum Ausbau des Radwegenetzes: Zum geplanten bzw. angedachten Ausbau in den Ballungsräumen unter dem Stichwort Radschnellweg hat Kollege Katzenstein bereits alles gesagt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ich hätte noch viel mehr sagen können! – Vereinzelt Heiterkeit)

Daher möchte ich hier meinen Blick in die Fläche richten. – Das glaube ich sehr gern.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU zu Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Neue Krawatte! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schauen Sie einmal, was da drauf ist! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE geht zu Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU und zeigt die Abbildungen von Fahrrädern auf seiner Krawatte.)

Häufig ist es doch so, dass es bereits einen Feldweg gibt, dieser Feldweg aber nicht geteert oder sauber abgeschottert ist, dass plötzlich 200 m in einem sonst für den Radfahrer guten Wegenetz fehlen oder dass man endlich an einen Bahnhof kommt, aber von sicheren Fahrradständern jede Spur fehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Solche Lücken wollen wir seitens der grün-schwarzen Koalition durch unsere Arbeit schließen. Dazu sind im Haushalt 2017 12,5 Millionen € für den Radwegeausbau an Landesstraßen eingestellt. Hinzu kommen noch einmal 15 Millionen € – ich zitiere mit Ihrer Genehmigung – nach dem „Förderprogramm kommunale Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur“ auf der Grundlage des Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetzes sowie 3 Millionen € für die Planung von Radschnellverbindungen. Zudem werden im Rahmen der Flurneuordnung Wege gebaut, die auch dem Radverkehr zugutekommen. Dabei gibt es im ländlichen Raum eine weitere Herausforderung: die Kombination von Feld- und Radwegen. Es ist ja wohl nicht sinnvoll, einen 2 m breiten geteerten Radweg direkt neben einen 3 bis 5 m breiten befestigten Feldweg zu bauen. Hier wollen wir Lösungen finden, um die Kommunen zu unterstützen, die vor Ort am besten in der Lage sind, kleinere Lücken im Radwegenetz zu erfassen und für alle zufriedenstellend und effizient zu schließen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ich bin sicher: Der Kollege von der SPD wird nachher ihr Lückenschlussprogramm für das Radwegenetz als Allheilmittel anpreisen. Aber bei Mitteln in Höhe von lediglich 2,5 Millionen € im Jahr hatte dieses Programm der Jahre 2015 und 2016 eine ganz besondere Lücke, nämlich eine riesengroße Finanzierungslücke.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist daher für mich, dass wir in den nächsten Jahren mehr als diese 2,5 Millionen € auf die Ausgaben für den Radwegebau drauflegen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU zu Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nicht abgestimmt!)

Natürlich gehört zu einer Radinfrastruktur auch die Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln. So wird beispielsweise der Ausbau von Park-and-Ride-Anlagen von Kommunen gefördert, und im Schienenpersonennahverkehr können Fahrräder kostenlos mitgenommen werden. Hinzu kommt in diesem Bereich die sogenannte Shared Economy. Inzwischen gehört zum Ausbau der Infrastruktur selbstverständlich auch eine adäquate Anzahl von Ladeeinrichtungen für E-Bikes und Pedelecs. Bei einer halben Million Pedelecs und E-Bikes in Baden-Württemberg ist das doch sonnenklar. Klar lässt sich hier feststellen: E-Bikes und Pedelecs bieten für Pendler – über 10 km im Anzug Fahrrad zu fahren ist nämlich nicht wirklich adäquat –

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

aber auch für ältere Menschen – man denke nur an die Topographie Stuttgarts – ungeahnte Potenziale.

Durch den Ersatz von Autofahrten – also nicht durch die zusätzlichen Fahrten mit Pedelecs am Wochenende, sondern durch den Ersatz von Autofahrten – wird tatsächlich CO₂ eingespart. Zusätzlich tut man etwas für die Gesundheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Anton Baron AfD: Feinstaub entsteht trotzdem!)

Man muss natürlich bedenken: Neben den positiven Effekten für die Gesundheit gibt es aber auch eine Gefährdung, die sich aus einer immer größeren Zahl von Pedelecs und E-Bikes im Straßenverkehr ergibt. Daher haben wir – Landesregierung und Parlament – uns zum Ziel gesetzt, mit Aufklärungskampagnen wie „Gib acht im Verkehr“ und gutem Vorbild für das Tragen von Helmen zu werben. Selbst an meinem Fahrradlenker hängt jetzt ein Helm, wenn ich unterwegs bin.

(Lebhafte Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Was? Ein Helm? – Weitere Zurufe)

– Der Kollege Katzenstein lacht.

(Zurufe, u. a. des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

– Genau, auf der Kreisstraße ziehe ich den auf, während der Kollege mit Käppi vor mir her fährt. So war es vor zwei Wochen.

Radfahren ist ab heute ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ich denke nicht nur an den Umsatz, zu dem wir ja schon sehr viel gehört haben, sondern auch an das Thema Innovation. Auch in Bezug auf Innovation ist die Geschichte des Fahrrads noch lange nicht vorbei. Gerade hat Bosch ein ABS-System für E-Bikes vorgestellt.

Um es zum Abschluss noch einmal zu wiederholen: Die CDU führt keine ideologischen Grabenkämpfe und verzichtet darauf, ein Verkehrsmittel gegen ein anderes auszuspielen. Die-

(Dr. Albrecht Schütte)

se Koalition zeigt vielmehr, dass es möglich ist, die Mittel für den Straßenbau zu erhöhen und gleichzeitig den Ausbau des Radwegenetzes und den Lückenschluss in der Fläche unter einen Hut zu bekommen. Da der Staat selbst jedoch wenig erfindet, tun wir für den Radverkehr genau das, was der Staat tun sollte. Die Erfindungen machen einzelne Menschen; der Staat sorgt für eine bedarfsgerechte Infrastruktur.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gögel das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Schluss mit lustig!)

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Katzenstein, ich habe fast schon so etwas vermutet, nachdem ich Sie vor Kurzem einmal ermuntert hatte, Ihre Fahrradinteressen hier in den Vordergrund zu stellen. Aber dass Sie es bis zu einer Aktuellen Debatte hier im Plenum schaffen, das hätte ich nicht vermutet.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber ich beglückwünsche Sie zu diesem Thema. Wenn die Grünen in einer Aktuellen Debatte einmal nicht vom Wetter reden wollen, dann reden sie vom Fahrrad und beschäftigen dieses Haus damit. Irgendwie ist Ihre Themenwahl symptomatisch, ja fast schon eine Parodie.

(Beifall bei der AfD)

Es freut uns von der AfD aber immerhin, dass Sie das Lauf- rad für so zentral halten. Herr Kretschmann bezeichnet es sogar als Urknall der Mobilität, als die vierrädrige Fortbewegung längst Standard war. Freiherr von Drais, den Sie hier so loben, entging 1850 knapp einem Entmündigungsverfahren. Wenn Sie sich mit seiner Geschichte befassen, können Sie zu dem Urteil kommen: Es war ein Fehler, dass man das nicht gemacht hat. Aber seine Karriere gleicht so mancher Politikerkarriere auch bei den Grünen.

(Beifall bei der AfD)

Aber das soll uns heute nicht beschäftigen.

Da sitzen nun erwachsene Menschen in einem Parlament zusammen und sollen in einer Aktuellen Debatte das Fahrrad feiern. Man hätte nun meinen können, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gäbe Themen, die die Menschen in unserem Land weit drängender umtreiben angesichts der rund um den G-20-Gipfel von Linksextremisten in Hamburg angezettelten Probe des Bürgerkriegs

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-
deon [fraktionslos])

oder, meine Damen und Herren, angesichts der brutalen Vorzeichen dessen, was auf unsere bunte Gesellschaft zukommt und an diesem Wochenende in Schorndorf als Versuch einer „Kölner Domplatte 2.0“ zutage trat.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: Thema verfehlt! – Zu-
ruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aber nein, Sie wollen heute Kindergeburtstag.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: „Kinderge-
burtstag“!)

Meine Damen und Herren, dieser wollüstige Staatskult um eine technisch primitive Erfindung, das lenkbare, unmotorisierte Zweirad, ist doch peinlich –

(Zuruf von der SPD: Tagesordnung: Fahrrad!)

genauso gut können Sie heute über die Thermoskanne reden –, aber leider ist es Ihnen bitter ernst.

(Zuruf von den Grünen: Können Sie überhaupt Rad
fahren? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:
Sagen Sie das mal den Unternehmen!)

Sie, die Grünen, sind doch die Partei, in deren Mitglieder-
schaft 37 % Beamte, 58 % akademisch gebildet und – man
höre und staune – 41 % konfessionslos sind. Das merkt man
auch an den spezifischen Bedürfnissen, die Ihre Politik aus-
drückt.

(Beifall bei der AfD)

Vor allem sind Sie – diesen Vorwurf muss man Ihnen wirk-
lich machen – ideologische Überzeugungstäter für Ihre eigen-
en Bedürfnisse.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reden Sie mal
zum Thema! Das ist eine Zumutung! – Zuruf des
Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ich bin beim Thema; ich bin bei Ihrem Lieblingsthema. –
Sie steigern sich dabei in den Wahn, in einem demokratischen
Land habe die Mehrheit der Bevölkerung Ihre glorreichen Zie-
le noch nicht verstanden und müsse belehrt und erzogen wer-
den.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das ist Ihre Politik hier in diesem Land, meine Damen und
Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD fragen zu Recht: Was für Verdienste um die
Innovation in unserem Land wollen gerade Sie sich zugute-
halten? Was hat die Innovationstradition in diesem Land mit
Ihnen, liebe Grüne, zu tun?

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Und
mit Ihnen?)

Sie sind die Partei des tertiären, ja sogar eines quartären Wirt-
schaftssektors der Sozialindustrie. Sie wollen genießen, Sie
wollen verwalten, Sie wollen herrschen, Sie wollen verbieten,
was Ihr Harmoniebedürfnis stört.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-
deon [fraktionslos])

Aber, meine Damen und Herren von den Grünen, was wissen
Sie denn von 234 000 Arbeitsplätzen allein in der baden-würt-
tembergischen Automobilindustrie plus 120 000 Arbeitsplät-

(Bernd Gögel)

zen bei den Zulieferern, deren Existenz Sie mit Ihrem Kreuzzug gegen diese Industrie, das Rückgrat unserer Wirtschaft, aufs Spiel setzen?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: So ein Unsinn! Hören Sie gleich zu bei der nächsten Debatte!)

Was Sie uns bieten, ist doch ein lächerliches Herr-der-Ringe-Auenland-Spektakel – keine Kraftwerke, keine Autos, kein Fleisch –

(Beifall bei der AfD)

und ein Schlag ins Gesicht eines jeden Ingenieurs und Facharbeiters.

(Zuruf: „Auenland“! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie wissen gar nicht, was das ist!)

– Ich denke, dass Sie mit dieser Saga aufgewachsen sind

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein!)

und sie besser kennen als ich. Sie wissen wohl genau, was ich damit aussagen wollte.

(Zuruf von der SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Das ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden Bürgers, der finanziell über die Runden kommen muss, der reale Sorgen und für Ihre Späße keine Zeit hat.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das sind nämlich die Menschen, die wirklich Innovation in die Welt bringen.

Meine Damen und Herren, Sie wollen – das spüren wir täglich – eine irdische Idylle, eine Art primitiver Naturreligion, eine kindliche Unschuldsvision voller magischer Wunder

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

ohne den Fußabdruck der technischen Kultur, von der wir alle leben und die unseren Wohlstand – auch Ihren Wohlstand –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ihren auch!)

begründet. Sie wollen Natur unter einer Käseglocke verehren. Wenn Sie sich der Technik erinnern, wollen Sie Wundermaschinen, die nur leise summend ihre Arbeit tun und sich dem Primat Ihrer Ideologie unterordnen sollen. Die technischen Grundlagen unserer entwickelten Industriegesellschaft werden bei Ihnen durch das ideologisch-magische Fahrrad und die Windmühle ersetzt.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Was für ein ideeller Bankrott, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Würde James Watt heute die Dampfmaschine erfinden, würden Sie das Grubenpferd und die Pferdetramp loben. Würde

Heinrich Lanz das Straßenlokomobil bauen, müssten zur Warnung Fahnenträger vorausgehen. Würden Edison den Gleichstrom und Tesla den Wechselstrom nutzbar machen, Sie würden das Gaslicht vorschreiben. Werner von Siemens wäre ausgewandert. Würde Hugo Junkers das Metallflugzeug erfinden, wären Sie Advokaten der Fledermäuse.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Würde Nicolaus Otto den Verbrennungsmotor erfinden, es wäre Teufelswerk, und Bertha Benz hätte in Ihrer Welt nie ein Auto zu sehen, geschweige denn zu fahren bekommen.

(Abg. Alexander Maier GRÜNE: Auch nicht! Dann wäre es verboten!)

Rudolf Diesel, dessen Motor vor 120 Jahren erstmals lief und den die Anhänger der Primitivität nicht durch eine Staatsfeier gedelt haben, wäre in Ihrem Land in fatale Depression versunken.

(Beifall bei der AfD)

Es hätte keines Robert Boschs bedurft, der die Zündapparat erfand, und keine mächtige Einspritzpumpe aus seinen Werken hätte je einen Dieselmotor befeuert. Ferdinand Porsche wäre besser im Sudetenland geblieben, und eine Massenmobilität hätte unser Land nie erlebt.

So viel zu Ihrem Anspruch, die Speerspitze der Innovation zu sein. Mehr muss man über die Aktuelle Debatte zum Laufrad nicht sagen. Sie wird als eine kuriose Fußnote in die Geschichte eines bizarren Landes eingehen, das seine wirklichen Probleme ignoriert.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: So wie die AfD-Fraktion! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Kurios sind eher Sie!)

Wir werden Glück haben, wenn wir Deutschen diese Geschichte in unserem eigenen Land noch selbst schreiben dürfen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Jetzt bin ich gespannt!)

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, vielen Dank! – Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich froh, dass wir heute hier zusammen sind und uns über das Fahrrad, dieses wunderbare Verkehrsmittel, unterhalten.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich bin andererseits schon etwas erstaunt, wie diese Debatte es dann doch ermöglicht hat, uns geradezu in ideologische Abgründe schauen zu lassen. Dass es in manchen Köpfen hier so wirr zugeht, hat mich nun doch etwas überrascht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

(Martin Rivoir)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg – das wurde hier schon mehrfach erwähnt – ist das Land der Tüfler und der Erfinder. Baden-Württemberg ist der Ort vieler Erfindungen, eben gerade aus dem Bereich der Mobilität. Das Auto wurde hier erfunden, dazu passend die Zündkerze. In Baden-Württemberg wurde sogar das Motorboot erfunden, und vor 200 Jahren hat Karl Drais – ich lasse die ganzen Adelstitel weg – in Mannheim das Fahrrad erfunden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Schöne Vergangenheit! Damals!)

Mein Kollege aus Mannheim legt Wert darauf, dass ich dies hier erwähne.

(Abg. Stefan Herre AfD: Wo sind die Erfindungen von heute?)

Die Menschen – zunächst im Großherzogtum Baden – waren durch diese Erfindung nicht mehr auf die Karren und Kutschen angewiesen, um von A nach B zu kommen, und sie waren auch nicht mehr nur auf Schusters Rappen unterwegs.

Baden-Württemberg ist also, wie wir sehen, seit Langem Vorreiter bei der Entwicklung einer bezahlbaren individuellen Mobilität.

Die Frage ist für uns nun: Wie gehen wir heute mit diesem Erbe um? Ist Baden-Württemberg nach wie vor das Innovationsland, wenn es um bezahlbare individuelle Mobilität geht? Oder hat diese Landesregierung längst einen anderen Weg eingeschlagen, nämlich einen, bei dem die Mobilität zwangsläufig wieder zur sozialen Frage wird?

Die kalten Enteignungen durch Fahrverbote sind dabei für uns ein klarer Fingerzeig, wohin die Reise gehen soll. Grüne Verbotsideologien sind offensichtlich die Grundlage der Verkehrspolitik.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir von der SPD, meine Damen und Herren, stehen jedenfalls für solche Politikexperimente, die den Ast absägen, auf dem die Maschinenbauer und die Automobilindustrie in unserem Land und damit unser aller Wohlstand ruhen, nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Es wurde von den Vertretern der Regierungskoalition ja gerade in schillernden Farben geschildert, wie toll angeblich die Fahrradpolitik in diesem Land ist. Ich sage dazu nur: Man kann Fahrradpolitik gut meinen, oder man kann sie gut machen. Wir meinen, dass das, was hier geredet wird, lediglich gut gemeint ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Man kann sinnlos Geld zum Fenster hinausschmeißen – für RadCOUTURE-Veranstaltungen, für Helmgutachten –, man kann im Gegensatz dazu aber auch eine wirklich gute Politik für das Fahrrad betreiben, nämlich indem man beispielsweise die zahlreichen Lücken in den Radwegenetzen von Städten und Gemeinden und entlang der Landesstraßen schließt.

(Vereinzel Beifall von der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Eine Lückenpolitik! – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie vorhergesehen haben, dass ich darauf eingehe, und ich gehe davon aus, dass Sie keine Spyware auf meinem Computer installiert haben,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wir passen halt auf! – Weitere Zurufe, u. a.: Meine Güte!)

sondern dass Sie gemerkt haben, dass wir ständig in dieser Wunde bohren, die hier vorhanden ist.

Die Lücken im baden-württembergischen Radwegenetz sind neben den geografischen Besonderheiten einer der Hauptgründe, warum es entgegen aller Bemühungen und Ankündigungen unseres Verkehrsministers immer noch nicht gelungen ist, den Anteil des Radverkehrs am Modal-Split zu steigern. Die 16 %, die für 2020 in den Raum gestellt worden sind, liegen in weiter Ferne.

Es ist nämlich weder attraktiv noch sicher – gerade auch für Kinder –, wenn Radfahrer am Ende eines ausgewiesenen Radwegs auf die Straße wechseln müssen, um dann nach weiteren 100 oder 500 m wieder einen Radweg vorzufinden. Wir verstehen deswegen nicht, warum die grün-schwarze Koalition das Lückenschlussprogramm, das wir, die damalige grün-rote Koalition, die Vorgängerregierung, auf den Weg gebracht haben, so sang- und klanglos beendet hat und nun stattdessen hauptsächlich auf Radschnellwege setzt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein, nein! Radwegenetz, das ist der Schwerpunkt!)

Meine Damen und Herren, Radschnellwege, das ist alles gut und recht. Aber Sie machen den zweiten Schritt vor dem ersten. Erst geht es um das Schwarzbrot, und danach kann man auf den Luxus von Radschnellwegen setzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Sie sind ja nun – wir konnten Sie nach vielen Debatten hier endlich dazu bewegen, dies endlich anzupacken – in den Verhandlungen über das neue LGVFG. Dies sollte eigentlich der Anlass für Sie sein, auf die Kommunen zuzugehen und gezielt ein spezielles kommunales Radwegeprogramm zu fördern – ein kommunales Lückenschlussprogramm für die Kommunen, einen Pakt für das Fahrradfahren in den Kommunen, ein Sonderprogramm für kommunale Investitionen in das Radwegenetz. Das ist ein ganz konkreter und praktischer Vorschlag; es ist eine konkrete und praktische Maßnahme, um die Kommunen in den Zustand zu versetzen, ihre Radwege und ihr Radwegenetz auszubauen. Denn gerade auf der kommunalen Ebene gibt es unbestreitbar die größten Probleme. Hier kann und muss das Land eingreifen, hier muss es finanzielle Unterstützung leisten, um die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel wirklich zu steigern.

Ich will noch einen Satz zum Thema Freizeitradverkehr sagen: Die Grünen sind ja immer – man hat das auch heute wieder gehört – so etwas wie die selbst ernannte Schutzmacht der Radfahrerinnen und Radfahrer.

(Martin Rivoir)

(Zurufe, u. a. Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE:
Das macht ja sonst keiner!)

Aber wo waren Sie eigentlich, als vor ein paar Wochen der Landwirtschaftsminister – er ist jetzt gerade nicht da – vor dem Koalitionspartner die verbale Keule gegen die Mountainbiker ausgepackt hat?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Diese verbalen Ausfälle, die er in Bezug auf den Freizeitfahrradverkehr gemacht hat, werden von Ihnen einfach ausgesessen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt kommt der heilige Martin aus Ulm!)

Sie haben nicht darauf reagiert.

Es ist für uns nach wie vor völlig unverständlich, warum Baden-Württemberg als einziges Bundesland die gesetzliche 2-m-Regelung hat, die die gemeinsame Nutzung von Waldwegen durch Mountainbiker und Wanderer betrifft. Dieses Gesetz galt übrigens auch schon zu einer Zeit, als noch ein Grüner Landwirtschaftsminister war. Dieses Gesetz muss weg; es ist nicht zeitgemäß. In allen anderen Bundesländern funktioniert es auch ohne eine solche Regelung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Rivoir, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Martin Rivoir SPD: Nein, keine Zwischenfrage.

Präsidentin Muhterem Aras: Er lässt keine Zwischenfrage zu.

(Unruhe)

Abg. Martin Rivoir SPD: Kurzum, meine Damen und Herren: Das Fahrrad ist ein nunmehr 200 Jahre altes Instrument. Es ist ein Symbol für bezahlbare und individuelle Mobilität in Baden-Württemberg. Die Förderung dieses Verkehrsmittels hier im Land entspricht nicht dem Erfordernis eines modernen, flächendeckenden und vor allem lückenlosen Ausbaus des Radverkehrs. Mehr Schein als Sein – das ist die Fahrradpolitik dieser Landesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Keck.

(Zuruf: Fahrradfahrer!)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Aber echt. – Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als am 12. Juni 1817 Karl Freiherr von Drais seine Jungfernfahrt mit dem von ihm erfundenen Laufrad machte, schaffte er quasi die Voraussetzung dafür, dass ich knapp 200 Jahre später, am 3. Juni 2015, mit dem Sportrad stürzte und mir das Schultergelenk absprengte und den Ellenbogen brach.

(Oh-Rufe)

Er war aber nicht schuld daran. Im Anschluss daran folgte eine einjährige Abstinenz vom Fahrradfahren.

Herr Minister, ich kann es Ihnen heute auch an Ihrem Geburtstag nicht ersparen: Mein Fahrradhelm schützte den Kopf. Das wusste ich aber schon vor dem bekannten und völlig überbewerteten Gutachten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der AfD
– Abg. Anton Baron AfD: Selbst bei Mario Barth war das!)

Diese Mittel hätte man besser in die Jugendverkehrsschulen der Verkehrswacht gesteckt,

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP/DVP: Bravo!)

die sich in Baden-Württemberg am unteren Ende der Förderung befinden. Damit hätten wir die Sicherheit im Radverkehr nachhaltig verbessern können.

(Zuruf von der AfD: Mit Sicherheit!)

Die Freude am Radfahren ist mir deswegen wie dem Kollegen Katzenstein nicht und nie vergangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Radschnellwege können ein sinnvoller Baustein sein. Es nützt allerdings herzlich wenig, wenn auf den Achsen Heidelberg–Mannheim, Heilbronn–Bad Wimpfen und Esslingen–Stuttgart diese Radschnellverbindungen gebaut werden und im Rest des Ländles die Radwege keinen Lückenschluss haben oder Radwege vielerorts schlicht und ergreifend nicht vorhanden sind. Es wird einseitig gefördert, um den Radverkehr überzugewichten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch an dieser Stelle sei die Frage an Sie, Herr Minister Hermann, gestattet: Nach welchen Kriterien sind diese drei Radschnellwege ausgesucht worden? Südbaden wurde wieder gänzlich vergessen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ostwürttemberg auch!)

Nach welchen Kriterien werden die ausgesucht?

Eine zweite Frage: Wer betreibt den teuren Winterdienst? Sind diese Dinge alle geregelt?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Aktuelle Debatte zeigt die Einseitigkeit der Grünen in der Verkehrspolitik auf.

(Zuruf von der FDP/DVP: Jawohl!)

Die von der CDU-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte unter TOP 2 hingegen öffnet die Thematik der Mobilität umfassend.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut! Gut erkannt! Sehr gut!)

(Jürgen Keck)

Wäre die Einigkeit der Koalitionspartner – vielen Dank! – echt, wäre sie vorbildlich. Aber die vorgetäuschte Einigkeit endet schon in den eigenen Reihen, wenn auf der einen Seite Radfahren mit allen Mitteln im Übermaß gefördert wird, Herr Minister Hauk sich jedoch gleichzeitig abwertend über militante Mountainbiker äußert; auch das ist heute schon angesprochen worden. Renitente Radfahrer gibt es im Übrigen auch in den Städten.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Und Autofahrer auch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jede Menge!)

Wir Freien Demokraten setzen auf den Wettbewerb der Verkehrsträger und würdigen die Wahlfreiheit der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir begrüßen auch die Initiativen, die das Fahrradfahren attraktiver machen. Wir verwahren uns aber gegen ideologische Überhöhungen und Fehlallokationen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

So erfreulich es ist, dass das Fahrrad im Land erfunden wurde – wie im Übrigen auch das Auto und das Motorrad –, so überschaubar ist dessen Anteil als Verkehrsträger. Niederländische Verhältnisse werden wir nie erreichen. Das Rad dient als sinnvolles Fortbewegungsmittel für gewisse Distanzen bei entsprechender Witterung. Auch für die Nahzustellung können Lastenräder eine wichtige Ergänzung und teilweise auch Alternative sein. Zudem ist es zu sportlichen Zwecken unübertroffen und für mich auch hier in Stuttgart nicht zu ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Augenfällig ist schon, dass das Land die Potenzialanalyse der Kommunen mit 80 % gefördert hat. An anderer Stelle beträgt das Fördervolumen aber nur 50 %. Es ist schon bemerkenswert, dass nun das Land als Bauherr und ausschließlicher Finanzier auftritt. Es ist völlig verfehlt, dass das Land die Radschnellwege in vollem Umfang finanziert. Nicht nur den Bau, sondern auch den Unterhalt übernimmt das Land. Herr Minister Hermann, das riecht förmlich nach einer Verschwendung von Landesmitteln.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wie ist das bei Landesstraßen?)

Es werden jetzt drei Radschnellverbindungen gebaut. Warum um alles in der Welt sollten sich die Kreise und Gemeinden an den weiteren geplanten sieben Verbindungen beteiligen? Sie haben jetzt die Schatulle weit aufgemacht, weil es ansonsten kein Interesse gegeben hätte. Es geht um hohe Summen: zwischen 500 000 und 1 Million € pro Kilometer Radschnellweg.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was kostet eine Autobahn? – Weitere Zurufe)

Landesweit wurden die Radschilder bezahlt. Beim Thema Rad ist dieser Landesregierung nichts zu teuer.

Herr Minister Hermann – ist er noch da? –,

(Minister Winfried Hermann: Ja!)

Sie müssen darstellen, wie Sie die Finanzierung der Radschnellwege künftig gestalten möchten. Falls Sie dafür Mittel aus dem Straßenbau umschichten möchten mit der Folge, dass dadurch Planungen auf die lange Bank geschoben werden, zeigt nicht nur Ihr Koalitionspartner Unverständnis, sondern auch alle anderen. Wir erinnern Sie an Ihr Versprechen, keine Bundesmittel wegen mangelnder Planung verfallen zu lassen.

Mein Fazit: Das Fahrrad ist eine tolle Erfindung, die Verkehrspolitik des Landes nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es schon für gut – das ist der Anlass dieser Aktuellen Debatte –, über die Erfindung des Fahrrads vor 200 Jahren auch einmal unter einem philosophischen bzw. technisch-philosophischen Aspekt nachzudenken:

(Abg. Anton Baron AfD: Was hat das gekostet?)

Was ist da eigentlich geschehen? Was ist aus der Entwicklung geworden? Was bedeutet das für die Mobilität in Baden-Württemberg, und welche Verkehrsmittel kommen aus diesem Land?

Man muss sich einmal bewusst machen, was das vor 200 Jahren für eine Zeit war. Das war eine Zeit – ich könnte es jetzt so sagen – ohne guten Verkehrsminister, mit schlechten Straßen; nur wenige waren gepflastert, die anderen waren ganz schlecht. Die Menschen hatten über zwei, drei Jahrtausende lang die Vorstellung in ihren Köpfen: Räder funktionieren nur, wenn sie zu viert daherkommen oder wie beim römischen Streitwagen parallel angeordnet sind. Die Idee, dass man zwei Räder hintereinander stellen, diese verbinden und dann darauf fahren kann, ist vor dem Hintergrund der jahrhundertalten anderen Denkfiguren eigentlich schon sehr genial. Das muss man einfach anerkennend sagen. Das ist das Erfindersche von Karl Drais, und dafür ist er auch lange gerühmt worden – so auch heute wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Man muss heute aber auch ganz offen sagen, dass seine Erfindung zunächst nicht durchgeschlagen hat. Jahrzehntlang ist daraus eigentlich nichts geworden. Warum eigentlich? Weil die technische Grundlage dieser Erfindung das war, was es vorher mit dem Ochsenkarren oder der Pferdekutsche oder was auch immer an Material und technischen Fähigkeiten gab. Die technische Voraussetzung war: Holz, ein bisschen grober Stahl, wenig Technik und keine Straßen, auf denen man wirklich rollen konnte.

Wer je auf einem Nachbau einmal den Versuch unternommen hat, sich wie Karl Drais fortzubewegen, und das auf einem gepflasterten Weg gemacht hat, der weiß, warum sich dieses

(Minister Winfried Herrmann)

Fahrzeug erst einmal nicht durchgesetzt hat – jedenfalls für Männer war das untragbar bzw. ziemlich unangenehm.

Es hat dann Jahrzehnte gedauert, bis man erstens einen anderen Sattel, zweitens Pedale und dann drittens die Gummiräder, die das Ganze erleichtert haben, dazu erfunden hat und über die technische Entwicklung daraus etwas gemacht hat, was fahrbar war. Voraussetzung für den Erfolg war übrigens auch, dass die Straßen einigermaßen befahrbar waren und es nicht nur Feldwege oder üble Pflasterstraßen gab, auf denen man nicht richtig rollen konnte. Das Rad hat den Sprung in die massenhafte Mobilität also erst dann geschafft, als es industriell produziert worden ist.

Es war übrigens auch eine Schwäche von Karl Drais, dass er aufgrund der damaligen Verhältnisse und auch, weil er selbst kein Konzept gehabt hat, aus der Erfindung – Herr Schütte hat das vorhin auch angedeutet – keine Produktion und kein Geschäftsmodell abgeleitet hat. Jahre später haben andere Erfinder das anders gemacht.

Die erste Produktion von Fahrrädern – übrigens 1886 in Neckarsulm – ist zeitgleich mit der Erfindung des Automobils gestartet. Carl Benz in Mannheim – auch das ist interessant – hat seine Technischelemente von den Fahrrädern genommen. Wenn Sie das erste Gefährt, das Bertha Benz gefahren hat, anschauen, werden Sie feststellen, dass darin viel von dieser Vorgänger-Fahrradtechnologie enthalten ist. Das Auto hat sozusagen mit dem, was im Radbereich entwickelt worden ist, begonnen.

Klar ist: Benz und Daimler haben daraus gelernt. Sie haben ein Geschäftsmodell entwickelt. Aus den Start-up-Modellen sind dann wirklich große Firmen geworden, die zu einer anderen Produktion und Verbreitung geführt haben.

Aber erst einmal, muss man sagen, war das Fahrrad selbst das Erfolgsmodell. Seit der industriellen Produktion sind Tausende von Fahrrädern – übrigens erst als Sportgeräte, danach als Alltagstransportmittel – genutzt worden. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts war das Fahrrad das Massentransportmittel der „normalen“ Leute, die sich noch kein Auto leisten konnten.

(Zuruf von der AfD: Das kommt jetzt wieder, gell?)

Erst nach dem Krieg mit der allgemeinen Motorisierung, mit dem VW und den anderen bezahlbaren Autos hat das Auto den Rad- und Fußverkehr zunehmend verdrängt und die Stadt, die städtischen Räume sowie die Politik dominiert. Bei manchen findet es heute noch statt, wie wir gerade noch einmal gehört haben. Diese Veränderung der Mobilität, weg von der individuellen Mobilität aus eigener Kraft, hin zur motorisierten Mobilität, war natürlich ein Riesenfortschritt, aber aufgrund der Summe der Fahrzeuge in den Städten hat man natürlich Probleme bekommen, egal, ob es die Luft oder der Stau war. Die Städte sind natürlich auch autogerecht umgebaut worden. Das war nicht unbedingt immer zum Besten für die Lebensqualität.

Heute, kann man sagen, ist die Zeit eine andere – vielleicht noch nicht für alle –, aber man kann schon sagen, dass heute nicht mehr über das Fahrradfahren gespottet wird – manchmal noch im Landtag, aber in der Gesellschaft schon lange nicht mehr. Seit mindestens zwei, drei Jahrzehnten hat das Fahrrad eine Renaissance erlebt, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD:
Das wollen wir sehen, wie Sie die Waren mit dem
Fahrrad transportieren! So ein Quatsch!)

Selbst die eifrigsten Autofahrer fahren gern Rad, zumindest am Wochenende oder auch sonst mal im Alltag. Das ist heute keine grundsätzliche Debatte mehr,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

und ich kann Ihnen auch sagen: Als Verkehrsminister wäre ich doch völlig deplatziert – dazu müsste ich nämlich ADFC-Vorsitzender werden –, wenn ich mich nur um das Rad kümmern würde.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das kann noch kommen!)

Natürlich kümmern wir uns um alle Verkehrsmittel, und zwar am jeweils richtigen Platz. Das Auto hat seine Funktion, das Flugzeug hat eine andere Funktion, und in der Stadt sind das Zufußgehen, das Radfahren und der ÖPNV ebenfalls wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Es kommt darauf an, dass wir diese Chancen neu ausbalancieren, eine neue Lebensqualität und eine neue Mobilitätskultur in der Stadt sowie eine neue Kultur des Radfahrens entwickeln, was übrigens offenkundig auch schon stattgefunden hat. Wenn man sich einmal die Räder und die Klamotten vieler Menschen anschaut, so merkt man einfach: Radfahren ist inzwischen wieder Kult geworden. Es ist längst nicht mehr der Drahtesel von einst, über den man spotten konnte, und Radfahrer sind auch keine Pedalritter mehr, sondern es sind eher Biker, die sportiv unterwegs sind und selbstbewusst ihre Radkultur leben.

Inzwischen entdeckt die Politik in allen großen Städten das Fahrrad als wichtiges Element. Radschnellwege – sie sind gerade wieder verspottet worden – sind in großen Metropolen in der Diskussion. Es geht darum, ob sie nicht eine Alternative seien, die der Entlastung der Straßen vom Autoverkehr dienen könnte. Schnell befahrbare Radwege sind ohne Frage ein sinnvolles Projekt. Aber, lieber Martin Rivoir, wie kann man denn auf die Idee kommen – ausgerechnet wir, die wir ein Radnetz für Baden-Württemberg entwickelt haben, die wir in der letzten sowie in dieser Legislaturperiode den Radverkehr im Alltag, bei den Kommunen sowie an den Landesstraßen fördern –, zu sagen, jetzt würden nur noch Radschnellwege gebaut?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Davon reden wir doch die ganze Zeit!)

Der Bau von Radschnellwegen kommt dazu. Das ist der nächste Schritt, und das macht auch Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Denn Pendler können wir nur auf die Räder bringen, wenn die Radwege auch wirklich schnell und unkompliziert zu befahren sind.

Da ich gefragt worden bin, was das Land tue: Wir entwickeln jetzt drei Pilotprojekte, mit denen wir unkonventionell voran-

(Minister Winfried Hermann)

schreiten, um auszuprobieren, worauf wir alles achten müssen. Ansonsten gilt natürlich die alte Förderphilosophie: Die Kommunen sind zuständig und werden von uns gefördert. Entlang der Landesstraßen bauen wir Landesradwege. Wir haben auch ein Landesnetz und werden uns auch um Bundesmittel bemühen, damit wir entlang der Bundesstraßen Radwege bauen können.

Für uns ist klar: Das Rad hat noch Potenzial – dieses ist noch lange nicht ausgeschöpft –, und all jenen, die jetzt spotten, dass wir die angestrebten 16 % noch nicht erreicht haben, kann ich nur sagen:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ich spotte nicht, ich bedauere es!)

Ich freue mich für jeden und jede Fraktion, die uns unterstützt, dass wir noch mehr tun können, um den Fahrradverkehr in Baden-Württemberg voranzubringen.

Übrigens: Die Lücken, die wir zweifellos im Radnetz haben, sind ja nicht von mir verursacht worden, sondern sie sind dadurch zustande gekommen, dass eine lange Zeit – vor mir – zu wenig gemacht wurde. Jetzt tun wir mehr. Auch diese Koalition tut mehr als die vorige.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben das Fahrradjubiläum bewusst gefeiert. Denn das Fahrrad ist, finde ich, eine großartige Erfindung. Sie war weltweit erfolgreich. Zusammen mit dem Auto sind es zwei großartige Erfindungen aus Baden-Württemberg, die die Welt verändert haben, neue Mobilitätsmöglichkeiten geschaffen haben.

Wir hatten z. B. in Berlin ein wunderbares Fahrradfestival, die Stallwächterparty. Die Finanzministerin hat sogar eine Sondermünze herausgegeben. Wir haben eine Roadshow durch das Land gemacht mit vielen Einzelveranstaltungen. Es gab große Events von Kommunen; diese haben am Wochenende in der ganzen Stadt etwas zum Thema Rad gemacht: historische Räder, Radrennen – alles, was Spaß macht. Selbst die Medien sind mitgegangen; in fast jeder Zeitung gab es einen Schwerpunkt zum Thema Radverkehr, neues Radfahren usw.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Haußmann zu?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Bitte schön. – Zum Thema Radhelmutachten.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade noch einmal gesagt: Sie haben jetzt drei Radschnellverbindungen festgelegt. Es gibt eine ganze Menge an Interessenten für Radschnellverbindungen. Jetzt die konkrete Frage: Wie haben Sie denn die drei Verbindungen ausgewählt? Gab es da Priorisierungen? Wurde das Kosten-Nutzen-Verhältnis berücksichtigt? Wie sind diese Verbindungen konkret ausgewählt worden?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wir haben die drei Projekte nach verschiedenen Gesichtspunkten ausgewählt. Wir wollten unterschiedliche Situationen haben. Z. B. bei der Verbindung Bad Wimpfen–Neckarsulm: Pendlerströme, aber im ländlichen Raum. Außerdem wurden eine Verbin-

dung im Ballungsraum Stuttgart und eine zwischen Mannheim und Heidelberg ausgewählt. Dort gab es vor Ort jeweils ein großes Interesse und waren die Bedingungen vor Ort relativ günstig, um schnell in diese Pilotprojekte einzusteigen.

Die erfolgte Auswahl ist aber nicht die Vorentscheidung dafür, dass nie ein Radschnellweg anderswo, z. B. im Hohenzollerischen oder in der Kurpfalz, gebaut würde.

(Zurufe von der FDP/DVP: Bodensee! – Remstal!)

Vielmehr werden wir – konsequent wie immer – zuerst eine Potenzialanalyse und dann eine Machbarkeitsstudie machen – übrigens fördern wir nicht die Radschnellwege zu 80 %, sondern die Machbarkeitsstudie; denn wir wollen vorankommen –, und danach geht es nach dem ganz normalen Verfahren weiter.

Uns liegen inzwischen über 30 Anmeldungen vor. Wir hoffen, dass wir zum Ende der Legislaturperiode zehn Radschnellwege im ganzen Land – gut verteilt, aber an den richtigen Stellen, wo sie gebraucht werden – gebaut haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, ...

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ja.

Präsidentin Muhterem Aras: ... es liegt eine weitere Zwischenfrage vor, und zwar von Frau Abg. Reich-Gutjahr. Lassen Sie diese Frage zu oder nicht?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Diese noch. Danach machen wir mal weiter.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. – In meiner Wahlkampfphase sprach mich eine Dame an und meinte, sie würde ihr Fahrrad gern am Ortsrand von Stuttgart abstellen, damit sie, wenn sie mit dem Auto von außerhalb kommt, dort auf das bereitstehende Fahrrad umsteigen und mit ihm weiterfahren kann. Meine Frage ist deswegen: Gibt es von Ihrer Seite auch Planungen, wie man es Bürgern ermöglichen kann, so einen Weg in irgendeiner Form zu gehen? Beispielsweise könnte man Fahrradboxen zum Abstellen oder eine Plattform anbieten, auf der sich Bürger, die eine Garage haben, einen Partner suchen können, um das zu machen.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Es gibt nicht nur Überlegungen, sondern es gibt schon längst eine gesetzliche Grundlage dafür, dass das gefördert werden kann. Wie Sie wissen, bauen wir seitens des Landes keine Radabstellanlagen, Radboxen; denn das ist eine kommunale Aufgabe. Unter den Förderbedingungen kann man Radabstellanlagen jedoch fördern. Wir fördern das zu 50 %. Dieses Angebot kann genutzt werden. Viele Städte machen dies übrigens schon. Stuttgart hat da noch einen gewissen Nachholbedarf. Jedenfalls: Grundsätzlich ist das möglich.

Richtig ist – das ist vorhin auch schon gesagt worden –: Radnutzung heißt ja nicht, dass man alles mit dem Rad macht.

(Minister Winfried Hermann)

Vielmehr stellt man das Rad z. B. ab, um mit dem Zug weiterzufahren. Man muss es aber sicher abstellen können, damit es abends auch noch da ist. Sichere Abstellanlagen sind also wesentlich für eine gute Radverkehrsinfrastruktur.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich will mich beim Landtag dafür bedanken, dass wir in den letzten Jahren Mittel bekommen haben, um das Radfahren voranzubringen, auch dafür bedanken, dass wir Sondermittel bekommen haben, um das Radjubiläum zu feiern, aber auch um ein Bewusstsein für das Radfahren zu schaffen, das Radfahren zu befördern, und auch dafür, dass wir jetzt Mittel bekommen für die Leuchtturmprojekte Radschnellwege.

Nachdem sich ja doch alle positiv für das Rad ausgesprochen haben, hoffe ich auch, dass wir in den kommenden Haushalten genügend Mittel bekommen, um die Lücken zu schließen, Radwege der Kommunen und an Landesstraßen zu fördern und genügend Bundesmittel abzurufen.

Ich will schließen mit zwei Zitaten. Mark Twain hat immer etwas zu sagen, nahezu zu allem; meist sind es gute Sprüche. Der erste Spruch lautet:

Besorg dir ein Fahrrad. Wenn du lebst, wirst du es nicht bereuen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Der zweite Spruch stammt von einem anderen berühmten Mobilitätsphilosophen, Winfried Hugo Josef

(Abg. Winfried Mack CDU: Winfried!)

Hermann:

Fahr Rad – –

(Heiterkeit)

– Bei einigen dauert es länger.

Fahr Rad, und du bleibst jung.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Gögel das Wort für die AfD-Fraktion.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwei, drei Dinge sind mir jetzt bei den letzten Rednern hier noch hängengeblieben.

Zum einen, Herr Katzenstein: Feinstaub. Ich meine, wir haben uns jetzt lange genug über Feinstaub unterhalten, und Sie wissen natürlich genau, dass auch Fahrräder Feinstaub produzieren. Das war ein Punkt, den ich hier nicht unkommentiert stehen lassen wollte.

Dann ist mir bei Herrn Minister Hermann aufgefallen: Er hat hier das Argument angeführt, dass das Fahrrad natürlich frü-

her für Menschen, die sich Autos nicht leisten konnten, ein sehr wichtiges individuelles Fortbewegungsmittel war. Meine Ausführungen heute zu Beginn der Debatte betrafen genau die Befürchtung, dass die Grünen eine Politik verfolgen, die genau dahin führen wird, dass wir uns diese individuelle Mobilität mit Kraftfahrzeugen irgendwann nicht mehr leisten können

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Genau so ist es!)

und eben dann wieder zurück zu den Fahrrädern kommen müssen. Deshalb wird die Infrastruktur dafür auch gefördert, und zwar forciert und nicht mit Blick auf das Freizeitverhalten der Menschen.

Herr Hermann, ich hoffe doch stark, dass Sie zur Stallwächterparty mit dem Fahrrad hingefahren

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

und nicht mit dem Flugzeug geflogen sind; denn das Flugzeug ist ja wohl der größte Umweltsünder.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute hier im Landtag zur Feier des Tages eine Menge überdachte Fahrradabstellplätze hätten einweihen können. Wenn ich als Autofan – das gebe ich bewusst zu – hier in der Tiefgarage keinen Platz bekomme, dann würde ich mir so etwas wünschen. Aber ich sehe einfach hier den Bedarf nicht. Ich kann nicht feststellen, dass hier sehr viele Abgeordnete mit dem Fahrrad zum Landtag kommen. Da nehme ich Herrn Katzenstein ausdrücklich aus. Ihn habe ich hier schon mit dem Fahrrad unterwegs gesehen, aber außer ihm sehe ich hier wenige Fahrradfahrer.

(Abg. Winfried Mack CDU: Weil ich zu Fuß gegangen bin!)

Das wollte ich hier zum Abschluss noch vermerken.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Uns bleibt nichts erspart!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem wir uns, vor allem die Grünen, entschieden haben, statt auf hohem politischen Niveau auf niedrigem medizinischen Niveau zu diskutieren, möchte ich als Arzt wenigstens ein paar Anmerkungen machen.

Das Fahrradfahren ist nicht so gesund, wie man tut. Es erfordert eine sehr einseitige Haltung. Es ist zwar gut für den Kreislauf, es ist auch gut für die Beine, aber es ist nicht gut für die Wirbelsäule. Sie haben beim Radfahren eine ganz verkrampfte Haltung. Da sind z. B. Joggen und Gehen viel gesünder. Wenn Sie also etwas für die Gesundheit tun wollen, dann laufen Sie lieber.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Jeder Orthopäde empfiehlt Radfahren! Gut für die Knie!)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Daher ist es besonders schlecht, wenn, wie ich als Spaziergänger immer wieder erleben muss, immer mehr gemischte Wege geteert werden – das fördert die Plattfußbildung, das fördert Wirbelsäulenbeschwerden –, damit die Fahrradfahrer schneller fahren können. Das ist keine gute Entwicklung.

Wenn wir schon bei den gemischten Wegen sind, stellen wir jetzt fest: Immer mehr kommen mit dem Elektrofahrrad daher. Die fahren dann nicht 10 oder 15 km/h, die fahren wesentlich schneller. Ich glaube, 25 km/h darf man fahren. Wenn wir das Thema Radfahren schon politisch diskutieren, dann wäre es eine klare politische Forderung: maximal 15 km/h auf gemischten Wegen. Das würde ich hier betonen, wenn man das Thema überhaupt politisch angehen muss.

(Beifall des Abg. Emil Sänze AfD)

Nebenbemerkung: Es gibt sogar Krankheiten, die Sie in Ihrer Statistik ausgeblendet haben. Die Zahl der Fälle von Krankheiten im Genitalbereich, bei der Prostata usw. nimmt durch das Fahrradfahren zu.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Falsch!)

Also, wenn Sie schon eine solche Statistik machen, dann müssen Sie alles erfassen.

Aber das Wesentliche bei dem ganzen Thema hat ja der Kollege Gögel schon hervorragend gesagt. Angesichts einer wahnwitzigen Überfremdung, angesichts einer unglaublichen links-extremistischen Straßengewalt und angesichts einer immer erschreckenderen Islamisierung und Entchristlichung Europas ist diese heutige Diskussion über das Fahrrad ein großes Ablenkungsmanöver, das wir uns eigentlich nicht leisten können, meine Damen und Herren.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Neuerfindung und Transformation der Mobilität: Herausforderung und Chance für das Autoland Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Auch hier darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, das, was wir jetzt diskutieren, ist ein guter Anschluss an das Thema, das vorhin der Kollege Schütte angesprochen hat. Wie bei dem Thema „200 Jahre Fahrrad“ geht es bei der Mobilität um den Ausdruck von Freiheit. Da brauchen wir Innovation, vor allem auch Einsatz für Forschung und Entwicklung.

Von Henry Ford, dem legendären Pionier der Automobilindustrie, stammt der Satz:

Wenn ich die Menschen gefragt hätte, was sie wollen, hätten sie gesagt, schnellere Pferde.

Ford hat aber gerade nicht die Gewohnheiten seiner Kunden bedient, sondern ihnen mit dem T-Modell etwas ganz Neues geboten und damit die Massenmobilität geradezu revolutioniert.

100 Jahre später erleben wir wieder so einen revolutionären Moment: Das Auto, wie wir es kennen und wie es das Autoland Baden-Württemberg seit Jahrzehnten prägt, wird in dieser jetzigen Zeit nicht weniger als neu erfunden. Das ist die Herausforderung der Stunde. Dieser müssen wir uns mit ganzer Kraft stellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Die Veränderungen, die uns bevorstehen, sind tiefgreifend. Neue Wettbewerber drängen auf den Markt. Die Digitalisierung macht das Auto zum vernetzten Produkt und wird unser Mobilitätsverhalten ein für alle Mal tiefgreifend verändern. Die Elektromobilität bringt Umwälzungen für ganze Industrien.

Als weltweit führender Automobilstandort darf Baden-Württemberg dabei nicht abseitsstehen und zusehen, wie andere die Märkte aufrollen. Wir in Baden-Württemberg müssen diesen dramatischen Wandel von der Spitze her führen. Wir müssen der Welt beweisen, dass man mit Know-how aus Baden-Württemberg auch in Zukunft am besten fährt.

Sicher ist: Das Bedürfnis nach individueller Mobilität wird in Zukunft hier bei uns und weltweit eher zu- als abnehmen, und darauf müssen wir im Autoland Baden-Württemberg Antworten geben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen wir eine gemeinsame große Kraftanstrengung von Industrie und auch Politik. Wir müssen wissen, was wir voneinander erwarten. Deshalb ist es richtig, dass wir – ursprünglich ja angeregt von der Landesregierung, auch von der Wirtschaftsministerin – den Strategiedialog Automobilwirtschaft in aller Breite und im gegenseitigen Commitment führen. Hier haben Sie auch unsere Unterstützung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Automatisiertes und vernetztes Fahren, Elektromobilität und Ladeinfrastrukturen, Forschung und Entwicklung, Produktion und Mobilitätsdienste – all diese Themenfelder werden hier

(Dr. Wolfgang Reinhart)

im Austausch bearbeitet. Das Land schafft damit ein intelligentes Format, um abgestimmt und konzertiert zu handeln und um die strategischen Fragen in einer gemeinsamen Roadmap zu bündeln. Das entnehmen wir ja auch einer neuen Kabinettsvorlage.

Mir ist wichtig: Die Transformation in der Autoindustrie startet hier im Land und nicht auf einer weißen Landkarte. Schon jetzt laufen viele wichtige Initiativen, mit denen wir den Wandel in der Automobilwirtschaft begleiten und auch stimulieren. Wegweisende Programme zur Förderung der E-Mobilität stammen – das will ich als historische Betrachtung hinzufügen – schon aus der Zeit der Regierung Oettinger. Schon 2009 haben wir ins Staatsministerium eingeladen, um die Gründung der e-mobil BW GmbH mit dem Geschäftsführer Loogen, der heute noch aktiv ist, zu begehen. Schon damals hatten wir Angst, wir seien zu spät. Es ist aber ein Dauerthema; dem müssen wir uns stellen. Da müssen wir auch in Zukunft die Besten sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich nenne auch den Spitzencluster Elektromobilität. Wir verstärken jetzt das Engagement des Landes für die Elektromobilität noch einmal deutlich und werden dafür mit der neuen Landesinitiative „Elektromobilität III – Marktwachstum Elektromobilität BW“ bis 2021 insgesamt über 43 Millionen € einsetzen. Und mit dem 2 000-Ladesäulen-Programm sorgen wir für einen entscheidenden Schub bei der wichtigen Ladeinfrastruktur. Denn auch die Infrastruktur wird ganz entscheidend sein, wenn wir hier Erfolg haben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Das ist der zentrale Punkt, bei dem wir, das Land, viel tun können, um die Marktdurchdringung der E-Mobilität zu fördern

(Abg. Anton Baron AfD: Seltener Quatsch!)

und den Elektroantrieb vor allem auch im Alltag zu verankern.

(Abg. Anton Baron AfD: Welche Ladezeiten stellen Sie sich vor? Tage!)

Auch andere interessante Technologien nachhaltiger Mobilität haben in unserer Innovationslandschaft ihren Platz. Das ist ja auch eine Frage der Energie. Ich nenne z. B. einmal Power-to-Gas als wichtige Brückentechnologie, nicht zuletzt auch das Cyber Valley. Da schaffen wir einen globalen Forschungsleuchtturm für Schlüsselkompetenzen im Bereich des autonomen Fahrens.

Diese Beispiele zeigen: Baden-Württemberg ist dran und treibt vor allem die Transformation voran. Das ist ein wichtiger Teil.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das gilt genauso für die Wirtschaft, für die Unternehmen in unserem Land. Auch sie sind mittendrin im Umbau ihrer Produkte, ihrer Geschäftsfelder. Daimler hat das Stammwerk Untertürkheim jetzt als Hightechstandort für Elektroantriebe langfristig gesichert. Das war ein großer umstrittener Punkt. Mahle setzt zusätzlich zum angestammten Kolbengeschäft neue Schwerpunkte – Thermomanagement – und positioniert sich damit auch in einem zentralen Zukunftsfeld. ZF inves-

tiert kräftig, stockt die Beschäftigung auf, um seine Zukunftsaktivitäten und seine Strategie im Bereich der E-Mobilität zu entwickeln. Insgesamt gibt die deutsche Automobilindustrie inklusive der Zulieferer in diesem Jahr 39 Milliarden € für Forschung und Entwicklung aus. Das ist richtig gut angelegtes Geld, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir haben allein 1 000 Zulieferer in diesem Land. Sie lesen heute in den Überschriften das Gutachten des ifo-Instituts aus München betreffend: „650 000 Arbeitsplätze“. Das heißt, es wird doppelt so viel wie noch vor zehn Jahren und deutlich mehr als die Forschungsausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland insgesamt ausgegeben.

Allein in die E-Mobilität investiert die Branche bis 2020 nach Verlautbarungen 40 Milliarden €. Das unterstreicht: Die Automobilwirtschaft macht ihre Hausaufgaben, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Standort zu halten. Sie braucht auch die strategische Partnerschaft und die Unterstützung der Politik. Aber ich füge hinzu: Sie braucht keine Nachhilfe.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau!)

Gerade bei uns im Land geht es nicht nur um die Zukunft der großen kapitalstarken Branchenplayer; entscheidend ist, dass auch der Mittelstand auf dem Weg in die Zukunft mitkommt. Denn die hoch spezialisierten, hoch innovativen mittelständischen Zulieferbetriebe bilden das eigentliche typische Rückgrat und System des Autolands Baden-Württemberg. Sie haben unsere gezielte Unterstützung, um innovative Nischen im Markt der Zukunft zu finden, z. B. mit der „Mittelstandsoffensive Mobilität“ des Wirtschaftsministeriums, der Landesregierung. Das ist der richtige Weg.

Klar ist: Viele technische Probleme im Zuge der Transformation sind nach wie vor ungelöst. Die kurze Reichweite z. B. begrenzt weiterhin die Alltagstauglichkeit vieler E-Modelle. Auch der ökologische Fußabdruck der Batterien bei Produktion, Entsorgung, Recycling muss kleiner werden. Ich will nur einmal eine Zahl nennen: Ein herkömmlicher Verbrenner könnte acht Jahre gefahren werden, bevor er die Umwelt so stark belastet wie allein die Akkuherstellung für einen aktuellen Tesla vom Typ Model S.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Habe ich doch gesagt!)

Natürlich müssen wir da besser werden. Der Weg zur wirklich nachhaltigen Mobilität ist deshalb noch weit. Gefragt ist ein kluges Changemanagement. Die Politik ist gut beraten, der Wirtschaft dafür den erforderlichen Raum zu geben und die Strategie der Unternehmen nicht durch vorschnelle Regulierungen zu stören, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Andreas Kenner SPD)

Fest steht: Auch der moderne Diesel wird als hocheffiziente Übergangstechnologie noch lange benötigt.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Ich hatte heute Morgen ein Gespräch mit einem ehemaligen Vorstand eines Automobilkonzerns. Er sagte: „Ob wir überhaupt die 30 % E-Mobilität erreichen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nie und nimmer!)

das ist noch die Frage.“ Aber wir müssen in diesem Wandel alles dafür tun, um ihn klug zu begleiten.

Fest steht auch: Es ist richtig, auf Innovation und Nachrüstung für saubere Luft in unseren Städten zu setzen. Da wollen wir keine Fahrverbote; wir bevorzugen vielmehr Innovation und Nachrüstung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Andreas Kenner SPD und Anton Baron AfD)

Wir, die CDU-Fraktion, haben das immer vertreten, und ich freue mich, wenn sich dieser Standpunkt jetzt allgemein durchgesetzt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Späte Erkenntnis, Herr Kollege! Lieber spät als nie!)

Aus der langen Geschichte des Strukturwandels im Land wissen wir genau: Es ist immer besser, Herr Kollege Stoch – Sie als ehemaliger Bildungsminister wissen es auch –, das Neue willkommen zu heißen, als davon überrollt zu werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Ich bin sicher: Die Mobilität der Zukunft ist ein spannendes Versprechen: smartere Fahrzeuge, weniger Staus, saubere Luft, mehr Komfort, neue Wertschöpfung. Nutzen wir also die Transformation in der Automobilindustrie als weitere Chance für das Innovationsland Baden-Württemberg. Zeigen wir einmal mehr, wie Baden-Württemberg Veränderung und Modernisierung gestaltet. Ich habe immer gesagt: „Wir wollen das Innovationsland Nummer 1 bleiben.“ Das müssen wir gerade in der Automobilindustrie unter Beweis stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der AfD sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Plenartag steht ganz im Zeichen emissionsfreier Mobilität.

(Abg. Anton Baron AfD: Das gibt es nicht! Das ist physikalisch nicht möglich!)

Bei Tagesordnungspunkt 1 haben wir eine der wichtigsten Erfindungen Baden-Württembergs – das Fahrrad – gefeiert. Jetzt reden wir bei Tagesordnungspunkt 2 über den Transformationsprozess in der Automobilindustrie mit dem Ziel des emissionsfreien Fahrens in Baden-Württemberg und darüber hinaus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das gibt es nicht! Das ist

physikalisch nicht möglich! Wenn Sie etwas von Physik verstehen würden!)

Der Automobilbereich befindet sich in einem weitreichenden Wandel. Viele sprechen sogar von einer weiteren Revolution, von einer Neuerfindung des Autos. Dieser Wandel geht aber noch viel weiter. Wir erleben einen Wandel zu einer neuen, nachhaltigen Mobilität. Diesen Wandel begleiten wir aktiv. Die Politik muss diesen Wandel aktiv begleiten, sie muss ihn unterstützen und befördern.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Denn es ist nicht nur ein Wandel des Automobils. Wir erleben einen Technologiewandel, einen Strukturwandel, die Energiewende und die Mobilitätswende. All das gehört zusammen. Für uns Grüne stehen zwei Punkte im Vordergrund: der Klimaschutz und die Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Mobilitätsverhalten der Menschen wird sich in den nächsten Jahren ändern. Es wird nicht nur auf das eigene Auto ankommen, sondern das eigene Auto, fremde Fahrzeuge und miteinander geteilte Fahrzeuge werden in eine vernetzte Mobilität eingebunden sein.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wie wird die Mobilität im Jahr 2030 ausschauen? Ich buche mir über meine App eine Fahrkarte für den öffentlichen Nahverkehr, ich fahre mit dem E-Bike zum Bahnhof. Über das Handy buche ich mir dann von der nächsten Station das Elektroauto, und ich kann genau sehen: Wo sind die Schnellladesäulen? Wo sind freie Parkplätze? Wo ist das Straßennetz frei? Ich bekomme meine optimale Wegstrecke angezeigt. Im Endeffekt komme ich wesentlich entspannter und wesentlich sicherer ans Ziel. Mehr Entspannung, mehr Sicherheit – ein toller Erfolg des Transformationsprozesses im Jahr 2030.

(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das ist ein Prozess, ein Wandel, den wir aktiv mitgestalten – gemeinsam mit der Automobilindustrie, die in Zukunft eben nicht nur Hersteller von Fahrzeugen, sondern auch Mobilitätsdienstleister sein wird. Es ist gut, dass die Landesregierung das sehr frühzeitig erkannt hat und alle Partner an einen Tisch geholt hat.

Für die Grünen sage ich ganz klar: Wir müssen einen strategischen Dialog führen und eine strategische Partnerschaft etablieren; denn in einer vernetzten Welt muss das Zentrum der Automobilität in Baden-Württemberg sein. Das Zentrum der Automobilität muss nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen bei uns in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Frau Präsidentin, ich will noch ein paar Worte sagen. Denn das Ziel ist doch ganz klar: Die Elektroautos der Zukunft sollen aus Untertürkheim, Zuffenhausen oder Neckarsulm kommen, nicht aus Peking oder Palo Alto, nicht aus China oder Amerika. Vielmehr müssen wir zeigen: Wir können Mobilitätskonzepte entwickeln und das Auto der Zukunft bauen.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sie können gar nichts! Das kann nur die Industrie machen!)

In Baden-Württemberg geht es uns gut. In Baden-Württemberg gibt es starke, leistungsfähige Kommunen in einer gesunden Natur. In Baden-Württemberg gibt es engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine innovative Wirtschaft mit einem weltberühmten Mittelstand. Das alles ist der Kern unseres Wohlstands.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das werden Sie ändern!)

Vielen Menschen geht es gut, weil sie bei Automobilunternehmen oder in der Zulieferindustrie arbeiten. Daher sind für uns die gesamte Automobilbranche und die Zulieferindustrie sehr wichtige Faktoren, wenn wir über einen Strategieprozess reden. Denn wir müssen dafür sorgen, dass dieser Wirtschaftsfaktor stark bleibt und Arbeitsplätze im Land bleiben.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Deswegen ist das Ziel des Strategiedialogs ganz klar: Das Auto und die Mobilitätskonzepte der Zukunft müssen aus Baden-Württemberg kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unsere Aufgaben, die Aufgaben der Politik, sind klar definiert. Es geht darum, neue Produkte, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, mit denen wir die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze im Land halten. Dafür muss der Staat vor allem perfekte Rahmenbedingungen setzen. Der Kern ist eine funktionierende Infrastruktur. Ein dichtes Netz von Ladesäulen ist für uns unabdingbar. Wir werden Forschung und Entwicklung vorantreiben und in Baden-Württemberg die Technologien der Zukunft entwickeln und herstellen.

Auch die Energiewende bringen wir voran; denn ohne zusätzliche erneuerbare Energien und ohne einen weiteren Leitungsausbau wäre der Klimavorteil passé.

Das heißt: Wir müssen all diese Punkte im Strategiedialog berücksichtigen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau!)

Das Auto der Zukunft rollt in Baden-Württemberg vom Band. Mit alternativen, emissionsfreien Antriebstechnologien, mit der Möglichkeit des autonomen Fahrens, mit digitaler Vernetzung zu anderen Mobilitätsträgern erstellen wir die Mobilitätskonzepte der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir begrüßen es, dass sich die Automobilindustrie diesem dringend notwendigen Strukturwandel stellt. Da hat die Industrie – das sehen Sie, wenn Sie die Berichterstattung der letzten Tage und die heutige Berichterstattung lesen – eine Verpflichtung. Sie muss sich auf diese neuen Technologiefelder und in diesen Strukturwandel begeben, neue Technologien und neue Geschäftsfelder erschließen. Diesen Weg gehen wir gemeinsam. In regelmäßigem Austausch mit der Automobil- und der Zulieferindustrie wollen wir deren Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze im Land sichern. Wir wollen den Strukturwandel gemeinsam vollziehen.

Wir werden den Transformationsprozess gestalten, weil er ökologisch und ökonomisch sinnvoll und notwendig ist. Dabei hat – das muss man ganz offen sagen – niemand den Stein der Weisen gefunden. Deswegen müssen wir zusammenarbeiten. Deswegen ist, Herr Ministerpräsident, gerade der Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtiger denn je. Zu diesem Dialog gehört ein ehrlicher Umgang mit den Herausforderungen des Wandels.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Manche dieser Herausforderungen sind schon jetzt erkennbar. Wir müssen die Konsequenzen für unsere Umwelt ebenso mitdenken wie die Anforderungen an die Energiesysteme, an die Energienetze. Wir werden, wenn wir über das autonome Fahren reden, die Fragen der Haftung und des Datenschutzes bedenken müssen. Wenn es um die künstliche Intelligenz geht, die wir im Cyber Valley unterstützen, müssen wir die Fragen der Ethik diskutieren.

Nicht zuletzt – ein Thema, das meiner Fraktion enorm wichtig ist – müssen wir die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sowie auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitdenken. Denn wir werden in Zukunft andere Arbeitsplätze als bisher haben. Deswegen ist es unabdingbar, dass bei der Gestaltung des Wandels die Beteiligung und die Einbindung der Beschäftigten eine hohe Priorität haben.

Deswegen sage ich noch einmal: Der Dialog aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist geradezu prädestiniert, all diese Punkte zu regeln und im Austausch zu besprechen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir erwarten uns von diesem Dialogprozess Antworten auf die zentralen Fragen zu Technik,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Vernetzung, digitaler Mobilität, Ladeinfrastruktur. Wir sind froh, dass alle Ressorts dabei mitarbeiten, dass wir alle an einem Strang ziehen, um dieses für Baden-Württemberg wichtige Thema zu bearbeiten.

Und wir, die Politik, haben Aufgaben. Wir müssen überlegen: Welche Rolle hat der Gesetzgeber? Wie müssen wir Rahmenbedingungen verbessern? Deswegen finde ich es, Herr Ministerpräsident, gut, dass Sie andere Ministerpräsidenten eingeladen haben,

(Abg. Anton Baron AfD: Seehofer!)

dass fünf Ministerpräsidenten gemeinsam eine Initiative gestartet und ein gemeinsames Papier zur Zukunft der Automobilwirtschaft auf den Markt gebracht haben. Herr Ministerpräsident, jetzt muss sich der Bund bewegen. Der nächste Bundesverkehrsminister darf eben nicht auf der Bremse stehen und den Fortschritt verhindern.

(Zuruf von der AfD)

Deswegen ist für mich klar: Wir brauchen ab September einen Verkehrsminister, der diesen Wandel, diesen Transformationsprozess gestaltet, der Ihre Initiativen, die Sie mit Bayern auf den Weg gebracht haben, annimmt, der nichts verhindert,

(Andreas Schwarz)

der im Sinne der nachhaltigen Mobilität etwas beschleunigt und nach vorn bringt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Podeswa das Wort.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht wieder schnarchen! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU zu Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Nicht so düster schauen! Freundlicher! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ist doch ein schönes Thema!)

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die letzte Rede von Herrn Schwarz ist ein absoluter Tiefpunkt in diesem Parlament. Seine Absichtserklärungen sind ja ganz toll. Aber schauen wir uns doch einfach an, was im letzten Jahr passiert ist. Da sagt die grün-schwarze Landesregierung, sie will saubere Luft –

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

wohlgemerkt saubere Luft auf dem Niveau eines Luftkurorts, also zehnmal sauberer, als es die Arbeitsstättenverordnung für Stickoxide vorschreibt;

(Beifall bei der AfD)

lesen Sie es nach –, und ist dann ganz erstaunt. Was lese ich heute in der Zeitung? Der Herr Ministerpräsident ist ganz erstaunt, dass Fahrverbote so ein negatives Echo in der Öffentlichkeit gefunden haben.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Ja, so erstaunt wäre ich auch.

Was genau ist passiert? Die grün-schwarze Landesregierung, assistiert von der CDU, hat Millionen von Gebrauchtwagenbesitzern in Baden-Württemberg und darüber hinaus in Deutschland um mehrere Milliarden enteignet.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Jeder Diesel, der vor sechs Monaten noch 20 000 € wert war, ist heute auch ganz offiziell äußerstenfalls noch 15 000, vielleicht 16 000 € wert. Es geht also bei einem typischen Fahrzeug um 3 000 bis 4 000 €.

Gleichzeitig hat diese grün-schwarze Regierung mit einem Federstrich Zehntausende von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg schon jetzt nicht nur gefährdet, sondern zum Teil bereits abgeschafft. Schauen Sie sich die Statistiken zur Zulassung von Fahrzeugen an. Wir haben aktuell – das ist auch nur so zu erwarten gewesen – einen Rückgang um rund 20 % bei den Zulassungen von neuen Dieselfahrzeugen und einen Rückgang um rund 9 % bei den Kraftfahrzeugen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, das Einzige, was Sie hier wirklich haben, um den Standort zu erhalten und zu fördern, ist Vertrauen, sind sichere, verlässliche Rahmenbedingungen. Die-

ses Vertrauen haben Sie in den letzten sechs Monaten restlos verspielt.

(Beifall bei der AfD)

Als ich am Montag das Thema der von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Debatte las – „Die Neuerfindung und Transformation der Mobilität: Herausforderung und Chance für das Autoland Baden-Württemberg“; ein Thema, dem sich die CDU, wie Sie, Herr Reinhart, gerade ausgeführt haben, schon vor 2009 gewidmet hat,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

also ein ganz alter, uralter Hut –,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Oh!)

kam mir dann doch der Verdacht, dass Sie dieses Thema möglicherweise zur Schadensbegrenzung kurz vor der parlamentarischen Sommerpause gewählt haben, weil wir – ach ja, tatsächlich – in wenigen Wochen Bundestagswahl haben und Sie die Fehler, die Sie in den letzten sechs Monaten begangen haben, korrigieren wollten, um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir wollten natürlich Ihren Sachverstand hervorrufen!)

An Ihrer Rede war ja nichts auszusetzen, bis auf eine einzige Kleinigkeit: dass Sie in den letzten zwölf Monaten zu 100 % an jeder Stelle genau das Gegenteil gemacht haben.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Baden-Württemberg hat die Geschichte des Automobils nicht maßgeblich vorangetrieben,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was?)

Baden-Württemberg hat die Geschichte des Automobils geschrieben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

228 000 Menschen in Baden-Württemberg arbeiten direkt in der Kraftfahrzeug- oder der Kraftfahrzeugteileindustrie.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Mit Handel und Dienstleistungen dazugerechnet ist rund jeder fünfte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg direkt von der Automobilindustrie abhängig.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wissen wir! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann handeln Sie auch so!)

– Offensichtlich ja nicht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Neue Erkenntnisse für die AfD!)

Wer legt die Axt an den Wirtschaftszweig, der die allergrößte Bedeutung für das Land hat?

(Dr. Rainer Podeswa)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Ravazi CDU: Wir nicht! – Zuruf von der AfD)

Wer unterstützt ökoreligiöse Spinner bei ihren Aktionen?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

45 % – 45 %! – aller baden-württembergischen Ausfuhren kommen direkt aus der Automobilindustrie – 50 % der gesamten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Und diese Industrie diskreditieren Sie mutwillig. Jeder, der noch einen allerletzten Rest Sachverstand – auf dieser Seite sehe ich da relativ wenig – behalten hat, weiß, dass es emissionsfreie Mobilität nicht gibt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Jawohl!)

Jeder, selbst der Herr Ministerpräsident, weiß, dass wir 2030 nicht geräusch- und emissionslos durch Stuttgart schweben werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Wo sind die Initiativen für eine Stauumgehung von Stuttgart?

(Beifall bei der AfD – Abg. Klaus Dürr AfD: Jawohl!)

Wo sind die Initiativen für ein vernünftiges Parkplatzmanagement? Wo sind die Initiativen für eine vernünftige Elektromobilität in der City? Wo sind die Initiativen für eine vernünftige Batterietechnologie? Denn die Lithium-Ionen-Batterie, die Tesla heute verwendet, hat deshalb einen so hohen CO₂-Ausstoß, weil sie einen immensen, riesengroßen Ressourcenverbrauch bei der Produktion hat.

(Beifall bei der AfD)

Sie verlagern also bloß den Dreck, den Sie in der Stuttgarter Innenstadt nicht haben wollen, in das Valley, in dem die Gigafabrik steht.

Da die Speicherkapazität der Batterien beschränkt ist, braucht man höchst effiziente Elektromotoren. Höchst effiziente Elektromotoren heißt: mit Permanentmagneten,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

mit extrem guten, effizienten Magneten, mit Kobalt. 90 % des weltweiten Kobaltvorkommens finden sich in Afrika – wo Kobalt in Kinderarbeit von Zehn- oder Zwölfjährigen geschürft wird.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Wo sind die Initiativen hier in Baden-Württemberg, Elektromobilität ohne Einsatz von Seltenen Erden voranzubringen?

Meine Damen und Herren, Ihr Versuch, mit dieser Aktuellen Debatte den Bürgern vorzutäuschen, Sie würden sich um die wichtigste Industrie in Baden-Württemberg kümmern – und sei es, Sie würden sich darum auch nur einen Deut scheren –, ist gründlich schiefgegangen. Die Verkehrspolitik in Baden-Württemberg – über die Frage der Mobilität hinaus – ist der Bedeutung dieses Standorts als weltweit wichtigstem Mobi-

litätsstandort absolut unangemessen; sie ist eigentlich eine Schande für die Regierungsarbeit der letzten zehn Jahre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte zu Beginn dieser Debatte, die von der CDU beantragt wurde, noch einmal einen kurzen Blick auf deren Titel werfen, um schon an dieser Stelle deutlich zu machen, dass zwischen dem, was die CDU als Problembeschreibung auf den Tisch legt, und dem, was insbesondere der grüne Teil der Landesregierung und des Parlaments in die Betrachtungen einbringt, erhebliche Unterschiede bestehen.

Die erste Zeile des Titels der Aktuellen Debatte lautet: „Die Neuerfindung und Transformation der Mobilität“. In der Tat, meine sehr geehrten Damen und Herren: Gerade in diesem Bereich liegt vor dem Hintergrund der Veränderung des Mobilitätsverhaltens in unserer Gesellschaft schon ein Teil der Problembeschreibung. Darin eingebettet liegt natürlich auch die Frage nach der individuellen Mobilität. Wir werden – Kollege Schwarz hat einiges dazu ausgeführt – zukünftig nicht mehr die Situation vorfinden, dass jeder Mensch zwangsläufig ein eigenes Fahrzeug – egal, ob batteriebetrieben oder mit Verbrennungsmotor – hat. Vielmehr werden sich viele Menschen nicht Fahrzeuge, sondern Mobilität einkaufen.

Aber, Herr Kollege Schwarz, das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, gilt für einen Teil der Menschen, und zwar insbesondere in den Ballungsräumen. Sie vergessen in Ihren Konzepten grundsätzlich die Unterschiedlichkeit des Landes Baden-Württemberg. In ländlichen Räumen wird der Verbrennungsmotor, wird die individuelle Mobilität auch zukünftig eine ganz wichtige Rolle spielen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Die CDU – ich beziehe mich auf die zweite Zeile des Titels der Aktuellen Debatte – fokussiert den Transformationsprozess bei der Mobilität natürlich sehr stark auf die Frage „Autoland Baden-Württemberg“. Das ist aus Sicht der CDU konsequent, weil sie auch in den letzten Jahren schon bezüglich der Veränderungen beim Mobilitätsverhalten der Menschen nicht erkennen ließ, dass sie die Veränderungen in der Gesellschaft anerkennt. Die CDU spricht nur über das Auto und nicht über Veränderungen im Mobilitätsverhalten. Auch so werden Sie Baden-Württemberg nicht in eine erfolgreiche Zukunft führen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Aber ich möchte mich heute schwerpunktmäßig auf die Themen Automobilindustrie, Automobiltechnik konzentrieren. Denn diese Fragen sind für uns im Land mit die wichtigsten Zukunftsfragen überhaupt. Ich möchte Ihnen dies anhand einiger Zahlen illustrieren: Wir haben einen Antrag zum Thema Dieselmotor gestellt, der sich aber auch auf den Verbren-

(Andreas Stoch)

nungsmotor insgesamt bezieht. Mehr als die Hälfte der mit einem Verbrennungsmotor ausgestatteten Pkws baden-württembergischer Hersteller haben einen Dieselmotor. Der Dieselananteil bei den Premiumherstellern beträgt in der Oberklasse 85 %, in der Mittelklasse rund 80 %. Experten gehen davon aus, dass der Anteil der Dieselfahrzeuge am Gesamtabsatz der baden-württembergischen Hersteller bei ca. 60 % liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sogar diese Landesregierung – man glaubt es kaum – geht in der Stellungnahme zu diesem Antrag davon aus, dass im Jahr 2030 weltweit noch etwa 80 % der Fahrzeuge einen Verbrennungsmotor nutzen werden. Deswegen: Das, was diese Landesregierung in den letzten Monaten mit dem Bashing des Verbrennungsmotors, insbesondere des Dieselmotors, abgezogen hat, schadet Baden-Württemberg nachhaltig; es schadet der Mobilität der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Ich bin dagegen, dass wir in diesem Bereich nur Schwarz-Weiß-Debatten führen. Ja, wir müssen diese Veränderung annehmen. Wenn wir Baden-Württemberg erfolgreich halten wollen, wenn wir mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze in diesem Bereich in Baden-Württemberg erhalten wollen, dann müssen wir auch auf der Technologieseite etwas tun.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt den einen Motor, die eine Antriebsart gegen die andere auszuspielen, den Verbrennungsmotor gegen den Elektroantrieb und umgekehrt auszuspielen, das ist der größte Fehler, den wir machen können – schauen Sie in die ifo-Studie, die gestern veröffentlicht wurde –, das ist der Tod der baden-württembergischen Automobilwirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Deswegen sollten wir alles vermeiden, um Antriebskonzepte – sei es der Dieselmotor allein, sei es der Verbrennungsmotor insgesamt – in ein negatives Licht zu rücken. Das tut diese Landesregierung; denn die Diskussion gerade über das Thema „Fahrverbote in Stuttgart“ hat bereits jetzt dazu geführt, dass die Wiederbeschaffungswerte der Fahrzeuge gesunken sind.

Herr Ministerpräsident, ich kann Sie da nicht verschonen: Wenn Sie sagen, es sei für Sie überraschend gewesen, dass auch der Wiederverkaufswert eines Fahrzeugs für die Menschen eine relevante Größe sei, dann muss ich schon sagen: Bei den Grünen scheint ordentlich Geld vorhanden zu sein. Grün muss man sich leisten können.

(Beifall bei der SPD, der AfD und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Deswegen geht es jetzt darum, realistische Szenarien für die Zukunft zu haben. Und ja, es wird in Zukunft in Baden-Württemberg Elektromobilität geben,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

es wird erfolgreiche Automobilfirmen geben, die auch elektrobetriebene Fahrzeuge herstellen. Aber wer wie die Grünen

vorschreiben will, dass ab 2030 in Deutschland keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden können – da brauchen Sie, mit Verlaub, nur in das grüne Wahlprogramm zu schauen – –

(Lachen bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Darin steht nämlich ausdrücklich:

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte: ...

Überschrift:

Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer mit Fahrverbotsdiskussionen, wer mit Diskussionen über ein Verbot des Verbrennungsmotors in die Debatte eintritt, schneidet die Entwicklungsmöglichkeit vieler Automobilfirmen in Baden-Württemberg ab und gefährdet Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Diese Landesregierung wird jedenfalls ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei der AfD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir frei nach Hermann Hesse – „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ – die Zukunftsvisionen, Herr Dr. Reinhart, entwickeln, will ich Bertold Brechts Worte von den Mühen der Ebene aufgreifen und auf die baden-württembergische Verkehrspolitik von Grün-Schwarz eingehen.

Beim Thema Dieselfahrverbote haben wir ganz aktuell eine verkehrspolitische Sackgasse erlebt, die dem Automobilstandort Baden-Württemberg nachhaltig und der Zukunftstechnologie Diesel massiv schadet.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Unser Verkehrsminister ist monatelang vorgeprescht und hat die Fahrverbote als alternativlos in Baden-Württemberg dargestellt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Trotz massiver rechtlicher, planerischer und praktischer Probleme waren sie alternativlos. Die Wende – weg vom Fahrverbot – zeigt, dass die Verkehrspolitik des baden-württembergischen Verkehrsministers einfach gescheitert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja! Genau! Er hat keine Politik!)

(Jochen Haußmann)

Die Bevölkerung ist massiv verunsichert; das wurde schon vom Kollegen Stoch angesprochen. Diese Politik schadet dem Vertrauen in den Diesel und hat enorme volkswirtschaftliche Auswirkungen, und in der Tat erleben wir auch eine Enteignung. Sie müssen sich nur einmal die heutige Ausgabe des „Mannheimer Morgen“ anschauen. Bemerkenswert – das muss man sich immer wieder auf der Zunge zergehen lassen – sind dann die Fragen und die Antworten des Verkehrsministeriums, die im März zum Thema Verkehrsbeschränkungen veröffentlicht wurden. Man hat das inzwischen wieder von der Homepage des Verkehrsministeriums heruntergenommen. Da hieß es – ich zitiere –:

Fahrzeuge, die nicht die aktuellste Abgasnorm einhalten, werden nicht entwertet. Sie können nach wie vor im Gebrauchtwagenmarkt in solche Gebiete veräußert werden, in denen keine blaue Umweltzone zu erwarten ist. Dies sind z. B. alle neuen Bundesländer, aber auch Nordbaden und Südwürttemberg,

(Lachen und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

in denen bereits heute nur geringe Grenzwertüberschreitungen auftreten.

Lieber Herr Ministerpräsident, Sie kommen ab und zu mit Herrn Gastel zusammen. Wenn Sie da Themen für eine Videobotschaft suchen, so wäre das ein gelungenes Thema für eine Videobotschaft für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Man muss schon die Frage stellen: Ist die Landesregierung wirklich bereit, eine technologieoffene Verkehrspolitik zu betreiben? Wenn ich den Kollegen Schwarz höre, dann höre ich zu dem Thema Verbrennungsmotor, zum Thema Diesel nichts. Damit disqualifizieren sich die Grünen bei diesem Thema, wenn es darum geht, die Verkehrspolitik in Baden-Württemberg technologieoffen zu organisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Elektromobilität ist wichtig. Da wird vieles getan. Nur: Wer den Klimaschutz ernst nimmt, wird auch in Zukunft um den Verbrennungsmotor nicht herumkommen. Dafür sprechen nicht nur die CO₂-Bilanz und die Infrastruktur, die wir haben. Vielmehr sind die Möglichkeiten des Diesels der neuesten Generation auch eine Lösung für den Klimaschutz in Baden-Württemberg und überhaupt in der gesamten Welt. Deswegen: Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss die Dieselsechnologie auch in Zukunft einsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Wir sind für eine klare Differenzierung zwischen den Abgasmanipulationen, wie sie bei VW stattgefunden haben, und der Zukunftstechnologie, wie sie Euro 6d-TEMP inzwischen bietet. Dass wir auf der richtigen Spur sind – wir haben über viele Monate gefordert, die Umrüstung jetzt anzugehen –, zeigt

die Zukunftsinitiative, die der Daimler-Konzern jetzt gestartet hat. Damit unterstreicht er, dass der Diesel zukunftsfähig ist und auch einen Beitrag zur Luftreinhaltung hier in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg leistet.

Insofern ist es, glaube ich, ein guter Impuls, dass wir auch in Baden-Württemberg das Thema Fahrverbote beiseitestellen und sagen: Mit Umrüstungen erreichen wir nicht nur an den Tagen mit Feinstaubalarm, sondern über das ganze Jahr hinweg eine Verbesserung. Damit erzielen wir wesentlich bessere Effekte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen wäre es, lieber Herr Verkehrsminister – Sie haben heute Geburtstag –, schön, wenn Sie heute ein Bekenntnis zur Zukunft des Diesels in Baden-Württemberg abgeben würden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Damit hätte er sich ein gutes Geschenk gemacht!)

Das habe ich von Ihnen bisher nicht gehört. Ein klares Bekenntnis hier an diesem Automobilstandort – auch vom Verkehrsminister des Landes – zu dieser Technologie gehört aber auch zur baden-württembergischen Verkehrspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Ansonsten sorgen wir nämlich dafür, dass wir andere Antriebstechnologien nicht mehr entwickeln: synthetische Kraftstoffe, Power-to-Gas-Verfahren, Brennstoffzellentechnologie und vieles andere. Deswegen müssen wir hin zur Mobilitätsalternative und auch die Zukunftsforschungsinitiative ergreifen. Da sind die Automobilkonzerne in unserem Land, denke ich, sehr gut aufgestellt.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema Mobilitätsalternative sagen. Das ist sehr wichtig. Herr Schwarz, Sie haben beschrieben, wie Sie das künftig machen wollen. Ich fahre regelmäßig mit dem Regionalzug, mit dem ÖPNV. Wahrscheinlich sind – so, wie der ÖPNV auf vielen Bahnen in Baden-Württemberg derzeit läuft; es dauert eben eine halbe Stunde länger – die Elektrofahrzeuge, die Sie dann abholen wollen, schon lange weg. Das heißt, wir müssen uns auch mit dieser Mobilitätsalternative in Baden-Württemberg ernsthaft beschäftigen. Da hat der baden-württembergische Verkehrsminister noch eine ganze Menge zu tun. Insofern müssen wir das Thema technologieoffen angehen.

Ich freue mich, dass der Verkehrsminister heute hier im Landtag für die Öffentlichkeit ein klares Bekenntnis zum Diesel abgibt. Andernfalls brauchen wir diese Debatte gar nicht ernst zu nehmen. Es hilft nicht, wenn das der Ministerpräsident oder Frau Hoffmeister-Kraut machen. Hier muss der Verkehrsminister heute sein Bekenntnis abgeben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Schlagzeilen der letzten Woche anschaut, so findet man Überschriften wie „Tesla drängt mit Model 3 auf den Massenmarkt“, „Bosch setzt Robotertaxis auf die Straßen“, „China führt Quote für Elektroautos ein“. Diese Überschriften allein zeigen: Wir sind Zeugen rasanter Veränderungen, und die Automobilwirtschaft erlebt den tiefsten Umbruch in ihrer Geschichte. Alles, was selbstverständlich war, wird auf den Prüfstand gestellt, und es geht um nichts anderes als um die Neuerfindung der Mobilität.

Wir stehen dabei vor zwei ganz zentralen Herausforderungen. Die erste: Das Auto der Zukunft fährt emissionsfrei.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Lachen bei der AfD)

– Ich meine, Sie können sich darüber mokieren; aber wer den Klimawandel leugnet, befindet sich ohnehin außerhalb einer vernünftigen Betrachtung. Der Klimawandel lässt uns keine andere Wahl.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zurufe der Abg. Rüdiger Klos AfD und Andreas Glück FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

– Kollege Glück, ich rede jetzt einfach einmal ein Stück, bevor ich eine Frage von Ihnen beantworte – aber nach fünf Minuten, darf ich bitten.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Gut! Dann strecke ich nachher noch einmal! – Zuruf von der AfD: Vielleicht hat der Klimawandel sogar etwas Gutes!)

Ich denke, wenn wir nicht entschlossen umsteuern, dann werden wir in Jahrzehnten unseren Planeten nicht mehr so erkennen, wie wir ihn heute kennen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir sowieso nicht!)

Es geht auch um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat die Staatengemeinschaft vereinbart, bis spätestens 2050 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas auszusteigen. Dies verändert auch die Mobilität von Grund auf. Das heißt, die Zeit des herkömmlichen Verbrennungsmotors – genauer gesagt des Verbrennungsmotors, der mit fossilen Brennstoffen betrieben wird –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

geht auf mittlere Sicht zu Ende. Ich höre auch aus der Automobilindustrie überhaupt keine andere Botschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Was denn?)

Ich will aber noch einmal sagen: Wir haben eine wichtige Diskussion über E-Fuels. Das bedeutet, wenn Kraftstoffe der zweiten Generation, die aus regenerativen Energien gewonnen werden können, in den Bereich der Umsetzung und einer marktwirtschaftlichen Relevanz kommen, dann ist das Thema Verbrennungsmotor noch keineswegs abgeschlossen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig! – Zuruf der AfD: Weiß das Ihre Partei auch?)

Das kann man hier auch einmal anführen.

Die Diskussionen laufen also. Von Kalifornien über Frankreich, Indien, China – wohin auch immer Sie kommen –, zahlreiche Länder beschließen Quoten für Elektroautos, schärfere Emissionsgrenzwerte oder sogar Auslaufdaten für den klassischen Verbrennungsmotor. Neue Wettbewerber drängen auf den Markt.

Für das Autoland Baden-Württemberg bedeutet das: Wir müssen entschlossen den Weg vom fossilen zum postfossilen Auto gehen, damit wir auch in Zukunft in der Champions League mitspielen. Das genau ist das Ziel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch das ist klar: Baden-Württemberg ist ein Automobilland und will es bleiben. Dies macht einen ganz großen Teil der Wertschöpfung und hoch qualifizierter Arbeitsplätze in unserem Land aus.

Die zweite Herausforderung, um die es neben dem Klimaschutz geht, ist, die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in diesem Land zu erhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Genau das ist das Ziel. Die Aufgabe dieser Landesregierung ist es, diesen Prozess so zu begleiten, dass beides erfüllt wird: Klimaschutz auf der einen, Wertschöpfung und Arbeitsplatzert halt auf der anderen Seite. Genau diesen Weg geht die Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jetzt lassen Sie mich an dieser Stelle einmal auf den Diesel eingehen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Auf Ihren? Auf Ihren eigenen?)

Es muss erst mal klar sein: Die Debatte, die den Diesel geschwächt hat, kam nicht von uns.

(Zurufe von der AfD: Nein! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer wollte es dann verbieten?)

Es sind die ganzen Unregelmäßigkeiten, die da passiert sind – das ist allen wohl bekannt –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihre Unregelmäßigkeiten!)

die den Diesel erst mal ins Gerede gebracht haben, das Vertrauen entscheidend geschwächt haben. Das kann nun offensichtlich niemand bestreiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Tatsache ist, dass wir in unseren Städten zu hohe Schadstoffemissionen haben, dass wir seit vielen Jahren die EU-Bedingungen verletzen, dass dagegen Bürger vor Gericht klagen –

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

und zwar erfolgreich – und dass wir das Problem lösen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Wie lange sind Sie schon
an der Regierung?)

Da geht es um die Gesundheit der Bevölkerung, und diese Gesundheit der Bevölkerung ist die Grundlage der Rechtsprechung. Die Gesundheit der Bevölkerung ist dieser Regierung genauso ein Anliegen wie andere wichtige Ziele. Das muss ich mal feststellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Aus diesen Gründen und aus Gründen, die uns die Gerichte vorgegeben haben, haben wir einen Luftreinhalteplan für Stuttgart erarbeitet,

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

der auch Fahrverbote vorgesehen hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt nicht mehr?)

Schon am 8. April, als zum ersten Mal deutlich wurde, dass Nachrüstungen doch möglich sind – –

(Abg. Anton Baron AfD: Wer zahlt die?)

Vorher hieß es immer, ich brauchte mich gar nicht damit zu beschäftigen; das sei gar nicht möglich. Außerdem müsse man ganz tiefe Eingriffe in die Motorentechnik vornehmen usw.; technisch und finanziell sei das gar nicht darstellbar.

Sobald sich das geändert hatte, wir die ersten Botschaften aus der Wissenschaft und dann auch aus der Automobilindustrie hatten, dass Nachrüstungen möglich sind, habe ich gesagt – und zwar am 8. April, nicht vorgestern; das können Sie in einem Interview der „Stuttgarter Zeitung“ nachlesen –: „Wenn Nachrüstungen möglich sind,

(Abg. Anton Baron AfD: Wer zahlt die?)

sind Fahrverbote nicht in Stein gemeißelt.“ Das war eine ganz klare Aussage. Ich habe gesagt: Es geht uns um saubere Luft und nicht um Fahrverbote.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Fahrverbote sind ein Mittel und kein Zweck. Und wenn wir diesen Zweck auf andere Weise erreichen – das war vollkommen klar –, werden wir ja wohl auf diesen scharfen Eingriff verzichten können, verzichten wollen und auch verzichten müssen.

Das ist eine ganz klare Linie, die die Regierung da gefahren ist, und diese war – das will ich noch mal sagen – höchst erfolgreich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Linie der baden-württembergischen Landesregierung hat dazu geführt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welche Linie?)

dass das in der ganzen Republik debattiert wurde. Gestern haben wir die Nachricht bekommen: Daimler rüstet drei Millionen seiner Dieselfahrzeuge – Euro 5 und Euro 6 – nach, und zwar kostenlos für die Kunden. Das ist ein großer Erfolg. Denn dieser Effekt ist ein Effekt für die Gesundheit und für schadstoffärmere Städte in ganz Europa und nicht nur für Stuttgart an wenigen Tagen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Insofern war der Kurs richtig. Er hat zu dem geführt, was wir wollten, nämlich dass wir endlich auf breiter Ebene zu Nachrüstungen kommen. Dann ist der Effekt sehr groß. Das ist ein großer Erfolg. Und dieser trägt dazu bei, auch das Vertrauen in den Diesel wiederherzustellen. Das ist ganz klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Aber viel entscheidender ist – das habe ich von Anfang an gesagt –: Die Durchdringung mit Euro 6 in Stuttgart lag schon Ende 2016 bei 33 %. Heute sind wir bei 37 %.

Die Durchdringung der ganzen Flotte mit Fahrzeugen, die bei einer blauen Plakette einfahren können, liegt jetzt schon bei 67 %. Die Landesregierung hat sich sehr rechtzeitig für eine blaue Plakette ausgesprochen, und wenn der Bundesverkehrsminister diese Maßnahme ergriffen und angekündigt hätte, dann wäre die ganze Debatte sowieso ganz anders gelaufen. Das lag nun gewiss nicht an der baden-württembergischen Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, ich habe zwei – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Einen kleinen Moment bitte, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ja.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Selbstverständlich wird der saubere Diesel – – Den gibt es; davon habe ich mich persönlich überzeugt.

(Beifall des Abg. Hans Peter Stauch AfD – Oh-Rufe
– Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Herr Ingenieur Kretschmann!)

Den gibt es heute, den richtig sauberen Diesel im Realbetrieb. Wir werden ab dem Herbst ohnehin den Real-Driving-Emissions-Betrieb haben. Dann ist es vorbei, dass die Werte auf der Rolle ganz andere sind als im Realbetrieb. Das gilt ab dem Herbst sowieso. Die Fahrzeuge sind in der Mache, die kommen sowohl bei Daimler als auch bei Audi auf den Markt. Davon konnte ich mich überzeugen. Also wird dieser saubere Diesel, weil er geringere CO₂-Emissionen hat, in der Übergangszeit fraglos noch eine wichtige Rolle spielen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Martin Rivoir und Abg. Sascha Binder SPD:
Bis 2030!)

Jetzt bitte, Herr Abg. Glück.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, ich habe zwei Zwischenfragen, einmal eine Frage des Kollegen Glück und einmal eine Frage des Kollegen Dr. Fiechtner. Lassen Sie beide zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, Sie haben eben gesagt, das Auto der Zukunft fahre emissionsfrei. Deswegen meine Frage: Schließen Sie also auch den Einsatz von Green-Gas oder Power-to-Gas in Fahrzeugen aus, weil auch bei diesen Fahrzeugen eine Verbrennung stattfindet? Als Naturwissenschaftler wissen Sie das selbst: Sauerstoff plus Kohlenwasserstoff ergibt CO₂ und H₂O.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wissenschaftler!)

Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist: Sind Sie sich bewusst, dass auch der Einsatz von Elektrofahrzeugen eine Emission zur Folge hat, nur dass die Verbrennung eben nicht vor Ort stattfindet, sondern an anderer Stelle in einem Kraftwerk?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das gilt so lange, bis man bei 100 % erneuerbaren Energien ist.

Drittens möchte ich Sie fragen: Was halten Sie von der Beschlusslage Ihrer Partei, ab dem Jahr 2030 keine neuen Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wäre interessant!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, bitte.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Die letzte Frage kann ich am einfachsten beantworten: Es ist ja durch einen Lauschangriff auf mich öffentlich geworden,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

was für eine Meinung ich dazu habe.

Ich muss nur sagen, Herr Kollege Haußmann: Die Liberalen – eine Bürgerrechtspartei, die eigentlich für den Schutz der persönlichen Sphäre eintritt – sollten doch einmal darüber nachdenken, ob es richtig ist, ein Video, das auf diese Weise zustande gekommen ist, auf einem Parteitag zu zeigen. Ich meine, die Sachen sind in der Welt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf welchem Parteitag war das? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Haußmann! – Abg. Martin Rivoir SPD: Also stehen Sie nicht dazu!)

Überlegen Sie sich als Bürgerrechtspartei noch einmal, ob man das, was auf unrechtmäßige Weise zustande gekommen ist, so offensiv zeigen muss, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Diese Frage ist damit geklärt.

Selbstverständlich hat jede Tätigkeit des Menschen cum grano salis immer Auswirkungen auf die Natur. Wir können überhaupt nichts produzieren, noch nicht einmal einen Schuh, ohne dass das auch irgendwelche Auswirkungen auf die Umwelt hat. Das ist ausgeschlossen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das macht doch den Schwachsinn dieser Beschlusslage deutlich!)

Dass wir auch den ökologischen Fußabdruck von jeder Produktionslinie klären müssen, darüber brauchen Sie mich als Grünen nicht gerade zu belehren. Das weiß ich.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das wird aber ausgeblendet! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben es aber ausgeblendet!)

Das muss sich auf allen Ebenen verbessern. Die Produktlinien müssen natürlich immer ihren ökologischen Fußabdruck verringern. Wenn wir von emissionsfreier Mobilität reden, meinen wir zunächst einmal, dass diese Fahrzeuge nicht direkt CO₂ und auch keine Schadstoffe emittieren. Das ist damit zunächst einmal ganz banal gemeint. Darum geht es. Das leistet die Elektromobilität in hervorragendem Maß, und sie weist gute Ökobilanzen auf.

Power-to-Gas ist ein Verfahren, bei dem man mit regenerativen Energien Treibstoffe erzeugt, die klimaneutral sind. Diese Debatte müssen wir jetzt wirklich nicht führen, Herr Glück.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Herr Ministerpräsident! Mut zur Wahrheit! Ich habe mich gefreut, dass Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht haben und dass dies sogar gefilmt wurde, obwohl das natürlich mit den Bürgerrechten nicht so kompatibel ist. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten dies vom Podium aus gemacht.

Nun zu meiner Frage. Sie sprechen sehr gern die Gesundheit an. Warum durften wir dieser Tage lesen, dass jetzt endlich zum Thema Feinstaub – wahrscheinlich geschieht dies in der Folge auch noch zum Thema Stickoxide – eine Studie für Baden-Württemberg geplant ist? Das bedeutet doch letztlich, dass die Effekte dieser Maßnahmen, die Sie bemühen, auch um Ihre restriktive Politik zu begründen, noch gar nicht erwiesen sind.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau so ist es!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Die EU hat dazu klare Richtlinien. Es gibt klare Grenzwerte. Diese Grenzwerte überschreiten wir. Das ist nicht rechtmäßig, das geht in

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

einem Rechtsstaat nicht auf Dauer; dann treten die Gerichte zu Recht in Aktion. Daran habe ich mich als Ministerpräsident zu halten. In einem Rechtsstaat muss man sich an die Gesetze halten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Bravo-Rufe von der AfD)

Deswegen müssen wir diese Debatte nicht führen.

Ich sage noch einmal:

Erstens: Wir müssen in Zukunft auf emissionsfreie Mobilität hinarbeiten. Darüber besteht mit der Automobilindustrie Konsens.

Zweitens: Die zweite große Veränderung, die vor uns steht, ist: Das Auto der Zukunft wird automatisiert, ja sogar autonom fahren können. Es wird ausgestattet sein mit unzähligen Sensoren, softwaregestützten Steuerungssystemen, Bordelektronik, Kamera und allem Möglichen, Daten in Echtzeit verarbeiten, und zusammen mit der künstlichen Intelligenz, die wir mit dem Cyber Valley promovieren – Herr Fraktionsvorsitzender Reinhart hat zu Recht darauf hingewiesen –, bekommt das Auto damit quasi so etwas wie ein Gehirn. Das heißt, der Fahrersitz wird zu etwas wie dem Sitz im Cockpit eines Flugzeugs, das Auto fährt quasi mit dem Autopiloten, und der Fahrer kann auch andere Dinge tun, muss allerdings immer hinter dem Steuer sitzen. Damit werden wir hoffentlich auch die Zahl der Verkehrsunfälle drastisch reduzieren; auch das ist ein Ziel. Man kann dann im Auto auch ganz andere Dinge machen. Diese vor uns stehende Entwicklung wird die Automobilwelt und die ganze Städteplanung völlig neu gestalten.

Das Dritte: Wir haben natürlich im Zuge dieser Revolution auch neue Verbindungen. Alles wird mit allem verbunden werden. Das Auto wird in Zukunft miteinander geteilt, mit Bus, Bahn und auch mit dem Fahrrad vernetzt; darüber haben wir gesprochen. Auch wenn es die AfD nicht versteht: Das Fahrrad ist einfach ein modernes Verkehrsmittel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Was ist daran modern?)

Herr Abg. Gögel, die Rede, die Sie heute gehalten haben, war eine Satirerede auf die Grünen. Nur weil Sie einmal „Der Herr der Ringe“ gelesen haben,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Mitarbeiter war das!)

stellen Sie sich hier hin, spielen den Saruman und erzählen uns, wie Sie sich die Welt vorstellen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind Technikverweigerer!)

Wenn Sie das schon machen, sollten Sie einmal schauen, wie es den Hobbits gegangen ist und wie es Saruman gegangen ist. Das geht nicht gut für Sie aus.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Glauben Sie mir jedenfalls: Wenn Sie hier Satirereden halten wollen – über die allerdings gar niemand lachen muss, kaum jemand von Ihnen –, dann bewahren Sie sich das einfach für einen Kappenabend auf der AfD-Fasnet auf; dann können Sie sich da auf die Schenkel klatschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Aber hier im Parlament sollte man schon ernsthafte Reden zu einem ernsthaften Thema führen. Das ist hier eigentlich so üblich.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die aufgezeigte Entwicklung wird also die gesamte Mobilität ändern. Das gilt auch für die neuen Plattformökonomien wie Carsharing und Ähnliches sowie datenbasierte Geschäftsmodelle, die jetzt neu auf den Markt kommen. All das kann die Wertschöpfungsketten enorm verschieben und auch die Wettbewerbsverhältnisse radikal neu ordnen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Zwischenfrage, eine Frage des Kollegen Dr. Balzer. Lassen Sie die zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, ich muss den Gedanken zu Ende führen.

Wir werden in die Zange genommen, einerseits aus dem Westen – Tesla oder Google –, andererseits aus dem Osten. China, Südkorea oder Japan haben bei der strategischen Batterieentwicklung die Nase vorn. Dazu kommen ganz neue Player wie Uber, Lyft oder Didi Chuxing – alles große Herausforderungen.

Wenn wir jetzt daran denken, dass jeder vierte Arbeitsplatz der deutschen Autoindustrie in Baden-Württemberg liegt, jeder vierte Euro Umsatz der deutschen Autoindustrie hier gemacht wird und Baden-Württemberg das stärkste Automobilcluster in ganz Europa hat, dann ist klar: Das ist eine ganz ernste Herausforderung. Und glauben Sie mir: Diese nimmt die Landesregierung sehr ernst. Denn das entscheidet darüber, ob Baden-Württemberg auch in Zukunft ein führendes Automobilland bleibt. Es geht um Tausende von guten Arbeitsplätzen, es geht um Wertschöpfung und um die Prosperität unseres Landes. Diese Frage wird in den nächsten zehn bis 20 Jahren entschieden. Darum müssen wir heute die Weichen für morgen stellen, und das tun wir.

Ich habe schon einmal gesagt: Der Weg verläuft zwischen dem Pariser Klimaschutzabkommen und den Wertschöpfungsketten, die wir erhalten wollen, auch wenn sie sich in Baden-Württemberg ändern. Es geht also auch um die Arbeitnehmer in diesem Land. Das ist völlig richtig.

Jetzt frage ich aber: Wer, wenn nicht wir, soll diesen Wandel meistern?

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Baden-Württemberg ist das Automobilland Nummer 1. Vor 130 Jahren wurde das Automobil in Baden-Württemberg er-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

funden. Warum sollten wir es nicht ein zweites Mal erfinden? Wir blicken zurück auf eine erfolgreiche Industriegeschichte von 150 Jahren. Baden-Württemberg ist die Heimat der besten Automobilhersteller und ist Innovationsführer in Europa. Niemand ist bei Patenten oder bei FuE so weit vorn. Das ist hier schon oft gesagt worden.

Von diesen Unternehmen wird mit neuen Geschäftsmodellen, durch Übernahmen, neue Partnerschaften, ungewöhnliche Allianzen auch die Transformation in die entscheidenden Techniken, in alternative Antriebe, Mobilitätsplattformen und die künstliche Intelligenz mit Milliardeninvestitionen vorangetrieben.

Ich denke nur an die Robotertaxis, die Bosch schon im nächsten Jahr auf die Straße schicken will,

(Abg. Emil Sänze AfD: Wie denn?)

an das Mission-E-Konzept von Porsche, das ich mir gerade angeschaut habe, an den neuen Audi A 8, das erste Serienautomobil der Welt mit einem autonomen Fahrsystem

(Abg. Anton Baron AfD: Welche Stufe?)

nach Level 3, an das „Concept EQ“ von Daimler und die kürzlich angekündigte Batterieproduktion in Untertürkheim.

Es passiert also viel. Wir sind bereits auch Motor des Wandels, und wir haben wirklich Lust darauf, das Auto von morgen zu prägen.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Denn wir wissen: Diejenigen, die nicht mit der Zeit gehen, vergehen in der Zeit. Das ist uns wirklich klar. Deswegen habe ich durchaus auch Sorge, dass wir nicht überrollt werden und wir diesen Prozess richtig gestalten.

Was tun wir in dieser Situation? Ich habe als erster Ministerpräsident Autoindustrie, Zulieferer, Arbeitnehmer, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an einen Tisch geholt und zu einem Strategiedialog zur Transformation zusammengebracht, weil diese Herausforderungen so groß und so komplex sind. Dieser strategische Dialog ist ein völlig neues Format der Zusammenarbeit. Das Kabinett wird ihn nächste Woche beschließen, und wir werden ihn dann der Öffentlichkeit vorstellen.

Es geht also darum, die Aktivitäten zu diesem ganzen Komplex zur Mobilität zu bündeln, eine flexible und effiziente Arbeitsstruktur zu bekommen, in der wir uns mit allen Akteuren committieren können. Wir machen das in sechs strategischen Handlungsfeldern. Das ist ein Format, das es in der Politik bisher noch nicht gab. Das ist ein ernsthafter Versuch. Ich sage Ihnen: Das wird kein Kaffeekränzchen, sondern es handelt sich um echte Arbeitsstrukturen.

Was wollen wir damit erreichen? Dass wir immer die nächsten Schritte, die erforderlich sind, erkennen und aktiv werden können, dass wir nicht den Problemen hinterherrennen, wenn sie aufschlagen, und dass nicht immer wieder neue Nadelöhre entstehen, die diesen Prozess hemmen. Das ist das Neue an diesem Prozess, den wir dort machen.

Ich denke nur einmal an die Ladeinfrastruktur: Wir werden jetzt mit 2 000 zusätzlichen Ladesäulen einen großen Sprung

machen, sodass niemand mehr weiter als 10 km von der nächsten Säule entfernt ist. Das heißt, dies wird auch im ländlichen Raum passieren.

Das alles sind Beispiele dafür, wie wir den Prozess gestalten wollen. Je tiefer man sich in diesen Prozess begibt, desto mehr merkt man, wie komplex er wirklich ist.

Denken wir beispielsweise an die intelligente Straßenlaterne – die gibt es ja bereits –, an der man laden kann. Hier brauchen wir viel größere Querschnitte, als wir sie heute haben.

Das sind nur kleine Beispiele, die bei der Bewältigung der Infrastruktur aber eine große Wirkung haben werden. Deswegen habe ich die Ministerpräsidenten der anderen Automobilländer eingeladen. Wir haben dabei ein erstes Papier erstellt. Wir werden uns in einem ständigen Arbeitsprozess austauschen, damit auch länderübergreifend die notwendigen Aktivitäten in Gang gesetzt und die richtigen Forderungen an die Bundesregierung gestellt werden können.

Über die Maßnahmen, die die Landesregierung unternimmt, haben die Fraktionsvorsitzenden bereits einiges gesagt. Ich will noch einmal die neue Landesinitiative E-Mobilität nennen. Wir schaffen hier ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen.

Mit einer Mittelstandsoffensive unterstützen wir die KMUs bei der Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen. Auch das ist sehr wichtig. Gerade viele der mittelständischen Unternehmen in unserem Land sind Zulieferer für die Automobilindustrie. Auch der Maschinenbau hat große Margen in der Automobilindustrie. All diese Unternehmen gilt es einzubeziehen. Es gilt aber auch die Forschung stark mit einzubeziehen. Ich habe bereits das Problem der E-Fuels genannt. Hier ist Forschung wichtig.

Wir haben mit dem Cyber Valley, glaube ich, einen echten Hotspot für künstliche Intelligenz geschaffen – den größten europäischen Forschungsverbund in diesem Bereich. Wir haben ein Testfeld für autonomes Fahren eingerichtet – das ist deutschlandweit einzigartig –, und wir werden das schnelle Internet flächendeckend ausbauen.

(Zuruf von der AfD: Mit 49 Mbit/s?)

Wir werden dafür zusätzliche Mittel bereitstellen, denn Connectivity oder autonomes Fahren setzt dies natürlich voraus.

Aber wir werden auch im öffentlichen Verkehr zulegen müssen. Das ist klar. Durch die Vernetzung der Verkehrsträger miteinander wollen wir das machen, was einzelne Abgeordnete bereits sehr lebendig geschildert haben – dass sich nämlich jeder mit Apps seinen individuellen Mobilitätsweg auswählen kann und deswegen besser und schneller vorankommt. So können wir auch die Staus abbauen.

Diese Landesregierung ist also ein echter Treiber der Mobilität. Wir haben uns dort richtig aufgestellt – auch unter sehr schwierigen Bedingungen.

Ich will noch einmal sagen: Sie haben mich leider falsch zitiert. Ich habe gesagt, dass ich das mit den Wertverlusten bei den Dieseln unterschätzt habe. Ich habe nicht gesagt, dass ich das nicht ernst nehme. Das nehme ich sehr ernst. Da täuschen Sie sich gewaltig. Daher habe ich auch den sauberen Diesel

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

promoviert. Deswegen zeigt sich jetzt mit den Nachrüstungen Entspannung auf diesem Markt. Natürlich – ich gebe es zu – habe ich es unterschätzt und nicht gedacht, dass geplante Fahrverbote für wenige Tage in einer Stadt solche Auswirkungen haben.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Aber mir ist auch nicht aufgefallen, dass Sie zu diesem Zeitpunkt so weise waren und mir das bereits vorausgesagt hätten. Aber hinterher bin auch ich immer schlauer.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gelobt haben wir Sie damals nicht!)

– Hinterher bin auch ich schlauer, nicht nur die FDP.

Ich will Ihnen von der Opposition noch einmal sagen: Wir alle haben viel Kritik einstecken müssen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zu Recht!)

Was gefehlt hat, waren die Lösungsvorschläge, wie man es anders oder besser machen kann. Die habe ich leider nicht gehört.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Diese alternativen Lösungsvorschläge haben wir selbst in Gang gesetzt. Wir haben monatelang zusammen mit der Automobilindustrie gearbeitet, bis klar war: Es kann und wird zur Nachrüstung kommen – diese gute Botschaft hat uns gestern erreicht –, erfreulicherweise nicht nur für Euro 5, sondern auch für Euro 6, sodass wir doch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dahin kommen werden, dass die Nachrüstung Effekte für die Schadstoffbelastung haben wird – die anderen werden sicher nachziehen –, die noch weit über das hinausgehen, was wir mit anderen Maßnahmen erreicht haben.

Auch da haben wir also, glaube ich, richtig gehandelt, nach bestem Wissen und Gewissen – was man allerdings immer nur zu dem Zeitpunkt haben kann, zu dem man gerade handelt. In die Zukunft können auch wir nicht schauen. Wenn die FDP dies kann, soll sie uns das Geheimnis, wie man jetzt auch noch in die Zukunft schauen kann, einmal verraten.

Ich denke also, wir haben hervorragende Voraussetzungen, um diese Transformation so zu bewältigen, dass wir die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze erhalten und die Klimaschutzziele erreichen – all das geht natürlich nur Schritt für Schritt –; denn das Auto soll auch in Zukunft made in Germany und besonders made in Baden-Württemberg sein.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen – Beifall bei der CDU)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen Abgeordnete! Man hat fast den Eindruck: Je länger der Applaus, desto dünner war die Rede davor.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dieses Phänomen kenne ich normalerweise von CDU-Parteitagen.

(Unruhe)

Da dauert der Applaus manchmal gleich elf Minuten – nach inhaltsleerer Rede. Aber geschenkt.

Herr Ministerpräsident, ich zitiere aus der Rede, die Sie gerade gehalten haben. Sie haben wörtlich gesagt:

Das Auto der Zukunft fährt emissionsfrei.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das haben Sie gesagt. Herr Ministerpräsident, weil Sie das gesagt haben, muss ich Ihnen in dieser Deutlichkeit sagen: Sie sind offenkundig so ahnungslos und kompetenzbefreit wie Ihr Verkehrsminister.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis: Es gibt kein emissionsfreies Fahren.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das, meine Damen und Herren, ist eine physikalische Tatsache.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es gibt auch kein emissionsfreies Reden!)

Mit Ihrer Aussage werden hier unumstößliche Fakten geleugnet. Das ist kein Niveau, auf dem man in einem Parlament diskutieren kann.

(Beifall bei der AfD)

Man muss auf der Basis von Fakten operieren. Sie sind mit Ihrer ganzen Regierung in gewisser Hinsicht also auch ein Flüchtling, nämlich ein Faktenflüchtling, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Reden wir einmal über ein AfD-Thema!)

– Nein, nein, wir bleiben schon beim Thema Automobil. – Kein Wort zu den immensen CO₂-Emissionen – da Sie sich ja so besorgt um dieses Thema zeigen und es, das nehme ich Ihnen ab, offenkundig wirklich sind – bei Produktion und Entsorgung der Batteriemodule! Herr Ministerpräsident, Sie können doch nicht ernsthaft darüber hinwegsehen: Nicht zuletzt aus Ihrer Partei kommt das sinnvolle Instrument von Ökobilanzen. Ökobilanzen gehen aber von der Urproduktion eines jedweden Produkts bis hin zur geordneten Entsorgung.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Wenn wir damit arbeiten – ich betone: das kommt von Ihnen, und das ist sinnvoll; das muss man machen –, dann müssen wir, wenn wir über batteriebetriebene Fahrzeuge reden, mit Verlaub, doch die CO₂-Emissionen nehmen – wenn es denn

(Dr. Jörg Meuthen)

im Vordergrund um die gehen soll, und das ist ja Ihr Interesse –, die bei der Produktion eines solchen Automobils anfallen. Nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis, dass bei dem viel gelobten Automobil Tesla die Produktion einer einzigen Batterie 17,5 t CO₂-Emissionen hervorruft – einer Batterie – und dass Sie für diese 17,5 t etwa acht Jahre lang ein dieselbetriebenes Fahrzeug betreiben können. Dann, Herr Ministerpräsident, frage ich Sie: Wer hat hier ein Klimaproblem, Sie oder wir?

(Beifall bei der AfD)

Wir sind gern bereit, mit Ihnen geordnet darüber zu diskutieren, aber dann bitte auf der Basis von Fakten. Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass Stuttgart in Deutschland die Stadt mit der höchsten statistischen Lebenserwartung ist. Und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Luftreinheit in Stuttgart heute höher ist als in den letzten Jahrzehnten. Das sind Tatsachen, über die wir hier nicht diskutieren können. Das ist ganz einfach so. Das heißt nicht, dass es nicht wünschenswert sein kann, dass die Luft noch reiner wird. Man muss darüber reden, wie das geschehen könnte.

Sie erzählen hier, 67 % der Fahrzeuge hätten heute Euro 6. Herr Ministerpräsident – ich habe es nicht geprüft –, das glauben Sie doch selbst nicht.

(Widerspruch bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch zitiert, Herr Kollege! – Zurufe des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann sowie des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Euro 6 gibt es seit rund drei Jahren. Sind 67 % der Fahrzeuge, die durch Stuttgart rollen, jünger als drei Jahre? Nach dem reinen Augenschein glaube ich das nicht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Verhört! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Falsch zitiert!)

– Bei mir kam das so an.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sind Sie aber der Einzige! – Weitere Zurufe)

Wir können das gern überprüfen.

Wenn wir über die Instrumente reden, sage ich Ihnen, der Diszens liegt in Folgendem: In der Zielsetzung sind wir gar nicht so weit auseinander, aber Sie wollen mit Ihrer Regierung vorschreiben, wann und auf welche Weise wie viel E-Mobilität eingeführt wird. Das nenne ich Hybris, das nenne ich Selbstüberschätzung.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Das ist eine Anmaßung von Kompetenz und Wissen, was Sie, mit Verlaub, so wenig haben können wie irgendjemand sonst hier im Haus. Wir sind dafür auch nicht die Experten. Die Experten sitzen anderswo. Die habe ich in der letzten Woche gesehen, als ich bei Südwestmetall war. Da saßen im Publikum die Experten, die davon wirklich die Kenntnis haben, die wir hier nicht haben. Dann sollten wir uns dieses Wissen bitte auch nicht anmaßen.

Wir dagegen wollen gar nichts vorschreiben, sondern es denen überlassen, die die wirkliche Kompetenz dazu haben. Das

sind die exzellenten Ingenieure unseres Landes und nicht wir Politiker. Hier tobt sich ein Regulierungswahn aus.

(Beifall bei der AfD)

Bescheidenheit ist Ihnen so fremd wie eine saubere Analyse und Anerkennung von Fakten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ausgerechnet!)

Sie regulieren hier aus ideologischen Gründen unter Ignorierung von Tatsachen. Das ist der betrübliche Befund.

Wenn Ihnen – das nur am Rande – die Einhaltung von Gesetzen so wichtig ist, was ich erfreut zur Kenntnis nehme, dann bemühen Sie sich bitte um deren Einhaltung vielleicht auch mal auf anderen Gebieten. Ich denke da etwa an die Asylpolitik.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ah! – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Winfried Mack CDU)

Da wäre es sehr schön, wenn wir wieder zum Rechtsstaat zurückkehrten –

(Beifall bei der AfD)

das aber nur als Randbemerkung.

Dann erlaubten Sie sich die Randbemerkung, wir hielten hier Satirereden. Wir von der AfD Satirereden? Ich habe wirklich den Eindruck, dass das, was Sie – namentlich die Abgeordneten von den Grünen – hier veranstalten, eine Art Realsatire ist. Ein Bundesland, das von den Grünen regiert wird, macht das Berufsfeld des Satirikers entbehrlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Grünen haben Herrn Katzenstein; das reicht eigentlich schon. Das, was er hier abgeliefert hat, war von beträchtlicher unfreiwilliger Komik. Und die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten sind eigentlich immer gleich – wie bei einer Phrasendreschmaschine: Es kommen immer die gleichen Begrifflichkeiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da kennen Sie sich ja aus!)

Das entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das aus Ihrem Mund! Sie sind der Oberphrasendrescher!)

– Ja, natürlich aus meinem Mund, Herr Kollege Sckerl. Sie hören mir ja so gern zu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Reden Sie doch mal mit Frau Petry!)

– Ist das zum Thema, Herr Sckerl? Es ist ja erstaunlich, was Sie für Assoziationen haben. Sie werfen mir immer vor –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war nicht Herr Sckerl!)

– Ach, Sie waren das.

(Dr. Jörg Meuthen)

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich war das!)

Überlegen Sie mal, ob das zum Thema war.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber wir wissen, warum es Ihnen geht!)

– Natürlich wissen wir, warum es uns geht, allerdings. Uns geht es um dieses Bundesland.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihre Bewerbungsrede für den Vorsitz können Sie woanders halten!)

Ihre Politik, Herr Ministerpräsident, ist – das sei konzediert – tatsächlich nachhaltig. Das ist eine Ihrer Phrasen. Es ist der Weg einer nachhaltigen Deindustrialisierung durch unsinnige Regulierung. Das nehmen wir hier zur Kenntnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Das war aber auch ein langer Applaus! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestatten Sie mir erneut eine Vorbemerkung. Denn ich denke doch, es ist auffällig, dass der Herr Ministerpräsident heute in dieser Aktuellen Debatte persönlich ans Redepult getreten ist.

Ich schätze es, dem Herrn Ministerpräsidenten zuzuhören. Aber was mir dann doch auffällt, ist die Tatsache, dass eine von der CDU beantragte Aktuelle Debatte zum Thema „Automobile Zukunft in Baden-Württemberg“ dazu genutzt wird, klarzumachen, dass quasi die Deutungshoheit bei diesem Thema nicht bei der CDU, nicht bei der Wirtschaftsministerin und schon gar nicht bei Herrn Strobl als stellvertretendem Ministerpräsidenten liegt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Abwarten!)

Deswegen: Es wird deutlich, wer hier in diesem Land die Hosen anhat.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Sie von der SPD auf alle Fälle nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr untauglicher Versuch, Herr Stoch!)

Herr Ministerpräsident, das, was Sie heute hier am Redepult zu diesem äußerst wichtigen Thema dargelegt haben, ist in weiten Teilen eine Beschreibung von Prozessen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– ich kann die Aufregung nachvollziehen –, die sowohl im Bereich der Industrie als auch der Technologieforschung bereits seit einiger Zeit laufen. Das sind Prozesse, die aus unserer Sicht auch Veränderungen für Baden-Württemberg bedeuten. Ich glaube, kaum jemand – ich sage bewusst: kaum jemand – in diesem Haus sieht nicht die dringende Notwendigkeit, dass wir die richtigen politischen, industriepolitischen und wirt-

schaftlichen Weichenstellungen vornehmen müssen, damit unser Land zukünftig noch erfolgreich ist. Das stellt überhaupt niemand in Abrede, Herr Ministerpräsident.

Aber dann ist es wichtig, darauf zu schauen: Mit welchen Annahmen geht die Politik in diese Veränderungsprozesse? Da wird es durchaus schwierig. Denn die Annahmen – ich habe es vorhin einleitend gesagt – sind durchaus unterschiedlich. Ich glaube nicht, dass diese Landesregierung aus Grünen und CDU eine gemeinsame Idee von industrieller Zukunft in Baden-Württemberg hat. Und genau da liegt das Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, auf Nachfrage insbesondere vom Herrn Kollegen Glück haben Sie natürlich relativiert. Aber die Frage allein darauf zu konzentrieren, ob das Fahrzeug – vermeintlich – emissionsfrei ist oder nicht, was seinen Betrieb angeht, bildet nur einen kleinen Teil der Wirklichkeit ab. Wenn wir ausblenden, mit welchem Energieaufwand ein Fahrzeug hergestellt wird,

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

wenn wir ausblenden, woher die Energie kommt, mit der das Fahrzeug betrieben wird, dann liegt keine vollständige Betrachtung der Wirklichkeit vor, Herr Ministerpräsident. Dann kann nur ein Beschluss herauskommen, wie ihn die Grünen auf ihrem Bundesparteitag gefasst haben. Das ist das Ausblenden eines großen Teils der Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Sie haben auch vom Ende der Verbrennungsmotoren gesprochen. Sie haben China als einen Konkurrenten auf dem Weltmarkt beschrieben – genauso wie die USA. Die Chinesen – das hat auch eine durchaus wichtige industriepolitische Komponente – haben sich in den letzten Jahren angeschaut, ob sie überhaupt in der Lage wären, beim Verbrennungsmotor konkurrenzfähig zu sein. Die Chinesen haben ganz schnell eines erkannt: Sie werden im Vergleich mit anderen Herstellern, insbesondere deutschen Herstellern, bei den Verbrennungsmotoren nie konkurrenzfähig sein. Deswegen muss China einen anderen Weg beschreiten.

Deswegen ist doch die Frage, ob wir in diesem Bereich eines Wirtschaftskriegs, der entsteht, quasi versuchen, China mit den eigenen Mitteln zu schlagen, oder ob wir versuchen, durch eine maximale Effektivitätssteigerung bei den Motoren, bei denen wir führend sind, den Marktanteil für deutsche Produkte hoch zu halten. Ich glaube, das ist eine richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Niemand hier wird sagen können, wann man im Rahmen einer solchen technologischen Entwicklung sagen kann: „Das Ende des Verbrennungsmotors ist gekommen.“ Sie haben vorhin davon gesprochen, dass das Ende des Verbrennungsmotors, der von fossilen Brennstoffen angetrieben wird, irgendwann kommen wird. Dem wird in der Automobilindustrie auch niemand widersprechen. Aber, Herr Ministerpräsident,

(Andreas Stoch)

die Instrumente, mit denen die Politik diesen Wandel begleitet, sind das Entscheidende.

Wenn diese Maßnahmen von wirtschaftsrelevanten Personen als unklug, als wirtschaftspolitisch verheerend und umweltpolitisch fragwürdig gebrandmarkt werden – das ist z. B. in der Diskussion um Fahrverbote in Baden-Württemberg der Fall, für die Sie die Verantwortung tragen, jedenfalls für die Beschlüsse zu einem Fahrverbot –, dann sind die Instrumente, wie Sie diesen Wandel begleiten, falsch. Denn Sie werden diesen Wandel damit nicht befördern, sondern Sie werden ihn verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Ja, der Verbrennungsmotor, insbesondere der Diesel, ist in Verruf geraten, und ja, dafür gibt es Verantwortliche, die diese Fehlentwicklungen, gerade auch, was die tatsächlichen Ausstöße angeht, zu verantworten haben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verantwortlichen für die Vertrauenskrise um den Diesel und auch um den Verbrennungsmotor sind eben nicht die Zehntausende, Hunderttausende Eigentümer dieser Fahrzeuge, und es sind auch nicht die Zehntausende, Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in dieser Branche ihr Geld verdienen. Wenn wir diese Menschen bestrafen – so, wie es mit Ihrer Politik geschieht –, dann bestrafen wir genau die Falschen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Und wenn Sie hier sagen, die Fahrverbote seien ja eigentlich nie wirklich gewollt gewesen – Herr Ministerpräsident, ich glaube, Sie haben nach wie vor ein nachhaltiges Problem, und das können Sie hier auch nicht wegdiskutieren: Der Verkehrsminister hat im April letzten Jahres einen Vergleich abgeschlossen, und zwar, indem er eine Verpflichtung eingegangen ist, die er rechtlich und technisch gar nicht umsetzen kann. Er hat nämlich die Verpflichtung übernommen, ab dem 1. Januar 2018 im Bereich des Neckartors das Verkehrsaufkommen um 20 % zu reduzieren.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Das ist der Punkt!)

Dass das aus seiner Sicht, aus der Sicht von Winfried Hermann, am besten durch Fahrverbote geschieht, das haben wir ja jetzt mehrfach hier erlebt. Aber, Herr Ministerpräsident, dieser Vergleich besteht nach wie vor, und diesen Vergleich kann das Land nicht einseitig aufkündigen. Wir haben immer noch keine Antwort darauf, was Sie mit den Fahrverboten machen, die in diesem Vergleich stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD –
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer hat ihn im
April 2016 beraten?)

– Es stimmt eben nicht: Im April 2016 war der Verkehrsminister vor Gericht. Genehmigt hat diesen Vergleich aber das Kabinett im Juni 2016.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Unstreitig! Wer
hat im April denn den Verkehrsminister beraten?)

Und da haben bereits CDU und Grüne gemeinsam regiert, Herr Reinhart.

Aber wenn wir dann über die Frage von Fahrverboten diskutieren, kommen wir der Wahrheit wahrscheinlich ein Stück näher, wenn wir Herrn MD Lahl aus dem Verkehrsministerium zitieren. Er hat nämlich vor wenigen Wochen noch gesagt: Fahrverbote sind unausweichlich.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Wenn also hier der Ministerpräsident steht und seine Position vertritt, dann frage ich mich schon – wir alle kennen das Video, das vorhin schon Thema war –: Wie kann eine grüne Fraktion, deren Mitglieder ganz sicher zu einem großen Teil beim Bundesparteitag waren und für ein Ende des Verbrennungsmotors im Jahr 2030 gestimmt haben, lang anhaltenden Applaus spenden, nachdem der Ministerpräsident gerade das Gegenteil von dem gesagt hat, was grüne Parteitage beschließen? Das ist doch die Frage.

(Beifall bei der SPD, der AfD und der FDP/DVP)

Ich erkenne darin ein taktisches Doppelspiel, ein Doppelspiel, das darin besteht, dass Winfried Hermann die Aufgabe hat, die grüne Klientel zu bedienen und ihr zu sagen, was sie hören möchte –

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

nämlich dass Mobilität zukünftig so zu geschehen hat, wie sich die Grünen dies vorstellen –, und auf der anderen Seite der Ministerpräsident zu Daimler fährt und den neuen Diesel als wichtige Technologie, als gute Technologie bezeichnet und ihn geradezu segnet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, die Öffentlichkeit in Baden-Württemberg hat dieses Doppelspiel nicht verdient. Bekennen Sie klar Farbe! Sagen Sie, was Sie wollen!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unseriös ist
so etwas!)

Was Sie tun, ist, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen.

(Beifall bei der SPD, der AfD und der FDP/DVP)

Einen Punkt möchte ich noch zum Thema Strategiedialog sagen: Sie werden diese Veränderungsprozesse nur gemeinsam mit der Wirtschaft, gemeinsam mit der Wissenschaft und gemeinsam mit der Gesellschaft verwirklichen können.

(Zuruf von den Grünen: Und was machen wir?)

Aber wenn die Reihenfolge so ist wie hier, nämlich, dass als Erstes Fahrverbote in die Diskussion gebracht und teilweise auch verhängt werden

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Welche Fahrverbote
werden verhängt? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:
Wo sind denn bitte Fahrverbote verhängt worden?)

und erst dann ein Strategiedialog entsteht, dann habe ich das Gefühl, dass das die falsche Reihenfolge ist.

Wenn Sie bei diesem Strategiedialog – gerade in Baden-Württemberg – eines tun müssen, dann ist es, die Beschäftigten mit an den Tisch zu holen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, haben mit den Betriebsratsvorsitzenden der Firmen gesprochen. Die

(Andreas Stoch)

Unsicherheit, die in den Betrieben herrscht, auch und gerade ausgelöst durch Aussagen dieser Landesregierung, macht deutlich: Diese Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, diese Menschen machen sich aber auch Gedanken, wie ihre Arbeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch sicher sein kann.

Nehmen Sie die Expertise der Beschäftigten in diesem Land ernst, und nehmen Sie vor allem die Ängste der Menschen in diesem Land ernst. Das haben die Menschen in Baden-Württemberg verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben offensichtlich am heutigen Tag so etwas wie einen Mobilitätsvormittag im Landtag von Baden-Württemberg, einen Mobilitätsvormittag der Regierungskoalition. Zunächst kommen die Grünen mit dem Fahrrad, und dann kommt die CDU mit dem Auto. Das ist eine interessante Aufgabenteilung. Ich finde es auch bemerkenswert, dass der Verkehrsminister etwas zum Fahrrad sagen darf, aber zum Automobil aus dem Verkehr gezogen wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Das macht dann der Ministerpräsident. Die Wirtschaftsministerin darf dann vielleicht im Nachtprogramm auch noch etwas sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber die Pflöcke hat der Ministerpräsident bei dieser Debatte eingeschlagen.

Wir wurden, Herr Ministerpräsident, schon Zeuge einer bemerkenswerten Aktion der Geschichtsklitterung. Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da wurde vor einigen Wochen von dieser Regierung, federführend vom Ministerpräsidenten, erklärt: „Jetzt kommen Fahrverbote. Wir brauchen Fahrverbote.“ Dann wurde kritisiert, wurde die Frage gestellt: „Ja, warum brauchen wir denn Fahrverbote?“ Die Antwort lautete damals: „Wir können nicht anders, sonst zwingt uns ein Gericht.“

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja!)

Das war die damalige Begründung. Was dann folgte, waren einige Wochen eines beispiellosen Eiertanzes dieser Regierung. Am Ende rückt man dann von diesen Fahrverboten ab und verkauft der Öffentlichkeit die ganze Aktion als planmäßiges Vorgehen, als eine geniale Aktion,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unglaublich!)

an deren Ende man dann durchgesetzt habe, dass die Industrie umrüstet. Also, Herr Ministerpräsident, ein solches Märchen, das muss Ihnen erst einmal jemand nachmachen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Jawohl!)

Vor diesem Hintergrund ist es schon erstaunlich, dass die Koalition diese Debatte auf die Tagesordnung gesetzt hat und dass auch noch der Ministerpräsident dazu spricht. Denn das Dieseldebakel dieser Regierung der letzten Wochen wird zur Chronik Ihres eigenen politischen Versagens, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Poreski?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Natürlich.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Poreski, bitte.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Kollege, wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass bis vor wenigen Wochen die Industrie, namentlich der Verband der Automobilindustrie, noch öffentlich erklärt hat, eine Nachrüstung sei unmöglich und bestenfalls für 3 000 € bis 5 000 € pro Kunde zu leisten?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also, Herr Poreski, jetzt halten wir einmal fest – da sind wir uns, glaube ich, in diesem Haus ja einig –: Zunächst einmal hat das Versagen einiger Automobilunternehmen den Diesel in Verruf gebracht.

(Zuruf von den Grünen: Das hat doch der Ministerpräsident gesagt!)

– Ich habe ja gerade gesagt, wir sind uns einig. – Dann stellt sich die Frage, ob es dem Diesel und den Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg genutzt hat, dass man diese Diskussion hier aufgesetzt hat. Mit Sicherheit nicht, meine Damen und Herren.

Dann stellt sich die Frage: Was hat zu einem Umdenken geführt? Hat zu einem Umdenken geführt, dass man in den USA zu Schadensersatzleistungen in Milliardenhöhe verpflichtet wurde? Hat zu einem Umdenken geführt, dass man festgestellt hat, wie das Ganze nun in der Öffentlichkeit angekommen ist? Hat zu einem Umdenken geführt, dass man eben Schadstoffwerte, die vorgegeben waren, nicht einhalten konnte? Oder glauben Sie vielleicht im Ernst, zu einem Umdenken hätte der Eiertanz geführt, den Sie in den letzten Wochen hier vorgeführt haben? Wie naiv kann man eigentlich sein?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, das, was Sie hier vorgeführt haben, war bemerkenswert.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das war keine Antwort!)

– Mein Lieber, Sie müssen sich eben damit abfinden, dass die Spielregeln bei einer Zwischenfrage von Ihnen an mich in diesem Haus so sind: Sie fragen, und ich antworte.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie können fragen, was Sie wollen, aber ich antworte das, was ich für richtig halte.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, Sie sind angetreten und haben zunächst einmal erklärt: „Wir müssen jetzt Fahrverbote für Diesel machen.“ Dann haben Sie den Menschen in diesem Land auch noch zugerufen, man brauche sich ja nicht einzubilden, mit den alten Stinkern unbedingt in Stuttgart herumfahren zu müssen.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja!)

Das waren damals Ihre Worte, Herr Ministerpräsident.

Dann haben Sie plötzlich gemerkt, was ein solches Verbot bedeuten würde – nicht nur für die Automobilindustrie, nicht nur für die Arbeitsplätze, sondern auch für den Vertrauensschutz der Bürgerinnen und Bürger. Jahrelang hat man nämlich den Leuten erzählt: „Kauft Diesel, die sind umweltfreundlicher als Fahrzeuge mit Benzinmotor.“ Und plötzlich erklärt man: „April, April! Jetzt verbieten wir euch Fahrten mit dem Diesel.“ So schafft man kein Vertrauen in die Politik, und so rettet man auch nicht Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Und dann lassen Sie, Herr Ministerpräsident, kurz nachdem Sie den Diesel mit Ihrer Verbotsfantasie verteufelt haben, eine erstaunte Öffentlichkeit wissen, Sie hätten selbst einen gekauft, weil Sie ja ein gescheites Auto brauchen, um Sand für den Enkel zu holen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Vor diesem Hintergrund war im Grunde schon klar, dass Sie mit der Politik, die Sie da betreiben, nicht weiterkommen. Dann sagen Sie auf einmal: vielleicht Nachrüstung. Im Übrigen fragen Sie, welche Konzepte die Opposition habe. Das mit der Nachrüstung fordern wir schon lange, Herr Ministerpräsident. Das ist nicht originär auf Ihrem Mist gewachsen.

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lächerlich!)

Dann besuchen Sie plötzlich ein paar Automobilunternehmen, lassen sich etwas vorführen, kommen zurück und sagen: „Mensch, der Diesel ist sauber“.

(Abg. Sascha Binder SPD: Schnüffeltest!)

mit der bemerkenswerten Begründung, man werde ja wohl den Ministerpräsidenten nicht anlügen, wenn er fragt, ob der Diesel sauber sei. Na ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zwischendurch kommt dann noch Ihr bemerkenswerter Parteitagauftritt. Da können Sie sich schon darüber ereifern, dass das Ganze bekannt wird. Ich glaube aber, auch die Öffentlichkeit in Baden-Württemberg hat durchaus ein Recht, zu wissen,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Absolut, genau! Jawohl!)

was der Ministerpräsident von den eigenen Parteitagsbeschlüssen wirklich hält.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist durchaus bemerkenswert und durchaus ein Erkenntnisgewinn. Denn Sie werden wohl kaum ernsthaft der Auffassung sein, es gehe an, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg kommt von einem Parteitag zurück und erklärt: „Alles prima, was da beschlossen wurde“, und es sei in Ordnung, das der Bevölkerung so zu signalisieren, obwohl er in Wirklichkeit der gegenteiligen Auffassung ist.

Am Ende dieses Prozesses folgt dann hier im Landtag von Baden-Württemberg eine Debatte, in der Sie allen Ernstes diesen Eiertanz, den Sie aufgeführt haben, auch noch als kluge und vorausschauende Politik feiern. By the way, das Gerichtsurteil steht auch noch aus. Möglicherweise müssen Sie dann Ihre Politik wieder verändern, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Schwarz, Sie haben gesagt: „Strategischer Dialog,“ – da sind wir durchaus bei Ihnen – „das Zentrum der Automobilindustrie muss in Baden-Württemberg sein“ – auch da sind wir bei Ihnen. Aber eines muss auch klar sein, Herr Kollege Schwarz – das hat bei Ihnen gefehlt –: Technologieoffenheit ist die Voraussetzung dafür, dass dies funktionieren kann, und die Innovationspeitsche ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir wollen der Wirtschaft nicht vorschreiben, in welche Richtung es zu gehen hat. Anreize ja, Verbote nein.

In der Tat würden wir uns von Ihnen, Herr Kollege Schwarz – Sie sprechen anschließend –, auch wünschen – der Kollege Stoch hat auch darauf hingewiesen –, dass Sie ein Wort dazu sagen, wie Sie und Ihre Fraktion zu dem Datum 2030 stehen. Sind Sie der Meinung, dass der Ministerpräsident recht hat und das Datum 2030 Quatsch ist? Oder sind Sie der Meinung, dass der grüne Parteitag recht hat und das Datum 2030 steht? Ich kann Ihnen verraten: Meine Fraktion steht zu 100 % hinter der Äußerung des Ministerpräsidenten, die er auf dem grünen Parteitag an die Adresse der grünen Bundestagsfraktion gerichtet hat: „Ihr habt keine Ahnung.“ Wer wollte ihm da widersprechen, meine Damen und Herren?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Was uns auch fehlt, ist die Differenzierung zwischen Stadt und Land. Die Mobilitätskonzepte, die Sie hier propagieren, mögen für die Stadt Stuttgart, für den Großraum Stuttgart geeignet sein. Es kann aber doch nicht ernsthaft Ihre Politik sein – es ist aber ernsthaft Ihre Politik; wir haben es ja vorhin bei der Fahrradfeier unter Tagesordnungspunkt 1 erlebt –, zu glauben, in einem Flächenland wie Baden-Württemberg könne man der Masse der Berufspendler erzählen: „Fahrt lieber mit dem Fahrrad Strecken von 30 oder 40 km

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

an den Arbeitsplatz, ins Büro. Das ist gesund, das ist prima. So müsst ihr das machen.“ Wir bauen Fahrradschnellwege, und jeder fährt am Morgen dann 30 oder 40 km mit dem Fahr-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

rad zum Arbeitsplatz. Dieses Mobilitätskonzept passe für alle, so, wie Sie dies hier unter Tagesordnungspunkt 1 deutlich gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat nie jemand behauptet!)

Da machen Sie sich doch über die Menschen auf dem flachen Land in Baden-Württemberg lustig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Mit solchen Thesen sind Sie eine reine Großstadtpartei, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Herr Ministerpräsident, zur Begründung Ihrer Politik haben Sie einige Zeitungsschlagzeilen vorgelesen, beispielsweise – ich zitiere –: „China führt Quote für Elektroautos ein“. Ja, kann die chinesische Politik, Herr Ministerpräsident, ernsthaft das Vorbild für Baden-Württemberg sein? Kann es ernsthaft so sein, dass Sie jetzt wie die Chinesen Quoten für Elektroautos einführen wollen?

(Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Abg. Sascha Binder SPD: Fünfjahrespläne!)

– Ja, vielleicht Fünfjahrespläne in Baden-Württemberg einführen,

(Lachen bei der AfD)

um in der Frage unserer Schlüsselindustrie voranzukommen. Das kann doch nicht unser Thema sein, meine Damen und Herren!

„Das Auto der Zukunft fährt emissionsfrei.“ In der Antwort auf die Zwischenfrage des Kollegen Glück wurde deutlich, wie Sie das meinen. Sie haben gemeint: null Emission beim Fahren. Und auf die Frage, wie es mit der Ökobilanz und der Produktion sei, sagten Sie, dies sei hier nicht das Thema. Herr Ministerpräsident, das ist doch der klassische Selbstbetrug!

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Wenn Sie tatsächlich gegen den Klimawandel kämpfen wollen, dann kann es doch keine Strategie sein, zu sagen: „Wir bekämpfen den Klimawandel dadurch, dass wir dafür sorgen, dass das Auto emissionsfrei fährt, während es auf der Straße fährt, aber die Gesamtbilanz, die Emissionsbelastung durch die Produktion blenden wir völlig aus.“ Damit lügt man sich doch in die eigene Tasche, Herr Ministerpräsident. Mit einer solchen Politik kommen Sie auch im Kampf gegen den Klimawandel nicht weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Die Zeit des Verbrennungsmotors gehe auf mittlere Sicht zu Ende, sagten Sie. Sie haben natürlich – darin sind Sie sich treu geblieben – kein Datum genannt.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Aber wir wissen, 2030 ist nach Ihrer festen Überzeugung zu früh. Das heißt, dass wir den Verbrennungsmotor mindestens noch 20 oder 30 Jahre brauchen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Länger!)

Das ist die logische Konsequenz aus dem, was von Ihnen in den letzten Wochen zu hören war. Wenn wir ihn in den nächsten 20, 30 Jahren noch brauchen, dann macht es doch keinen Sinn, gerade die Dieselsechologie zu verteufeln.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Wir müssen uns dazu bekennen, dass wir den Verbrennungsmotor noch 20 oder 30 Jahre brauchen und dass wir auch die entsprechenden Arbeitsplätze brauchen. Wir können umsteuern, aber wir müssen dies mit Anreizen tun – nicht mit Ihrer Verbotsideologie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Sie sagten, es gehe Ihnen um saubere Luft und nicht um Fahrverbote. Gut! Dann haben Sie sich selbst dafür gefeiert, dass Sie derjenige seien, der jetzt die Umrüstung durchgesetzt habe. In der gleichen Rede plädierten Sie aber weiterhin für die blaue Plakette. Herr Ministerpräsident, das ist ein Widerspruch. Das passt nicht zusammen. Denn wenn die Umrüstung stattgefunden hat, brauchen Sie keine blaue Plakette.

(Zuruf: So ist es!)

Auf eines von beiden müssen Sie sich einmal mit sich selbst und am besten auch mit Ihrer Regierungskoalition einigen, Herr Ministerpräsident. Das, was Sie hier erklärt haben, ist widersprüchlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Letztlich bleibt dies der untaugliche Versuch, einen politischen Eiertanz, eine Kreuther Springprozession, die Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Koalition in den letzten Wochen aufgeführt haben, im Nachhinein zu vorausschauender Politik umdeuten zu wollen.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Aber dieser Versuch ist am heutigen Tag gründlich schiefgegangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

(Abg. Anton Baron AfD: Minister Untersteller hat ihm ein paar Tipps mitgegeben!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat es gut auf den Punkt gebracht: Würden wir der SPD und der FDP/DVP folgen, dann würde Baden-Württemberg 2030, 2035 oder 2040 industriepolitisch am Katzentisch sitzen.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit bei der AfD – Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist lächerlich!)

Das wollen wir nicht.

(Zurufe von der AfD)

– Wenn es nach Ihnen von der AfD ginge, würde in unserem Land die Deindustrialisierung eingeleitet werden.

(Lachen bei der AfD)

Sie von der AfD wären ja mit der Pferdekutsche unterwegs.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Lachen bei der AfD)

Sie von der AfD leugnen den Klimawandel, die Energiewende und die 56 000 zusätzlichen Arbeitsplätze daraus. Bei Ihnen ist doch die Pferdekutsche unterwegs.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Der Chefsatiriker der Grünen! – Zurufe von der AfD: Wir leugnen überhaupt nichts! – Das ist Quatsch!)

– Herr Meuthen, regen Sie sich ruhig auf. Herr Meuthen, Sie haben ja einen neuen Redenschreiber.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Was? Echt?)

Oder: Der Herr von Ihnen, der vorhin hier gesprochen hat, hat ja einen ähnlichen Redenschreiber.

(Abg. Carola Wolle AfD: Sie wissen ja noch nicht mal den Namen! Ich würde mich schämen! – Gegenrufe von den Grünen)

Denn Sie kommen ja immer wieder auf ein Thema, das Thema Asyl.

(Zurufe)

Sie haben wohl Ihrem Redenschreiber mitgegeben, dass selbst bei einer wirtschaftspolitischen Debatte

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

am Ende „Asyl“ stehen muss. Also, da sind Sie auf dem Holzweg, da sind Sie ganz klar in der Sackgasse, Herr Meuthen. Keine Frage.

(Zurufe von der AfD – Glocke des Präsidenten)

Jetzt aber noch mal zum Katzentisch

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

der SPD und der FDP/DVP.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn wir heute nicht handeln, Herr Stoch, Herr Rülke,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Verbrennungsmotoren 2030 abschaffen!)

wenn wir heute nicht handeln, diesen Strukturwandel nicht gestalten und nicht dafür Sorge tragen, dass Wertschöpfung

in Baden-Württemberg im Jahr 2030, 2035 und 2040 stattfindet,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wer ist da dagegen? – Abg. Andreas Stoch SPD: Wer ist da dagegen? Haben Sie zugehört?)

wenn wir heute nicht in die neuen Produkte, in die neuen Geschäftsmodelle einsteigen,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

dann werden wir den großen Markt Asien und China nicht bedienen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wer hat das bestritten? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Verbrennungsmotoren 2030 abschaffen!)

Es ist unser Ziel, dass die Autos, die künftig in China fahren, aus Baden-Württemberg kommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber keine Elektroautos! Keine Ahnung!)

Deswegen ist unser Engagement so groß.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Kein Elektroauto von uns wird in China fahren! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Der Herr Fraktionsvorsitzende lässt keine Zwischenfragen zu, Herr Kollege Binder.

(Zurufe)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich möchte noch ein paar Punkte erwähnen, und dann kann man die Frage zulassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig daneben!)

Ich will Ihnen einfach mal sagen, Herr Stoch, Herr Rülke: Die Landesregierung handelt. Landesinitiative „Elektromobilität III“:

(Zurufe von der SPD)

2 000 Ladesäulen bauen wir in Baden-Württemberg auf, Ziel sind maximal 10 km Entfernung zwischen den Ladesäulen.

(Zurufe von der SPD)

Wir unterstützen – jetzt kann man die Frage von Herrn Haußmann nach der Technologieoffenheit beantworten –

(Abg. Sascha Binder SPD: Das sind doch alles Märchen!)

Elektrobusse, Hybrid-Brennstoffzellenbusse, Plug-in-Antriebe –

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

da sind wir technologieoffen. Keine Frage.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Absoluter Theoretiker!)

(Andreas Schwarz)

Wir haben eine Mittelstandsoffensive mit 5 Millionen € aufgelegt,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Toll!)

wir legen eine Forschungsinitiative mit 10,5 Millionen € auf. Das heißt, wir verbinden die unterschiedlichen Punkte – Infrastruktur, Mittelstand, Investitionen in Forschung und Technologie – miteinander.

Das Ziel ist doch ganz klar: Wir müssen in Baden-Württemberg zeigen, dass der Markthochlauf stattfindet, dass hier mehr Elektroautos unterwegs sind. Wir müssen Elektromobilität sichtbar machen. Denn nur so können wir zeigen: Wir können es; wir produzieren diese Fahrzeuge, wir verkaufen sie, und wir exportieren sie dann auch. Das ist das Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

Jetzt noch einmal etwas zum Thema „Grenzwerte in Stuttgart“ – weil Herr Stoch und Herr Rülke dies angesprochen haben –: Wer hat sich denn dieses Themas angenommen? Das waren die Landesregierung, der Ministerpräsident und der Verkehrsminister. Die haben gehandelt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Ich habe noch kein Konzept von der SPD-Fraktion gehört,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wäre auch ein bisschen viel verlangt!)

wie sie dem hohen Schadstoffausstoß, der Überschreitung der Grenzwerte begeben möchte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie das Wort „Nachrüstung“ schon mal gehört?)

Da haben Sie, Herr Stoch, keinerlei Konzepte vorgelegt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! Quatsch! Nachrüstung vor Fahrverbot!)

Die Landesregierung hat ein Konzept vorgelegt, hat gesagt: Wir stellen den Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund.

Da muss ich schon sagen: Ich bin von der SPD-Fraktion enttäuscht.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ja süß! – Zuruf von der SPD: Hören Sie doch auf! Das ist Märchenstunde! – Abg. Reinhold Gall SPD: Mit dieser Geschichte kennen Sie sich doch gar nicht aus! – Weitere Zurufe von der SPD)

Eine sozialdemokratische Partei muss an die Menschen denken.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was seid ihr aufgeregt! Wahnsinn! – Weitere Zurufe)

Eine sozialdemokratische Partei muss an die Menschen denken, die an der B 14 wohnen, die am Neckartor wohnen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja! Und die werden durch Nachrüstung entlastet!)

Das heißt, das Thema „Gesundheitsschutz, Luftreinhaltung“ ist eine sozialpolitische Frage. Denken Sie an die Menschen, die dort wohnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Damit denken Sie nur an die Halbhöhenlage! – Abg. Andreas Stoch SPD: Die CDU klatscht aber nicht!)

Ich muss sagen,

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur Opposition: Das ist peinlich! Das ist so peinlich!)

ich bin total verwundert, dass die SPD-Fraktion

(Abg. Anton Baron AfD: Vertrocknete Mooswände! Eine halbe Million! – Weitere Zurufe)

den Klimaschutz ausblendet. Ich habe in Ihrer Rede, Herr Stoch, kein einziges Mal das Wort „Klimaschutz“ gehört.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wer gegen den Diesel ist, steigert CO₂!)

Sie stellen auf Bundesebene die Umweltministerin. Wo sind denn Ihre Initiativen für den Klimaschutz?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Mehr öffentlicher Personennahverkehr! Wie sieht es da bei euch aus? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Totalausfall, diese Umweltministerin auf Bundesebene!)

Warum bringen Sie das denn nicht?

Sie haben in einem Punkt, Herr Stoch, recht, und in diesem Punkt handeln wir. Das ist die Infrastruktur im ländlichen Raum. Wir werden im nächsten Jahr 100 Millionen € zusätzlich für die Sanierung der Landesstraßen zur Verfügung stellen.

(Abg. Anton Baron AfD: Dafür brauchen Sie doch die Stellen!)

Sie wissen aus den letzten fünf Jahren, dass wir Jahr für Jahr die Sanierungsmittel, die Investitionsmittel angehoben haben und dass wir die Straßenbauverwaltung besser ausgestattet haben. Hier macht die Koalition ihre Hausaufgaben, um die Infrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Straßen müssen geplant werden!)

Herr Stoch, weil Sie jetzt den öffentlichen Nahverkehr ansprechen: Es ist ja schön, dass die SPD jetzt aufgewacht ist.

(Oh-Rufe – Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Da gab es Sie noch gar nicht, Herr Schwarz!)

Wer hat denn den Ausbau des Busverkehrs in der letzten Legislaturperiode verhindert? Das war der SPD-Finanzminister Nils Schmid.

(Vereinzelt Beifall)

(Andreas Schwarz)

Das ist ein Projekt, das CDU und Grüne jetzt hingebracht haben: eine Erhöhung der Mittel für den Busverkehr um 50 Millionen €. Auch verkehrs- und umweltpolitisch haben wir hier unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Herr Haußmann und Herr Rülke haben die Technologieoffenheit angesprochen. Deswegen sage ich ganz klar: Wir sind, was batteriebetriebene Fahrzeuge, Wasserstofftechnik, Brennstoffzellentechnik angeht, technologieoffen. Da legen wir uns nicht fest. Das sehe ich nicht als öffentliche Aufgabe an, festzulegen, welche Technologie künftig federführend sein wird, sondern das muss sich aus einem Diskussions- und Strategieprozess ergeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Deswegen verbieten Sie den Verbrennungsmotor, ja?)

Weil Sie die Frage nach dem Diesel gestellt haben: Deswegen sind wir ja Anhänger der blauen Plakette. Das wäre gerade für den Diesel eine Chance gewesen. Daher kann ich Sie nur einladen, die blaue Plakette mit dem gleichen Engagement, mit dem wir sie verfolgen, zu unterstützen. Die blaue Plakette wäre nämlich die Chance für den Diesel gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Glück, Herr Abg. Schwarz hat gesagt, er lässt keine Zwischenfragen zu.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich möchte gern zum Schluss kommen

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist schön!)

und noch einmal das, was Herr Rülke gefragt hat, aufgreifen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 2030!)

– Genau. – Für mich ist es vollkommen klar, dass wir diesen Wandel der Automobilindustrie im Rahmen eines strategischen Dialogs, im Rahmen einer strategischen Partnerschaft organisieren. Da müssen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ganz eng miteinander vernetzt werden. Deswegen ist es gut, dass der Grünen-Parteitag diesen Weckruf, dieses klare Signal ausgesendet hat.

(Abg. Emil Sänze AfD: Ach, das war ein Weckruf?)

Für mich als Fraktionsvorsitzenden gilt: Ich bin in erster Linie dem Land Baden-Württemberg verpflichtet. Deswegen finde ich es gut, dass der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sagt: „Das Land steht vor der Partei, vor der Person, und ich stelle die Landesinteressen in den Vordergrund.“ Es kann doch heutzutage niemand sagen: Ist es exakt 2030? Reden wir von 2029 oder 2031 oder 2035?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Eiertanz!)

Deswegen sind wir klar auf dem Kurs des Ministerpräsidenten: 2030 ff.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Es wird vorgehalten – auch vom Kollegen Rülke –, dass der Ministerpräsident hier spricht, sei erstaunlich. Wenn er nicht gesprochen hätte, hätten Sie gefragt: Wo ist er denn?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das fragt man eigentlich immer in der CDU!)

Insoweit, Herr Kollege Stoch, ist das Thema,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr kollegial!)

das wir hier aufgerufen haben, ernst für das ganze Land, für die Wirtschaft, für die Arbeit, für die Zukunft in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Herr Kollege Meuthen, wenn Sie dann, wenn der Ministerpräsident hier spricht, das damit abtun, das sei eine Phrasendreschmaschine,

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist so!)

dann konzidiere ich, dass das, was Sie hier abliefern, hoffentlich weit unter Ihren Fähigkeiten ist. Denn das ist einfach nicht realistisch; das konnte man feststellen, wenn man heute die Rede des Ministerpräsidenten gehört hat. Ich finde, er hat heute eine sehr gute Rede gehalten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Um Gottes willen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Heute“!)

Herr Kollege Rülke, es wurde zu Recht angesprochen: Sie kritisieren und fordern, aber Sie sagen kein Wort

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! Umrüstung!)

zur großen Zukunft, dazu, worum es wirklich geht. Es geht nicht um ein Entweder-oder, wie es Kollege Stoch hier angeführt hat, sondern es geht um ein Sowohl-als-auch in der Zukunft. Wir müssen den Wandel bewältigen. Sie haben kein Wort zur Digitalisierung gesagt, kein Wort zur Fortentwicklung der Automobilwirtschaft, kein Wort zum Mittelstand, kein Wort zum nötigen Strategiedialog. So kann man nicht Politik machen. Man muss Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wissen Sie: Wir haben in der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg 1 300 Unternehmen mit einer Viertelmillion Beschäftigten. Mit 113 Milliarden € ist dies der umsatzstärkste Industriezweig unseres Landes. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in diesem Bereich belaufen sich auf 8 Milliarden €. Diesen wichtigen Bereich müssen wir im Blick behalten.

In der kommenden Woche wird im Kabinett eine wichtige Zukunftsvision verabschiedet. Diese Regierung hat übrigens in der Etatisierung im Haushalt für diese Legislaturperiode mehr für die Elektromobilität getan als die vorherige Regierung; da

(Dr. Wolfgang Reinhart)

spreche ich insbesondere die Kollegen von der SPD an. Das zeigt, dass wir dieses zukunftssträchtige Thema mit großem Ernst behandeln werden.

Herr Kollege Stoch, ich stelle fest, Sie warten voller Sehnsucht auf den Auftritt der Wirtschaftsministerin. Das kann ich verstehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich glaube, Sie haben mich missverstanden, Herr Reinhart!)

Sie hatten ja das Wirtschaftsministerium im Hinterzimmer des Finanzministeriums versteckt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Aber es hat offenbar getroffen!)

Aber ich kann Sie beruhigen. Ich prognostiziere Ihnen: Auch die Wirtschaftsministerin, die diesen Dialog sehr früh begonnen hat und viele Initiativen dazu gestartet hat, wird hier ihren Auftritt haben, weil sie eine wesentliche Begleiterin für die Zukunft sowohl der Elektromobilität wie auch der Transferfunktion der Automobilwirtschaft ist. Der Mittelstand in diesem Land mit 1 300 Unternehmen in diesem Bereich liegt uns am Herzen. Der Mittelstand ist der Joker im Standortpoker. Uns geht es um die Zulieferer. Das ist eine wesentliche Zukunftsfrage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb werden wir ganz entscheidend gefordert sein, diesen Wandel klug zu begleiten. Wir dürfen nicht rückwärts denken, auch nicht nur an einer Technologie hängen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Wir stehen zum Verbrennungsmotor, auch zum Diesel, aber wir wollen auch die Fortentwicklung. Dazu gehört Innovation, Innovation, Innovation. Vor allem geht es darum, auch in Forschung und Entwicklung zu investieren. Die Politik wird den Prozess immer nur mit dem Schaffen guter Rahmenbedingungen begleiten können. Aber um diese Rahmenbedingungen geht es. Da tun diese Koalitionsfraktionen mit der Regierung mehr als sonst jemand jemals zuvor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Prognosen zufolge wird sich die Zahl der Autos weltweit bis 2035 verdoppeln. Experten rechnen mit weltweit bis zu 100 Millionen Neuzulassungen pro Jahr allein bis zum Jahr 2025. Daimler plant mit einem langfristigen Absatzwachstum. Es gibt überhaupt keinen Grund für Schwarzmalerei. Im Gegenteil: Die Branche ist optimistisch. Sie verdient gutes Geld. Sie investiert strategisch. Wir müssen diesen Prozess politisch klug begleiten. Das ist die Aufgabe der Politik.

Wir erleben technologische Veränderungen. Sie prägen das Auto der Zukunft. Das hat der Ministerpräsident völlig zu Recht angesprochen.

Wir sprechen morgen über die Digitalisierung, über Software und künstliche Intelligenz. Das Auto der Zukunft wird ein Kombinationsprodukt aus fahrbarer Hardware und vernetzten Mobilitätsdiensten. Digitalisierung und Mobilität wachsen zusammen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Dass Sie wegen einer Stunde und zwei Minuten diesem Parlament, der ersten Gewalt, der Legislative in diesem Land, morgen eine Debatte über das wichtige Thema Digitalisierung versagen, das werden wir nie verstehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gelten Regeln für Herrn Strobl nicht? – Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt einfach Regeln, an die man sich zu halten hat!)

Man würde dem Hoheitsrecht des Parlaments gerecht, wenn wir schon morgen Gelegenheit bekämen, darüber zu debattieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt einfach Regeln und parlamentarische Gepflogenheiten, an die man sich zu halten hat! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es entspricht eigentlich dem liberalen Menschen- und Wertebild, dass man Toleranz und Großzügigkeit an den Tag legt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Null Toleranz bei Vergehen“! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Was heißt „Vergehen“?)

Wir werden mit komplexer Sensortechnik und auch mit vollautomatisiertem Fahren konfrontiert sein. Das bedeutet, Digitalisierung, Big-Data-Technologien, neue Technik werden uns vielleicht dazu bringen, dass wir im Gegensatz zu den Behauptungen der AfD seltener statt häufiger im Stau stehen müssen. Das muss in diesem Zusammenhang unser aller Interesse sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vom Ministerpräsidenten und auch vom Kollegen Schwarz wurden zu Recht neue Entwicklungen, Carsharing und neue Mobilitätsplattformen angesprochen. Es geht doch darum, dass wir in diesem Transformationsprozess – darüber reden wir heute in dieser Aktuellen Debatte; ich meine, das ist doch die Herausforderung – auch die starke Industrie, die wir haben, begleiten und unterstützen. Nehmen Sie als Beispiel einmal die Firma KERN-LIEBERS. Sie ist entstanden aus der Schwarzwälder Uhrenindustrie, und heute rüstet die einstige Fabrik für Weckerfedern zwei von drei Autos mit Hightech aus. Das ist Disruption.

Wir kennen viele Beispiele, aber wir müssen eines sehen – viele sagen, die nächsten fünf Jahre verändern mehr als die letzten 50 Jahre –: Der Prozess ist viel schneller, viel dynamischer geworden. Das Wissen, das seit Aristoteles, also von vor 2 500 Jahren bis heute, angesammelt wurde, wird sich nun innerhalb von drei Jahren verdoppeln. Wir alle erleben diese Dynamik doch täglich. Deshalb muss man diesen Wandel mit einer Innovation der Innovationskultur begleiten. Deshalb sind wir für Start-ups, deshalb sind wir für Gründerförderung. Deshalb wird auch dieser Haushalt hier enorm viel dazu beitragen, in diesem strategischen Umfeld zu bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Dann wurde gesagt – lassen Sie mich das zum Abschluss auch noch sagen –, vom Kollegen Podeswa teilweise auch sehr polemisch angesprochen,

(Abg. Anton Baron AfD: Aber richtig!)

wir hätten mit unserer Diskussion Arbeitsplätze abgeschafft. Zum einen hat der Ministerpräsident zu Recht gesagt: Die Vertrauensproblematik ist durch VW, durch die Industrie selbst geschaffen worden.

(Abg. Anton Baron AfD: Und durch die Medien!)

Das hat die Problematik hervorgerufen. Aber ich will hinzufügen: Es ist doch ein völliger Unsinn, wenn Sie sagen, wir hätten damit sozusagen Arbeitsplätze abgeschafft. So Sie wörtlich. Das Gegenteil ist der Fall.

(Lachen des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

In der Industrie, im Mittelstand in diesem Land, bei den Mittelständlern sind Arbeitsplätze aufgebaut worden. Schauen Sie doch einmal hin. Wir brauchen Fachkräfte. Wir haben Vollbeschäftigung.

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben Sie doch nicht erreicht! – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Das Problem ist doch umgekehrt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zu Ihrer Frage nach der Rohstoffversorgung: Natürlich löst die Batterieproduktion für Elektroautos eine Nachfrageexplosion bei Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Seltene Erden etc. aus. Wir sehen das übrigens an den Preissprüngen an den Rohstoffbörsen. Zwei Drittel der aktuellen jährlichen Produktion an Kobalt stammen aus der Demokratischen Republik Kongo und die Produktion Seltener Erden ist zu 97 % in chinesischer Hand. Das ist wahr.

Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir bei diesen kritischen Ressourcen nicht in die Abhängigkeit von Angebotsmonopolisten kommen. Das werden wir nur schaffen, wenn wir mit Innovationen, mit neuer Technik sozusagen an der Spitze des Fortschritts laufen und nicht rückwärtsgewandt nur an einer Technik festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir brauchen ein Sowohl-als-auch.

Ich gehe fest davon aus – es wäre tages- und abendfüllend; es ist nicht ein Mitternachtsauftritt, sondern ein Mittagsauftritt –, dass die Wirtschaftsministerin als wesentliche Treiberin in dieser Regierung noch zu uns sprechen wird. Auch der Verkehrsminister hat zusammen mit der Wirtschaftsministerin eine Kabinettsvorlage mit dem Staatsministerium erarbeitet. Ich habe darauf hingewiesen.

Die CDU hat bereits 2009 zu dem ersten großen Dialog im Staatsministerium eingeladen. Deshalb werden wir in die Zukunft schauen, das Wichtige bewahren, aber auch das Moderne weiterentwickeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erhält Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es wurde jetzt viel gesagt. Die Debatte dauert an. Sie ist wichtig, und sie war interessant. Für mich als für die Wirtschaftspolitik des Landes Baden-Württemberg verantwortliche Ministerin ist sie auch ein großes Anliegen, damit wir alle Facetten dieses komplexen Themas beleuchten, diskutieren und offen ansprechen. Die Welt ist in Bewegung, und wir halten sie nicht auf. Wir müssen mitgehen. Das Thema „Individuelle Mobilität“ wurde genannt. Das ist eine große Errungenschaft der Gesellschaft, und das muss auch so bleiben. Das Land tut hierfür viel. Wir haben die Themen im Blick.

Ich möchte noch einmal aus wirtschaftspolitischer Sicht drei Aspekte dezidiert betonen. Erster Aspekt: Die Elektrofahrzeuge spielen derzeit auf unseren Straßen eine untergeordnete Rolle.

(Zurufe von der AfD sowie der Abg. Gabi Rolland SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Weitere Zurufe)

Das wird sich aber in absehbarer Zeit ändern.

(Zuruf von der AfD: Warum?)

Die Automobilkonzerne – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in der ganzen Welt – treffen bereits jetzt Maßnahmen und Vorbereitungen, damit bis zu den Jahren 2023, 2025 ca. 20 % der auf den Markt gebrachten Flotte elektrisch angetrieben werden oder über einen Plug-in-Hybridantrieb verfügen. Das sind Fakten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und auf die wir unsere Politik in Baden-Württemberg ausrichten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist mir ein großes Anliegen – die Batterie wurde bereits mehrfach genannt –: Wir haben hier viel Kompetenz in Baden-Württemberg. Die Maschinen und Anlagen für die Batterieproduktion sowie die Technologie für die Batteriezellenproduktion stammen aus Baden-Württemberg. Aber wir haben hier keine Produktion. Die Batterie wird beim elektrisch angetriebenen Auto zukünftig einen Anteil von 30 bis 40 % zur Wertschöpfung beitragen. Allein die Batteriezelle in der Batterie hat einen Wertschöpfungsanteil von 60 bis 80 %.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Deshalb setze ich mich dafür ein – mir ist auch klar: für die Batteriezellenproduktion braucht man Masse, um wirtschaftlich agieren zu können –, dass wir möglichst in Baden-Württemberg, in Deutschland, aber zumindest in Europa eine Batteriezellenproduktion haben,

(Abg. Emil Sänze AfD: Haben wir nicht! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Haben wir!)

um diese wichtige Schlüsselfunktion auch besetzen zu können und diese Wertschöpfung bei uns, in unserer Region, in unserem Bundesland halten zu können.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ich glaube, es wurde heute klar: Wir müssen den technologischen Umstieg auf die Elektromobilität mit aller Kraft mitgestalten und voranbringen. Das bedeutet aber nicht, dass wir den Verbrennungsmotor, die Verbrennungstechnik vernachlässigen dürften. Ganz im Gegenteil.

(Zuruf: Sehr gut!)

Sie wird noch lange eine ganz wichtige Rolle spielen. Deshalb vertrete ich und vertritt auch die Landesregierung – es hat mich gefreut, dass heute auch ein ganz klares Statement von verschiedenen Akteuren geäußert wurde –

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Nicht von allen!)

einen technologieoffenen Ansatz, mit dem wir die Elektromobilität, den Verbrennungsmotor, die Batterie, die Brennstoffzelle und synthetische Kraftstoffe weiter voranbringen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Verschiedene aktuelle Studien sagen derzeit aus, dass im Jahr 2030 – diese Jahreszahl wurde bereits vielfach genannt – ca. 75 bis 85 % der Fahrzeuge einen Verbrennungsmotor beinhalten werden. In dieser Prognose wurden Plug-in-Hybride subsumiert.

Ein weiteres Thema: Was tut die Landesregierung, wie begleiten wir den Prozess? Der Herr Ministerpräsident hat den Strategiedialog erwähnt und dazu ausgeführt, wie wir die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land ressortübergreifend auf diesem Weg mitnehmen.

Ich möchte nochmals herausgreifen: Ich habe bereits im Februar Gespräche mit den Vertretern der Automobilzulieferer, mit den Vertretern der Automobilhersteller und darüber hinaus geführt. Auch mit Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bin ich in einem intensiven Austausch. Wir werden im Rahmen des Strategiedialogs einen Transformationsrat aufsetzen, den ich derzeit auf die Beine stelle und konstituiere, der sich gerade um diese wichtigen Themen wie Beschäftigungspotenziale in Baden-Württemberg, die kleinen und mittleren Unternehmen, den Mittelstand in unserem Land, die Wertschöpfungskette kümmert, in dem wir operativ in Arbeitsgruppen mit der Industrie, mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und diesen Prozess in einem ganz engen Austausch sinnvoll begleiten. Denn wir dürfen hier keine Fehler machen; wir müssen ganz nah dranbleiben. Das tun wir.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Lieber Herr Stoch, Sie haben gesagt, wir würden mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht reden. Ganz im Gegenteil: Das ist mir ein ganz großes Anliegen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wann wurden Sie eingeladen?)

– Das haben wir in enger Abstimmung gemacht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Drei Tage vorher hieß es: Sie können auch noch dazukommen!)

– Nein, das ist nicht wahr. Woher haben Sie diese Information?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von denen!)

– Drei Tage vorher? Dieser 19. stand schon lange fest. Also, das ist nicht korrekt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir haben auch diesen Transformationsrat mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Staatsministerium abgestimmt. Die IG Metall ist da an unserer Seite. Ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Wir sind in einem engen Austausch; es werden auch Betriebsräte dabei sein, die auch ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit einbringen werden. Also keine Angst, ich fühle mich als Arbeitsministerin, als Wirtschaftsministerin – –

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! In jeder Hinsicht!)

– In jeder Hinsicht. – Jetzt möchte ich noch einmal an alle appellieren: Dieses Thema ist so essenziell wichtig für Baden-Württemberg, dass es sich nicht dafür eignet, polemische Positionen in diese Diskussion einzubringen. Wir müssen hier in der Sache diskutieren und müssen Verantwortung übernehmen für die Menschen in unserem Land. Wir müssen diesen Prozess ganz eng in der Sache begleiten, die Rahmenbedingungen richtig setzen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Vertreter der Landesregierung beim Namen nennen!)

gemeinsam mit Ihnen im Parlament. Die Regierung übernimmt diese Verantwortung gern, und wir gestalten hier und sind ganz eng bei den Menschen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Haußmann, bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Frau Ministerin, noch eine Frage, wie Sie es beurteilen. Daimler hat jetzt angekündigt, drei Millionen Dieselfahrzeuge nachzurüsten, vorwiegend Euro 5 und auch Euro 6, aber natürlich unter dem Eindruck, dass eine blaue Plakette dann natürlich nicht mehr notwendig ist. Deswegen meine Frage: Wie stehen Sie denn dazu? Wenn es jetzt also eine Nachrüstung gibt, ist aus Sicht der Landesregierung eine blaue Plakette dann doch nicht mehr notwendig, weil es nicht sinnvoll wäre, Euro-5-Fahrzeuge umzurüsten, um ihre Nutzung dann zu verbieten?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Wir setzen, glaube ich, alle – das wurde heute auch deutlich, auch fraktionsübergreifend – auf

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

die Nachrüstung. Wir müssen jetzt sehen, wie dieser Prozess abläuft. Auch da werden wir bei unseren Entscheidungen ganz eng dranbleiben. Keine Bange.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich noch einmal dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteile, frage ich in die Runde der Fraktionen, ob noch Wortmeldungen für die zweite Runde vorliegen. – Frau Kollegin Reich-Gutjahr, bitte.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel gesagt worden, und es wurden auch immer wieder Zahlen genannt. Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch ganz kurz ein paar Gedanken mit einbringen.

Ja, Baden-Württemberg ist ein Autoland, und wir haben wie kein anderes Land diese Entwicklung geprägt. Wenn wir unseren Wohlstand, den wir aus dem Auto schöpfen, beibehalten wollen, müssen wir aber unseren Blick auch einmal über den Nesenbach und das Neckartor hinaus schweifen lassen. Gott sei Dank haben wir heute einige Entwicklungen vernommen, die uns helfen, unsere Position zu verbessern.

Aber ich möchte noch einmal etwas zu den Zahlen sagen. Wie groß ist im Moment der Bestand an Automobilen – genauer gesagt: an Pkws – weltweit? 1,3 bis 1,4 Milliarden Pkws sind im Markt. Wie viele Pkws haben wir in Deutschland im Bestand? 43 Millionen.

Wie viele Pkws werden im Moment weltweit gefertigt? 72 Millionen. Von diesen 72 Millionen kommen im Augenblick rund 5,7 Millionen aus deutscher Produktion im Inland. Die deutsche Automobilindustrie insgesamt ist mit etwa 16 Millionen Pkws weltweit an der Pkw-Produktion beteiligt.

Von der Produktion in Baden-Württemberg geht sehr viel ins Ausland. Wir wissen: Die weltweite Nachfrage nach Automobilen wird weiter wachsen. Das heißt, auch die deutschen Autobauer im Ausland werden weiter wachsen.

Aber eines ist auch einleuchtend: In Deutschland hat schon jeder ein Auto. Hier brauchen wir nur noch Ersatzinvestitionen. Die Welt hat einen großen Autohunger, der aber nur zu einem kleinen Teil aus deutscher Produktion bedient werden wird.

Eines ist klar: Um diesen enormen Wachstumszahlen, die die Welt vor sich hat, gerecht zu werden, brauchen wir ganz andere Antworten auf die Antriebe des Automobils, als wir sie heute zur Verfügung stellen können. Wir brauchen alle Technologien, die angesprochen worden sind. Es macht überhaupt keinen Sinn, auf eine einzelne Technologie zu gehen, sei es der Diesel oder die E-Mobilität. Wir brauchen alle Lösungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir Entwicklungen vorantreiben – das weiß jeder, der in der Industrie tätig ist –, machen wir das dort, wo die Märkte sind. Deutschland ist ein ganz kleiner Markt, der im internationalen Vergleich des Bedarfs immer kleiner wird. Die Welt braucht Deutschland nicht, aber

Deutschland braucht die Welt. Das müssen wir uns immer wieder klarmachen.

Deswegen sollten wir unseren Blick nicht auf eine Frage verengen, die die Behauptung aufstellt, die Politik in Deutschland wüsste, was die Welt morgen braucht. Lassen wir der Industrie in unserem Land die Chance,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

das in den jeweiligen Märkten selbst zu entwickeln. Sie wird es richten können; da bin ich ganz sicher.

Ein Letztes zum Thema Mobilität, das auch angesprochen worden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, Sie denken daran: Die Zeit ist schon sehr fortgeschritten. Sie haben noch 20 Sekunden.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Eine Aufgabe, die wir vor uns haben, ist, die Mobilität neu zu denken. Wir müssen bei diesem Thema Vorreiter sein.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dort haben wir Dinge zu heben, die wir noch nicht gehoben haben. Die Politik hat hier die Aufgabe, das zu begleiten, meine Damen und Herren. Wir fordern, dass Sie in der Politik Ihr Augenmerk auf das Thema Digitalisierung richten, dass Sie der Wirtschaft in unserem Land die Chancen eröffnen, hier Marktmodelle zu entwickeln. Sie wollen das ja morgen behandeln, Herr Reinhart.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir sollten morgen darüber reden, Frau Kollegin!)

Wir sind gespannt auf die Inputs, die wir morgen von Herrn Strobl zur Strategie der Digitalisierung hören werden.

Die Politik muss ihre echten Hausaufgaben im Bereich der Digitalisierung machen, wenn wir unseren Standort sichern möchten. Das andere wird die Automobilindustrie selbst gut können.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf)

– Entschuldigung, Herr Abg. Dr. Gedeon. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Zuruf von den Grünen: Jetzt kommt die Pferdekutsche! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Hört mal lieber zu! Da könnt ihr was lernen!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fürchte, wenn die Grünen weiter die Verkehrspolitik bestimmen, bekommen wir nicht das

(Dr. Wolfgang Gedeon)

angekündigte postfossile Auto, sondern das postfaktische Auto, ein Auto, das man nicht mehr als solches erkennt, weil es nicht mehr fährt.

Meine Damen und Herren, Herr Kretschmann, emissionsfreies und autonomes Fahren sind die zwei großen Schnapsideen, die die Diskussion beherrschen. Über Emissionsfreiheit ist schon einiges gesagt worden. Selbst wenn Sie alle Leute aufs Fahrrad setzen, steigern Sie die CO₂-Emissionen. Als Spezialist für Klimakatastrophen wissen Sie viel besser als ich, dass die Menschen mit ihren CO₂-Ausstößen und die Kühe mit ihren Methanfürzen die Hauptgefahr für unser Klima darstellen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Aber dazu ist genügend gesagt worden.

Ich möchte jetzt kurz nur noch einen Punkt aufgreifen, der vielleicht eine gewisse philosophische Ratlosigkeit hinterlässt. Warum ist auch das autonome Fahren eine Schnapsidee? Meine Damen und Herren, der Begriff ist falsch. Das ist eine falsche Weichenstellung. Denn ein offenes System, in das Milliarden, Billionen individuelle Entscheidungen eingehen, ist derart komplex, dass Sie keine rein technikbasierte Lösung erreichen können. In einem geschlossenen System mit Schienen können Sie autonomes Fahren organisieren. Aber der Individualverkehr – das sagt ja schon der Name – muss vom Individuum gesteuert werden. Darum ist der Begriff „Autonomes Fahren“ falsch. Er muss durch „Optimierung der Assistenzsteuerung“ ersetzt werden. Das ist das, was wir wollen. Aber autonomes Fahren ist ein falsches Leitbild.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Worüber reden Sie eigentlich?)

Ein falsches Leitbild führt nicht nur dazu, dass wir schon jetzt Tote haben, die wir ohne diese Schnapsidee nicht hätten. Ein falsches Leitbild führt auch zu falschen konkreten Ergebnissen. Außerdem liegt diesem Leitbild ein falsches Menschenbild zugrunde. Aber darüber möchte ich jetzt nicht reden. Dafür ist die Zeit zu kurz. Darüber rede ich ein anderes Mal.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das hat uns in der Debatte unglaublich weitergebracht!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten nun in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 14:45 Uhr mit Tagesordnungspunkt 4 – Regierungsbefragung – fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:36 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:46 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema wurde von der Fraktion der SPD gemeldet:

Rahmenbedingungen der Kindertagespflege verbessern – Handeln statt Hinhalten!

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Born, bitte.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg ist die Kindertagespflege eine wichtige Säule für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Rund 21 000 Kinder werden von einer Tagesmama oder einem Tagespapa betreut, Tendenz steigend. Das Angebot ist ein besonderes, das auf individueller Betreuung, familienähnlichen Strukturen und enger Vertrautheit fußt. Die Wahlmöglichkeit der Eltern zwischen der Betreuung in einer Krippe und in der Kindertagespflege ist wichtig.

Die rund 6 600 Tagespflegepersonen tragen maßgeblich zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung bei. Auf Seite 79 des Koalitionsvertrags finden Grüne und CDU wohlklingende Worte:

Wir werden die finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen verbessern und prüfen.

Passiert ist bisher nichts. Daher lohnt es sich, nachzufragen. Zur Diskussion steht ganz konkret die Erhöhung der laufenden Geldleistungen. Aktuell erhalten die Kindertagespflegepersonen 4,50 € pro Stunde für ein Kind ab drei Jahren und 5,50 € pro Stunde für ein Kind unter drei Jahren. Noch kann daher keine Rede davon sein, dass es sich dabei um einen angemessen vergüteten Vollzeitberuf handeln würde, so, wie es das SPD-geführte Bundesfamilienministerium richtigerweise vorsieht; dies ist in Baden-Württemberg bislang nicht erreicht worden.

Der Landesverband Kindertagespflege geht sogar davon aus, dass der Verdienst im Durchschnitt nicht dem Mindestlohniveau entspricht. Das wäre ein Armutszeugnis für das Kinder- und das Bildungsland Baden-Württemberg.

Städte- und Landkreistag haben sich klar positioniert. Sie sind bereit zu einer Erhöhung um 50 Cent, sofern das Land ebenfalls 50 Cent beisteuert. Vom Kultusministerium gibt es zu diesem Vorschlag bisher kein Wort – und das, obwohl das Land eindeutig Gestaltungsspielraum hat. Nach § 23 SGB VIII steht es dem Land nämlich zu, die laufende Geldleistung festzulegen.

Darum frage ich die Landesregierung: Können sich die Tagespflegepersonen darauf verlassen, dass ihre finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen verbessert werden? Beabsichtigt die Landesregierung in diesem Zug eine Erhöhung der laufenden Geldleistungen? Welche Schritte haben Sie in dieser Richtung bereits unternommen, und wann soll die Erhöhung ganz konkret in Kraft treten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ich habe grundsätzlich eine Bitte an die Regierungsvertreter: Bei der Regierungsbefragung sind Antworten von maximal fünf Minuten je Frage vorgesehen, damit auch möglichst viele Fragen gestellt werden können. – Danke.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, vielen Dank für den Hinweis, an den ich mich selbstverständlich gern halten werde.

Es ist richtig zitiert worden, dass die Koalition, die diesen Koalitionsvertrag abgeschlossen hat, sich vorgenommen hat, die finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen für die Tagespflegepersonen zu verbessern und weiterzuentwickeln. Dazu bekennen wir uns auch.

Deshalb gilt zunächst einmal vom Grundsatz her, dass wir – zur Wahrheit gehört ja auch, zu wissen, wovon man ausgehen muss – seitens des Landes momentan, also 2017, insgesamt knapp 825 Millionen € für die Kleinkindbetreuung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege stemmen. Von diesen 825 Millionen € sind insgesamt gut 60 Millionen € konkret für die Kindertagespflege vorgesehen, und diese wird darüber auch finanziert.

Was den von Ihnen angesprochenen Stundensatz angeht, nämlich 5,50 € pro Stunde und Kind für Kinder unter drei Jahren und 4,50 € pro Stunde und Kind für Kinder ab drei Jahren: Das ist zutreffend; das ist die Grundlage. Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass wir uns in dieser Hinsicht im Vergleich aller Bundesländer damit im Spitzenbereich bewegen.

Nichts ist jedoch so gut, als dass es nicht noch besser werden kann. Wir kennen das grundsätzliche Angebot oder den Wunsch nach einer Erhöhung um 1 € pro Kind und Stunde, wovon die Kreise und das Land jeweils 50 Cent tragen sollen. Sie haben eben darauf Bezug genommen. Wir beschäftigen uns damit dahin gehend, dass wir mit den kommunalen Landesverbänden und auch den Partnern der Träger in diesem Bereich ab Herbst darüber verhandeln wollen, wie wir uns dieses Gesamtpaket vorstellen können.

Im Koalitionsvertrag ist der Pakt für frühkindliche Bildung und Betreuung ausdrücklich als ein Schwerpunkt der grün-schwarzen Landesregierung genannt, den wir auch ernst nehmen. Dazu gehört natürlich auch die Frage, wie wir diese Forderung mittel- und langfristig bewerten und wie wir insgesamt damit umgehen können.

Ich habe eben gesagt, welche Summe wir momentan investieren. Wenn wir die Förderung insgesamt übernehmen würden, würden wir rund 17 Millionen € zusätzlich für das Gesamtpaket investieren müssen. Dies werden wir dementsprechend abwägen. Wir gehen deshalb dahin gehend in Verhandlungen. Aber im Entwurf für den kommenden Haushalt ist diese Erhöhung bisher nicht vorgesehen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Bitte, Frau Kollegin.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Frau Ministerin, wie ist der Stand der Weiterentwicklung des Qualifizierungskon-

zepts für die Kindertagespflegepersonen in Baden-Württemberg?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Vom Landesverband ist eine Erweiterung der Qualifizierung von derzeit 160 Unterrichtseinheiten auf rund 240 Unterrichtseinheiten vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird dann auch eine Erhöhung dieser laufenden Geldleistung für die Tagespflegepersonen dementsprechend gefördert.

Wir sind momentan – auch dies ist Teil dessen, was in das Gesamtpaket „Pakt für frühkindliche Bildung und Betreuung“ gehört – dabei, dies insgesamt weiterzuentwickeln. Ausgehend von dem Jahr 2018 wird die Verwaltungsvorschrift Qualifizierung, die Sie kennen, zunächst in dieser Form fortgeführt. Aber für uns ist es Teil der Gesamtbewertung, wie wir diese insgesamt weiterentwickeln können.

Eine verbindliche Vorgabe von Qualifizierung, die ja auch immer wieder im Raum steht, streben wir in der Form nicht an, weil sie nach dem Konnexitätsprinzip natürlich zwangsläufig eine Kompensationszahlung auslöst und wir deshalb zunächst sehen müssen, in welchem Gesamtfinanzrahmen wir uns da bewegen.

Aber das Thema „Qualität, Qualifizierung“ wollen wir weiter bestreiten und das in diesem Zusammenhang dann inhaltlich wie finanziell auch insgesamt bewerten.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt sehe ich eine weitere Frage von Herrn Abg. Born.

Abg. Daniel Born SPD: Frau Ministerin, Ihre Antwort drängt praktisch noch einmal eine Nachfrage auf. Der Landesverband Kindertagespflege macht ja zu Recht sehr deutlich, wie die derzeitige soziale und auch finanzielle Situation der Kindertagespflegepersonen ist, die einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land leisten.

Insofern: Sie haben zum jetzigen Zeitpunkt keinen eigenen Beitrag. Wir haben gemerkt: Die Kommunen haben einen sehr konkreten Vorschlag gemacht, von den Verbänden liegen konkrete Ideen vor. Sie verweisen auf weitere Verhandlungen im Herbst. Es gibt auch mittelfristig das Ziel, bei der Kindertagespflege zu einem Stundensatz von 7,50 € zu kommen. Ist das insofern derzeit überhaupt nicht auf dem Schirm der Landesregierung? Wie ist das jetzige Lösungsangebot seitens der Landesregierung?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ich wiederhole es gern noch einmal: Wir haben momentan 5,50 € bzw. 4,50 € pro Stunde und Kind. Wir bewegen uns da im Vergleich der Länder ganz oben.

Ich sagte vorhin schon: Nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser werden kann. Dass das Thema Kindertagespflege, dass der Tagespflegebereich ein zentraler Bereich ist, ist unbestritten. Deshalb haben Sie auch zu Recht auf den Koalitionsvertrag, der sich in diesem Zusammenhang klar positioniert, hingewiesen.

Ich erspare uns jetzt die Wiederholung der Zahlen, was wir bereits investieren. Das ist nicht nichts, wie man schwäbisch sagt. Jetzt werden wir beginnend ab Herbst – ich habe es gesagt; darauf hat sich die Koalition verständigt – mit den kom-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

munalen Landesverbänden und den Partnern der Kindertagespflege darüber verhandeln, wie wir uns qualifiziert und finanziell weiterentwickeln werden. Das heißt, es ist auf dem Schirm der Landesregierung. Diesen Weg werden wir gehen.

Wir werden uns aber auch in diesem Punkt ausreichend Zeit dafür nehmen, zu sehen, wie wir was mit welchem Inhalt und mit welchen Finanzleistungen umsetzen können. Ich glaube, dass das ein faires Vorgehen ist. Wie gesagt, bei den genannten Zahlen von 825 Millionen € und davon gut 60 Millionen € konkret für die Kindertagespflege bleibt es natürlich zunächst.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine Frage der Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Ministerin, vorhin wurde gesagt, dass sich die Landesregierung nicht an den Zuweisungen an die Tagespflegepersonen beteiligt.

Geben Sie mir recht, dass sich das Land über die Zuweisungen schon jetzt zu 68 % an den Kosten bei den unter Dreijährigen beteiligt? Das heißt, die Landesregierung beteiligt sich da schon.

Wissen Sie, wie hoch der Anteil bei den Tagespflegepersonen ist, wie viele unter Dreijährige betreut werden und wie viele über Dreijährige?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Zunächst einmal haben Sie, Frau Abg. Lösch, recht: Das Land fördert nach dem FAG die Betriebsausgaben der Kleinkindbetreuung in der Kindertagespflege zu 68 %, wie Sie eben richtig benannt haben. Das waren 2017 die eben genannten 60,2 Millionen €. An dieser grundsätzlichen Förderung wird sich selbstverständlich auch nichts ändern.

Nur als Hinweis: Beispielsweise waren das 2016 noch 51 Millionen €; jetzt sind wir bei über 60 Millionen €. Das ist eine Steigerung um 9,2 Millionen €, was einer 18-prozentigen Steigerung vom Jahr 2016 auf 2017 entspricht. Ich will damit nur deutlich machen, dass der Vorwurf – der jetzt nicht von Ihnen kam –, wir würden nichts machen und würden das Thema nicht ernst nehmen, so definitiv nicht stimmen kann.

Hinzu kommt: Für die Vorbereitung, Qualifizierung und Fortbildung – das haben wir auch etatisiert – haben wir 2,2 Millionen € zusätzlich vorgesehen, und wir haben eine institutionelle Förderung des Landesverbands Kindertagespflege mit 95 000 €. Wir werden – das kann ich ankündigen – künftig seitens des Kultusministeriums auch eine weitere Beteiligung in einer Höhe von 50 000 € übernehmen, sodass auch da das Signal ist, dass es uns wichtig ist.

Wir werden uns aber jetzt die Zeit nehmen müssen, um zu klären, wie wir damit in der Zukunft inhaltlich und finanziell umgehen. Das ist das Thema Kindertagespflege. Es umfasst aber im Pakt für frühkindliche Bildung und Betreuung – das ist mir wichtig – auch noch weitere Themen, die man nicht unterschätzen darf.

Die Zahl der Tagespflegepersonen ist im Vergleich zu 2016 um rund 2 % auf gut 6 620 zurückgegangen. Wir hatten also in einem Jahr ein Ausscheiden von rund 140 Tagespflegepersonen. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Kinder, deren Eltern diesen Weg der Betreuung wählen, um ungefähr 2 % auf jetzt ungefähr 21 000 Kinder gestiegen.

Insgesamt gilt, dass wir auch mit den Jugendämtern, die die Bedeutung der Kindertagespflege kennen und zu Recht schätzen, in gutem Kontakt stehen. Ich gehe davon aus, dass auch dort weiterqualifiziert und fortgebildet wird und auch bedacht wird, dass wir, um diese Arbeit fortzusetzen, entsprechend qualifiziertes Personal brauchen und gewinnen müssen.

Deshalb glaube ich: Wir sind auf einem guten Weg. Wir respektieren die Forderung nach mehr Geld und werden diese auch ernst nehmen. Wir werden zunächst einmal daran arbeiten, wie das Konzept aussieht, und dann sehen, welche finanziellen Möglichkeiten wir einräumen können.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine Frage des Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Ministerin, ich würde gern die Bundesebene noch kurz beleuchten. Vonseiten des Bundes gibt es zwei Förderprogramme, von denen mehr Geld zum Ausbau der Kindertagesbetreuung fließt: einmal das Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 bis 2018 sowie das von 2017 bis 2020.

Mit welchen Beträgen können wir in Baden-Württemberg rechnen, und vor allem, wie werden diese verteilt und wie denkt die Landesregierung, damit auch die Kindertagespflege zu stärken?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Es ist richtig, was Sie sagen, Herr Fulst-Blei. Der Bund hat bisher drei Investitionsprogramme Kinderbetreuungsfinanzierung U 3 aufgelegt, und zwar für die Jahre 2008 bis 2013, 2013 bis 2014 und 2015 bis 2018. Dabei erhielt die Kindertagespflege in Baden-Württemberg insgesamt etwa 6,7 Millionen € für die Neuschaffung von rund 9 000 Plätzen im Bereich U 3. Die bisher laufenden 6,7 Millionen € ermöglichen ungefähr 9 000 zusätzliche Betreuungsplätze.

Im vierten Investitionsprogramm, 2017 bis 2020, für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt – das ist ein längerer Zeitraum – erhielt Baden-Württemberg rund 152 Millionen €. Daran wird natürlich auch die Kindertagespflege konkret partizipieren.

Mein Haus arbeitet momentan an der Verteilung dieser Mittel, und ich hoffe, dass wir die Auszahlung in den nächsten Wochen und Monaten konkret vornehmen können. Zurzeit sind wir dabei, dies zu entwickeln.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit rufe ich das zweite Thema auf, beantragt von der Fraktion der CDU:

U n t e r r i c h t s v e r s o r g u n g i m k o m m e n d e n S c h u l j a h r : M a ß n a h m e n k a t a l o g z u r S t a b i l i s i e r u n g

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Felder, bitte.

Abg. Sylvia Felder CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Qualität an den Schulen“ ist seit gut einem Jahr wieder in den Fokus dieser Landesregierung und dieses Parlaments gerückt. Es ist auch ein großes Thema, das uns beschäftigen muss, denn es gibt eini-

(Sylvia Felder)

ge Ergebnisse, die uns nicht zufriedenstellen können. Zur Qualität gehören immer auch die gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben in der Vergangenheit viel darüber diskutiert, dass wir hier einen großen Bedarf haben. Teilweise ist es sehr schwierig, diesen zu decken.

Wir haben in dieser Woche über einen Maßnahmenkatalog von Ihnen, Frau Ministerin, in der Presse lesen können. Deshalb fragen wir heute die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreifen Sie konkret, um die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr zu sichern?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Felder, es ist tatsächlich so, wie Sie sagen, dass wir nicht zwingend ein Ressourcenproblem haben. Natürlich brauchen wir für neue bildungspolitische Maßnahmen auch zusätzliche Ressourcen, aber wir haben ein grundlegendes Bewerberinnen- und Bewerberproblem.

Ausgehend davon gibt es zwei Bereiche, die dabei ganz entscheidend sind. Zum einen ist in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020/2021 im gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes die Zahl derjenigen, die in den Ruhestand gehen, sehr, sehr hoch. Nur ein Beispiel: Von den 6 600 zu besetzenden Stellen im Schuljahr 2016/2017, also im vergangenen September, waren es über 65 % Zuruhesetzungen. Diejenigen, die Ende der Vierziger-, Anfang der Fünfzigerjahre geboren sind, gehen in den Ruhestand, und dies setzt sich über die nächsten drei bis vier Jahre so fort. Das ist nicht zwingend eine große Überraschung, zeigt aber, dass wir darauf in den nächsten drei bis vier Jahren reagieren müssen.

Hinzu kommt ein Effekt, den man ebenfalls nicht unterschätzen darf, obwohl er ein Einmaleffekt ist: Wir haben jetzt, zum Schuljahr 2017/2018 – darauf beziehen Sie sich; ich spreche von September 2017, also von dem Zeitraum in zwei Monaten –, rund 5 000 Stellen zu besetzen. Wir können heute feststellen, dass eine Größenordnung von 650 bis 700 Stellen noch nicht besetzt ist. Die anderen Stellen sind besetzt, da wir Besetzungsverfahren vorgezogen und veränderte Bewerbungsmöglichkeiten eingeräumt haben – Stichwort: Die schulscharfe Ausschreibung wurde in manchen Bereichen, vor allem im ländlichen Bereich, auf nahezu 100 % erhöht. Das sind Maßnahmen, die durchaus funktioniert haben.

Von diesen rund 650 bis 700 erkennbar offenen Stellen bewegen sich rund 500 im Bereich der Grundschulen. Das ist das größte Problem, das wir haben. Es wird natürlich auch durch einen Effekt ausgelöst – ihn darf man nicht unterschätzen –: Wir haben in diesem Jahr im Grundschulbereich keine Neuanfängerinnen und Neuanfänger, keine Junglehrerinnen und Junglehrer. Das liegt daran, dass man 2011 die Studienzeiten von sechs auf acht Semester erhöht hat. Jetzt befinden wir uns sozusagen im siebten Semester. Das heißt, die Verlängerung greift genau in diesem Schuljahr, im Schuljahr 2017/2018. Denn die Studentinnen und Studenten studieren ein Jahr länger. Momentan studieren gut 400 Personen in diesem Bereich; von diesen hat bisher allerdings noch kein Einziger den Abschluss.

Das ist ein Einmaleffekt. Aber Sie können feststellen, dass zu diesem Schuljahr keine einzige neu ausgebildete Grundschullehrerin bzw. kein einziger neu ausgebildeter Grundschullehrer auf den Markt kommen.

Gut 400 Personen werden momentan in diesem Bereich ausgebildet. Es ist erkennbar, dass wir dem Problem der 500 offenen Lehrerstellen im Grundschulbereich damit relativ gut abhelfen könnten.

Das Ganze ist nicht wirklich überraschend. Denn man hat das 2011 eingeleitet. Insofern kann man erkennen, dass dieses Problem zum Schuljahr 2017/2018 – zumindest einmalig – auftritt und das grundsätzliche Problem verschärft.

Deshalb haben wir Maßnahmen vorgeschlagen. Beispielsweise schauen wir im Bereich der Teilzeit sehr intensiv danach, inwieweit individuelle Gründe – nicht gesetzliche Gründe – geltend zu machen sind im Sinne von „dienstlich verpflichtend“ und „Unterrichtsversorgung“.

Wir haben natürlich das Thema, dass schon heute nicht wenige Lehrerinnen und Lehrer ihre Zuruhesetzung um ein bis zwei Jahre verschieben. Dafür werben wir offensiv, ermöglichen Zuverdienstmöglichkeiten – so, wie Sie es aus dem Bereich der VKL- und der VABO-Klassen kennen.

Des Weiteren haben wir auch den Vorschlag gemacht – das ganze Paket haben wir in den letzten Tagen vorgestellt –, aus Lehrerbereichen – das ist in anderen Bundesländern durchaus üblich –, in denen wir einen Überhang haben, Lehrkräfte für andere Schularten zu gewinnen.

Wir haben rund 1 500 Bewerberinnen und Bewerber im Gymnasialbereich nicht auf eine Stelle übernehmen können. Das heißt, rund 1 500, die fertig ausgebildet und jetzt auf dem Markt sind, bekommen keine Stelle im Bereich Schule. Das liegt daran, dass sie Fächerkombinationen haben, die sich vorwiegend im geisteswissenschaftlichen Bereich bewegen – Deutsch/Englisch, Deutsch/Geografie, Deutsch/Geschichte –, nicht in den Naturwissenschaften; dort haben wir einen großen Handlungsbedarf.

Genau diesen ausgebildeten Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrern bieten wir an – wenn sie mögen, solange sie wollen und ganz freiwillig –, zu Grundschulbedingungen an Grundschulen zu unterrichten. Sie werden parallel berufsbegleitend über zwei Jahre weiterqualifiziert – natürlich ist der Gymnasialbereich etwas anderes als die Grundschule.

Wir haben über 800 ausgebildete Lehrer, die dafür gut infrage kämen und zudem im Grundschulbereich durch die Kombination „Deutsch plus X“ für uns auch hinsichtlich Qualität und Leistung von großem Interesse wären. Weit über hundert Personen haben bereits ihr Interesse bekundet.

Das ist eine Möglichkeit, die wir als richtig erachten, um gerade auch in den nächsten drei, vier Jahren den Problemen, die wir in Bezug auf geeignete Lehrerinnen und Lehrer, Bewerberinnen und Bewerber haben, entgegenzuwirken.

Wir gehen davon aus, dass wir mit dem gesamten Maßnahmenpaket die Zahl von 650 bis 700 offenen Stellen zum September 2017 deutlich reduzieren und – hoffentlich – mit einer stabilen Unterrichtsversorgung ins neue Schuljahr starten wer-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

den. Gleichwohl wird uns das Thema Unterrichtsversorgung auch im kommenden Schuljahr – so ehrlich muss man sein – immer noch beschäftigen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Abg. Boser die nächste Frage.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Ministerin, eine der Maßnahmen, die wir schon im letzten Jahr bei den Vorbereitungsklassen durchgeführt hatten, war die Anfrage bei pensionierten Lehrerinnen und Lehrern, ob sie wieder in den Schuldienst zurückkehren möchten. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer sind damals angefragt worden? Wie erfolgreich war diese Maßnahme?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Wir haben, bezogen auf den Bereich der VKL- und der VABO-Klassen, mehrere Hundert Pensionärinnen und Pensionäre, die tatsächlich wiedereingestiegen sind und die dies auch sehr erfolgreich machen. Sie können hören – Sie sind ja auch viel an Schulen unterwegs –, dass das immer sehr gut funktioniert. Das ist der eine Punkt.

Wir gehen bei unserem Maßnahmenkatalog aber auch gezielt auf diejenigen zu, deren Zuruhesetzung jetzt ansteht, die also noch sozusagen im Schulbetrieb sind und diesen Dienst dann, wenn sie denn möchten, ein, zwei Jahre fortführen können, um uns gerade in den nächsten drei bis vier Jahren zu helfen.

Aber wir hatten eine Größenordnung von rund 300 bis 350 Pensionärinnen und Pensionären, die in diesem Bereich mit viel Engagement arbeiten, bezogen auf VKL und VABO.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Ministerin, wir haben in den letzten Wochen insbesondere – Sie haben es heute auch zu Recht wiederholt – über den Bedarf, den Mangel im Grundschulbereich gesprochen. Sie haben auch ausgeführt, dass eine Pensionierungswelle auf uns zurollt. Wir teilen die Erfahrung, dass sich viele Prognosen im Grunde als nicht haltbar erwiesen haben, insbesondere was den angeblichen Rückgang des Bedarfs angeht. Die Zahl der Schüler ist höher, als sie prognostiziert wurde. Dementsprechend brauchen wir mehr Ressourcen.

Wir waren jetzt etwas überrascht – das sorgt aktuell auch bei den Elternverbänden, bei den Gesamtelternbeiräten für Diskussionen –: Es gibt ein Merkblatt Ihres Hauses vom März 2017: „Berufsziel Lehrerin/Lehrer – Künftige Einstellungs-chancen für den öffentlichen Schuldienst in Baden-Württemberg“. Darin heißt es mit Blick auf die Grundschullehrkräfte beispielsweise – wörtliches Zitat –:

... ist die aktuelle Studienanfängerzahl insgesamt in etwa bedarfsgerecht.

Noch deutlicher ist es im Bereich der Sekundarstufe I:

... liegen die aktuellen Studienanfängerzahlen insgesamt deutlich über dem künftigen Bedarf.

Droht hier nach Ihrer Einschätzung nicht eine weitere Fehlsteuerung? Wir diskutieren bundesweit, dass wir dringend

mehr Lehrkräfte brauchen. Manche sagen, dass wir schon auf einen Notstand zusteueren. Halten Sie an diesen Zahlen heute weiterhin fest? Wie kommen Sie zu dieser Empfehlung? Was ist die Grundlage für diese Empfehlung? Denn das Signal an junge Menschen, die sich für den Lehrerberuf interessieren, ist ja eigentlich eindeutig: Lieber vorsichtig, lieber vielleicht auch nicht. Ist das das richtige Signal an dieser Stelle?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ich glaube, wenn man sich das Ganze differenziert anschaut, muss man sagen: Es ist sicherlich das falsche Signal. Ich habe eben gesagt, wenn die Studentinnen und Studenten weiterhin sechs Semester studieren würden, kämen jetzt rund 450 auf den Markt. Durch die Verlängerung der Studienzeiten kommen sie nicht auf den Markt. Ich sagte eben, wir haben einen Grundbedarf von rund 500 offenen Stellen im Grundschulbereich. Wenn Sie sich die Entwicklungen anschauen – wir haben das auch durch Schaubilder in den letzten Wochen sehr deutlich gemacht –, erkennen Sie: Wir haben in den nächsten drei bis vier Jahren durch die Zuruhesetzungen ein massives Problem. Danach kommen wir aber, was Ausbildung und Bedarf angeht, wieder relativ gut ins Lot.

Jetzt haben Sie in einem Punkt recht. Sie sprechen ja das Thema Schülerzahlentwicklung an. Es ist einem manchmal schon ein Rätsel, muss ich jetzt ehrlich sagen, wie das von der Einschätzung her alles so schwierig sein kann.

Aber klar ist – darauf haben wir auch mehrfach hingewiesen –: Wir sind mit dem dafür zuständigen Wissenschaftsministerium in sehr enger Abstimmung, wie wir, was die Ausbildung angeht – da haben Sie natürlich völlig recht –, bezogen auf die realen Schülerzahlen reagieren müssen. Wir haben in der Grundschulausbildung die Kapazitäten bereits in den letzten zwei Jahren erhöht, und wir werden uns natürlich anschauen, wie wir sie weiter erhöhen.

Ein anderes Beispiel: Bei den Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen haben wir auch einen großen Bedarf, der eher größer als geringer wird – auch wegen der Schülerzahl und der Inklusion. Da sind wir jetzt dabei, zum einen die Zahl der Studienplätze zu erhöhen, aber auch durch Weiterqualifizierung von Haupt- und Werkrealschulkräften – Sie kennen das Problem – gezielt Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für die Arbeit in diesem wichtigen Bereich auszubilden. Das heißt, wir reagieren sehr scharf. Wir werden auch die Form der Beratungen mit dem Wissenschaftsministerium deutlich enger takten, um zu sehen, wie sich die Zahlen tatsächlich entwickeln.

Sie haben recht. Wir beobachten das genau. Ich habe auch die Zielsetzung, dass wir konkreter feststellen können, wie sich die Schülerzahlen tatsächlich entwickeln. Da gibt es Mechanismen und Vorgehensweisen. Klar ist: so viel, wie man braucht; das ist richtig.

Klar ist aber auch: In den nächsten drei bis vier Jahren haben wir eine Sondersituation, weil aufgrund des überproportionalen Anteils der Zuruhesetzungen der Bedarf überproportional hoch ist. In Baden-Württemberg verläuft die Entwicklung übrigens sehr bauchartig, in vielen anderen Bundesländern eher linear. Da stellt Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern wirklich einen gewissen Sonderfall dar.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Beck.

Abg. Norbert Beck CDU: Frau Ministerin, ich habe zwei Fragen:

Erstens: Wie gedenkt die Landesregierung das hohe Volumen an Abordnungen in der Schulverwaltung abzubauen? Wenn ich es richtig weiß, sind von den ca. 120 000 aktiven Lehrerinnen und Lehrern rund 10 % abgeordnet. Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Zweitens: Wer soll dann, sofern es erforderlich wird, die Aufgaben übernehmen, die bisher von abgeordneten Lehrkräften wahrgenommen wurden? Ich denke, dass hier auch der mögliche Wegfall der Fremdevaluierung eine Rolle spielen könnte.

Danke schön.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Vielen Dank. – Die Zahlen kann ich bestätigen. Wir haben ein Volumen von ungefähr 10 % Abordnungen. Es sind ca. 120 000 Lehrerinnen und Lehrer, davon ungefähr 12 000 Abordnungen.

Das System von Abordnungen ist natürlich auch zukünftig – damit da kein Missverständnis aufkommt – existenziell für das Bildungswesen insgesamt.

Nur zur Darstellung: Ein Teil der Abrechnungen und Ermäßigungen basieren auf gesetzlichen Regelungen, beispielsweise aufgrund von Alter oder Schwerbehinderung. Auch für die Tätigkeiten als Personalrat, Vertrauensperson etc. wird zu Recht mit dem Instrument der Abordnung gearbeitet. Auch was Anrechnungen angeht, wird dieses System angewandt.

Die Frage ist aber schon, wie man gewichtet. Ich habe gerade dargestellt, dass wir im Bereich der Unterrichtsversorgung vor allem in den nächsten drei bis vier Jahren ein ganz grundsätzliches Problem haben. Hinsichtlich der Unterrichtsversorgung – auch da bin ich durchaus ehrlich; ich rede vom Pflichtunterricht und schon gar nicht im Wesentlichen von Ergänzungsunterricht – muss ich natürlich auch Prioritäten setzen und damit auch Posterioritäten definieren. Denn alles zusammen geht nicht.

Deshalb ist es tatsächlich so, dass wir zum einen, was den kommenden Haushalt 2018/2019 angeht, einen Vorschlag gemacht haben, wie man, damit nicht durch das Stopfen einer Lücke eine neue Lücke an anderer Stelle entsteht, im Verwaltungsbereich – wenn ich vom Verwaltungsbereich spreche, dann betrifft das zu weit über 50 % mein eigenes Haus, das Kultusministerium – überprüfen kann, ob jede Verwaltungstätigkeit genauso zwingend ist wie die qualifizierte Unterrichtsversorgung. Das tun wir; das ist im Sinne einer Aufgabenkritik.

Der zweite Punkt ist – auch das wissen Sie –: Wir, die Frau Finanzministerin und ich, haben gemeinsam den Landesrechnungshof gebeten, im Rahmen eines gutachterlichen Bewertungsverfahrens gerade das Thema „Abordnungen/Aufgabenkritik“ in den Blick zu nehmen. Daran arbeitet der Rechnungshof mit hohem Druck. Weil es eine große Fülle von Aufgabenstellungen ist, wird er uns erst im Herbst ein Ergebnis prä-

sentieren können. Aber das ist ein weiteres Thema, das wir sehr genau betrachten müssen.

Ich sage es einmal ein bisschen platt: Ich weiß nicht, ob man da jede Broschüre braucht. Da ist mir der Unterricht an der Schule deutlich lieber.

Was das Thema Fremdevaluierung angeht, haben wir vor wenigen Tagen vorgestellt, wie wir die Unterstützungssysteme für unsere Schulen weiterentwickeln wollen, was auch dringend notwendig ist – Stichworte Qualität, Leistung, auch der Blick über die Landesgrenzen hinweg.

Im Rahmen dessen ist ein Thema, das stark im Mittelpunkt von Schulen steht – wenn Sie dort unterwegs sind, dann wissen Sie das –, die Fremdevaluierung. Zwingend ist ein Blick von außen auf die Schulen. Das wollen die Schulen auch. Da darf man den Schulen nichts Falsches unterstellen. Die Frage ist, mit welchem Wert, mit welcher Zielsetzung, mit welcher Beratung welche Erkenntnis herauskommt.

Ich habe tatsächlich festgelegt, die Fremdevaluierung bis zur Erarbeitung eines neuen Systems – übrigens auch auf die große Bitte von Verbänden und Schulen hin – auszusetzen. Die 70 Personen, die gerade im Landesinstitut für Schulentwicklung dafür abgeordnet waren, werden wieder in die Schulen zurückgehen. Das sind ja ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die abgeordnet sind. Übrigens wird ein ganz großer Teil von ihnen an Grundschulen gehen, sodass auch dort ein sinnvoller Einsatz erfolgt.

Es ist also auch eine sinnvolle Maßnahme, dort, wo erkennbar Handlungsbedarf besteht, im Sinne der Unterrichtsqualität, die absolute Priorität hat, zu reagieren. Dann muss ich aber auch den Mut haben, diese zu definieren.

(Abg. Norbert Beck CDU: Danke!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Mir liegt eine Wortmeldung von Frau Abg. Boser vor.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Neben den Abordnungen sind ja auch sehr viele Lehrerinnen und Lehrer wegen Elternzeit beurlaubt. Gibt es da Überlegungen bzw. Maßnahmen, diese wieder in den aktiven Schuldienst zurückzuholen? Gibt es da eventuell auch Begleitmaßnahmen, diese Lehrerinnen und Lehrer während ihrer Beurlaubung weiterhin auf dem aktuellen Stand zu halten und ihnen somit auch den Einblick in die Schule in regelmäßigen Abständen zu ermöglichen, damit sie auch schnell wieder in den Schuldienst zurückgehen, oder ihnen neue Möglichkeiten aufzuzeigen?

(Zurufe der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Boser, es ist tatsächlich so, dass wir auf diejenigen, die derzeit – aus unterschiedlichen Gründen – beurlaubt sind, sehr aktiv zugehen mit der Frage, ob sie sich eine Verkürzung der Beurlaubung oder einen Teilzeitbeginn etc. vorstellen können. Dieser Prozess lohnt sich übrigens. Darauf reagieren viele positiv.

Auch da gilt: Wir wollen niemanden zwingen. Aber manchmal hat man es sich gar nicht überlegt, und jetzt wird man an-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

gesprächen. Dann findet man eine Lösung. Das machen wir jetzt sehr offensiv. Beispielweise sprechen wir auch diejenigen, die aus individuellen Gründen momentan in Teilzeit arbeiten, aktiv an – einfach auch im Hinblick auf das Thema Unterrichtsversorgung und die Bedarfe, die wir haben. Dies haben wir jetzt sozusagen professionalisiert und machen dieses System besser.

Übrigens haben wir auch durchaus viele, die über viele Jahre beurlaubt sind, deren Familienphase schon seit vielen Jahren andauert, was deren Recht ist. Auch die sprechen wir an. Wir stellen immer wieder fest, dass unter ihnen welche sagen: „Daran habe ich jetzt gar nicht gedacht, aber jetzt überlege ich es mir.“ Dann gibt es natürlich Maßnahmen, um den Lehrerinnen und Lehrern den Wiedereinstieg zu ermöglichen. Das haben wir professionalisiert, um tatsächlich möglichst alle zu erreichen, die dafür eine gewisse Offenheit zeigen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt liegt eine Frage der Kollegin Neumann vor.

Abg. Christine Neumann CDU: Frau Ministerin, Sie haben vorhin über die Situation von Lehrern an Grundschulen berichtet. Können Sie uns vielleicht einen Überblick über die Situation an den anderen Schularten geben? Wie sieht es dort mit dem Lehrer-Schüler-Verhältnis aus?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ganz grundsätzlich, wenn ich jetzt alle Schularten zugrunde lege, ist die Lehrer-Schüler-Relation in Baden-Württemberg besser als in Bayern – wohl gemerkt über alle Schularten hinweg. Wir haben sehr große Bedarfe. Ich habe vorhin gesagt, wir haben einen großen Überhang – eine Warteliste, wenn Sie so wollen – im Gymnasialbereich bei den Geisteswissenschaften, bei den Fächerkombinationen „Deutsch plus X“. Deshalb weisen wir in unseren Informationen für Studienanfänger darauf hin, dass ihre Chancen auch mittel- und langfristig im Bereich der Naturwissenschaften wesentlich größer sind als im Bereich der Geisteswissenschaften.

Wir haben ein ganz zentrales Problem in Bezug auf die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Wir haben in Baden-Württemberg knapp 2 400 Grundschulen bei ungefähr 30 000 Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern. Das ist natürlich eine große Anzahl, weil Baden-Württemberg sich – wie ich finde, durchaus zu Recht – vor vielen Jahren für sogenannte Zwerggrundschulen entschieden hat. Dadurch ist der Bedarf natürlich sehr groß.

Von den knapp 2 400 Grundschulen in Baden-Württemberg haben über 800 weniger als 100 Schülerinnen und Schüler. Über 100 Schulen haben weniger als 40 Schülerinnen und Schüler. Es gibt andere Bundesländer – nicht alle –, die gesagt haben: erst ab 200 Schülerinnen und Schülern aufwärts. Das wäre unter Ressourcengesichtspunkten eine klare Erleichterung – durchaus auch pädagogisch. Aber Baden-Württemberg hat sich politisch für einen anderen Weg entschieden, was auch im Rahmen der Stärkung des ländlichen Raums eine Rolle spielt. Das heißt, dort liegt der größte Teil des Problems.

Wir haben darüber hinaus noch im beruflichen Bereich ein Problem hinsichtlich der Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern. Das geht vor allem auch auf die Tatsache zurück, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt glänzend ist, die Wirt-

schaft in Baden-Württemberg glänzend dasteht und sie natürlich, gerade was die Gewinnung von Berufsschullehrern angeht, eine echte Konkurrenz für den öffentlichen Dienst ist. Das muss man insgesamt sehen. Aber auch dort haben wir Handlungsbedarf, dem wir mit gezielten Maßnahmen begegnen werden.

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Kleinböck.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Ministerin, zum Thema „Gymnasiallehrkräfte an Gemeinschaftsschulen“ ganz konkret die Frage: Wie kann es sein, dass wir von einer großen Gemeinschaftsschule am Bodensee hören, die Schulleiterin habe Interessenten, die Gymnasiallehrer sind, aber das RP Freiburg hat keine Stellen? Wenn Sie das einmal mitnehmen könnten, um es noch einmal ganz konkret zu verfolgen, wäre der Schule sicher sehr geholfen. Dazu erwarte ich jetzt keine Antwort von Ihnen.

Aber Sie könnten mir vielleicht eine Antwort auf die Frage geben, inwiefern Sie planen, die Krankheitsvertretung an den Gymnasien aufzustocken.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Den ersten Teil, den Sie angesprochen haben, nehme ich gern mit. Das kann eigentlich nicht sein. Da bin ich Ihrer Meinung.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das dachten wir auch!)

– Aber es ist gut, dass Sie nachfragen. Wir würden das dementsprechend beantworten und dem Fall konkret nachgehen.

Krankheitsreserve insgesamt: 1 666 Stellen sind die Grundlage. An eine Erhöhung insgesamt ist momentan nicht gedacht.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Also speziell auch keine Gymnasiallehrkräfte?)

– Nein, es verteilt sich auf die Schularten insgesamt.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Ministerin, ich gehe in diesem Haus seit knapp 30 Jahren ein und aus.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: 30 Jahre! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kann das sein?)

Dabei habe ich festgestellt, dass es mit der Planung der Lehrer und der Lehrerstellen in der Ausbildung überhaupt nicht klappt. Eigentlich ist doch am Ende eines Jahres – am 31. Dezember um 24 Uhr – nachvollziehbar, wie viele Kinder geboren wurden. Man weiß in etwa auch, wie hoch der Zuzug bzw. der Wegzug ist. Wenn man dies grob hochrechnet – sechs Jahre später –, müsste man eigentlich wissen, wie viele Lehrkräfte man benötigt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der Bullinger weiß das!)

Gibt es Ihrer Meinung nach irgendwelche Verbesserungsvorschläge, damit man nicht immer wieder dieses Dilemma hat?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Herr Bullinger, ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, ob es jetzt wirklich Verbesserungsvorschläge gibt. Dass man das Ganze aber verbessern muss und auch verbessern kann, da sind wir, glaube ich, einer Meinung.

Die Bertelsmann-Studie wurde bereits angesprochen. Sie geht in dieser Frage von einer völligen Trendumkehr aus. Das ist schon ein Stück weit schwierig. Wir sind momentan auch dabei, zu analysieren, wo wir, das Kultusministerium, Veränderungen vornehmen können, um konkretere Zahlen zu bekommen. Das ist aber sicher auch ein Thema, das ich, weil es alle Länder betrifft, in meiner Eigenschaft als KMK-Präsidentin noch einmal auf der Kultusministerkonferenz ansprechen werde.

Viele sprechen mich als Kultusministerin an und sagen: „Bis die zu dir kommen, sind sie doch schon sechs Jahre auf der Welt. Wie kann man denn da überrascht sein?“

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Natürlich gibt es Zu- und Abwanderung. Das ist auch klar. Vom Grundsatz her: Das berechnet nicht mein Haus, sondern es handelt sich um Themen des Statistischen Landesamts. Das sind andere Themen. Deshalb ist schon die Frage – – Aber wir arbeiten daran, wie wir da einen – können wir uns darauf verständigen? – realistischeren Blick entwickeln können.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Ministerin, es geht noch einmal um die Krankheitsvertretungen. Wenn Sie den Bedarf festlegen, gehen Sie dabei von 100 % Besetzung aus. Die Lehrer, mit denen ich zu tun habe, sagen alle: „Wir haben die 100 % nicht, sondern 96 bis 98 %, je nachdem.“ Selbst wenn sie die 100 % haben, kommen sie nicht klar. Wenn man die Sicherung des Unterrichts gewährleisten will, müsste man von 110 % ausgehen. Von welchem Prozentsatz gehen Sie bei Ihrer Planung aus?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Die ideale Planzahl ist immer 100 %. Wir können auch 120 oder 140 % ansetzen. Der Ausgangspunkt ist – ich sagte es vorhin bereits – ein Bewerberinnen- und Bewerberproblem. Es geht gar nicht zwingend um die Ressourcen, es geht darum, dass wir auch diejenigen brauchen, die es machen müssen. Das ist das, worauf ich in der gesamten Diskussion immer wieder hinweisen muss. Es ist weniger ein Ressourcen- als ein Personenproblem.

Deshalb: Ich kann alles hochsetzen oder einfordern, ich brauche trotzdem die Person, die es macht. Deshalb ist das ein Thema. Wir haben die Krankheitsreserve, aber das zentrale Problem ist tatsächlich: Wenn ich mit offenen Stellen ins Schuljahr starte, dann wird es mit der Krankheitsreserve, wenn im Winter Krankheiten dazukommen oder Elternzeit, Mutterschaft – all dies –, relativ eng. Deshalb ist unsere Hauptzielsetzung, möglichst mit der Besetzung aller Stellen in ein Schuljahr zu starten. Deshalb gelten dem auch unsere Bemühungen für September 2017. Dann klappt es insgesamt auch mit der Krankheitsreserve.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Ministerin, um das Thema Krankheitsreserve zu vermeiden, ist es ja wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer bis zur Pensionierung ihren Beruf voll ausüben können. Können Sie uns sagen, was für die Gesundheitsvorsorge der Lehrerinnen und Lehrer getan wird?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Wir haben hier vielfältige Maßnahmen. Ich kann sie Ihnen schriftlich zusammenstellen. Zum Thema „Unterrichtsversorgung im September 2017“ habe ich jetzt nicht alle Maßnahmen parat, aber wir würden sie Ihnen zusammenstellen. Das Thema „Lehrergesundheit, Prävention“ läuft in vielen Bereichen. Hier gibt es umfangreiche Programme. Wir würden Ihnen die Maßnahmen zusammenstellen. Dann brauche ich sie Ihnen jetzt nicht aufzuzählen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Abg. Dörflinger das Wort.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Frau Ministerin, ich möchte auf die Unterrichtsversorgung bei den Sonderpädagogen eingehen. Hier würde mich interessieren, was die Landesregierung tut und plant, um den Mangel an Sonderpädagogen entsprechend beheben zu können.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Vielen Dank. – Wir haben einen großen Mangel im Bereich der Grundschulen, im Bereich der Naturwissenschaften in den weiterführenden Schulen sowie bei den Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Wir haben zum einen – ich habe es vorhin schon kurz angesprochen – die Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen kontinuierlich erhöht.

Ganz entscheidend für uns ist aber, dass wir jetzt mit einem Weiterqualifizierungsprogramm für rund 5 000 Haupt- und Werkrealschullehrkräfte, deren Schulstandorte nicht mehr in die Zukunft geführt werden können, begonnen haben. Deren Kompetenz brauchen wir, weil wir einen Lehrerinnen- und Lehrermangel haben. Da geht es um die Weiterqualifizierung für eine Tätigkeit an GMS, an Realschulen, aber ganz entscheidend auch im Bereich der Sonderpädagogik. Dort gibt es ein umfangreiches Weiterqualifizierungsprogramm.

Wir gehen davon aus, dass letztendlich rund 1 500 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen durch Weiterqualifizierung gezielt dort eingesetzt werden können, übrigens schneller, als wenn man sie komplett ausbildet, weil sie als Pädagogen – Haupt- und Werkrealschule – mit der Sonderqualifizierung, die umfangreich ist, für die es aber ein großes Interesse gibt, in zwei Jahren qualifiziert auf den Markt kommen und damit bei den Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen dort, wo wir sie brauchen, für eine deutliche und wichtige Entspannung sorgen können.

Präsidentin Muhterem Aras: Die letzte Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da habe ich ja noch Glück gehabt. Vielen Dank.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Frau Ministerin, ich würde ganz gern noch einmal auf das Thema „Studienabgänger im Gymnasialbereich“ zu sprechen kommen. Denn Sie sagen, was in Teilbereichen stimmt – es ist natürlich viel differenzierter –, dass wir Probleme haben, Nachwuchs zu bekommen. Jetzt haben wir hier die Situation, dass sehr, sehr viele auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wir wissen, dass wir im Bereich der Krankheitsvertretung im Bereich Gymnasium „Baustellen“ haben.

Ich würde gern den Hinweis von Herrn Kleinböck erweitern. Wir wissen, dass wir auch noch eine ganz große Zahl gymnasial qualifizierter Lehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen brauchen. Warum nutzen Sie die Chance jetzt nicht, zu sagen: „Wir haben da jetzt einen Stellenüberhang; wir können den jungen Menschen jetzt eine Perspektive geben; wir brauchen sie als Krankheitsvertreterinnen und Krankheitsvertreter, um den Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen, und wir brauchen sie an den Gemeinschaftsschulen“? Warum greift die Landesregierung jetzt nicht zu?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Das Problem ist: Ich brauche an den Gemeinschaftsschulen nicht nur die Fächerkombinationen Deutsch/Englisch und Deutsch/Sport. Das ist das grundsätzliche Problem. Natürlich sind sie auch in der Krankheitsreserve abgedeckt.

Ich sage es noch einmal: Wir haben, was Gymnasiallehrer angeht, einen Überhang von gut 1 500 Studienabgängerinnen und -abgängern ausschließlich bei den Fächerkombinationen „Deutsch plus X“, nicht bei den Kombinationen von Mathematik mit anderen Fächern. Es gibt eine ganz klare Fixierung auf den geisteswissenschaftlichen Bereich. Dort, wo wir sie in der Krankheitsreserve und in der GMS brauchen, nehmen wir sie auch.

Ich spreche aber nicht von Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrern, die für alle Fächer ausgebildet sind, und mein Problem ist, dass ich bei GMS, bei Gymnasien und auch bei der Krankheitsvertretung einen Mangel an naturwissenschaftlich ausgebildeten Lehrkräften habe. Deshalb kann man das halt nicht nur pauschal sehen, sondern muss man immer betrachten, was sie studiert haben.

Dieser Überhang – es ist schade, dass es ihn gibt – ist tatsächlich sehr auf die geisteswissenschaftlichen Kombinationen konzentriert. Dies gilt übrigens nicht nur für Baden-Württemberg, sondern das zieht sich durch die ganze Bundesrepublik. Der Drang, diese Fächerkombinationen zu studieren, ist immens groß, obwohl wir schon lange darauf hinweisen, dass uns alles, was mit Naturwissenschaften kombiniert wird, weiterhilft. Aber da ist die Fixierung von ganz arg vielen sehr eng, und das ist das Grundproblem.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Damit ist dieses Thema von der Zeit her abgearbeitet. Vielen Dank auch für Ihre kurzen Antworten; das hat viele Fragen ermöglicht.

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion der FDP/DVP:

Z u l a g e n a n P r o f e s s o r e n

Herr Abg. Weinmann, bitte.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Rückfrage des Kollegen Klein in öffentlicher Sitzung des Untersuchungsausschusses „Zulagen Ludwigsburg“ zum generellen Umgang mit Zulagen an anderen Hochschulen teilte die als Zeugin geladene Ministerin Bauer sinngemäß mit, dass lediglich anlassbezogene Überprüfungen gemacht würden, aber keine grundsätzlichen, systematischen oder gar präventiven. Dies entspricht auch der publizierten Auffassung des Wissenschaftsministeriums.

Nach den dem Wissenschaftsministerium wohl seit Anfang dieses Jahres bekannten vergleichbaren Vorkommnissen an der HTWG Konstanz liegt es nahe, dass es sich nicht um ein auf die Verwaltungshochschule Ludwigsburg beschränktes Problem handelt, sondern um ein systemimmanentes.

Ich frage daher die Landesregierung, ob das Wissenschaftsministerium die neuen Erkenntnisse zum Anlass nimmt, eine landesweite Überprüfung anzudenken – auch vor dem Hintergrund, möglichen in der Zweijahresfrist begründeten Vertrauensstatbeständen rechtzeitig zu begegnen.

Auch im Hinblick auf die Zeit bitte ich um Beantwortung der Frage – gerade im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Vorkommnisse –, warum das Ministerium in Ludwigsburg unter Berufung auf die Hochschulautonomie zurückhaltend reagiert hat, während es im aktuellen Fall Konstanz zumindest den Berichterstattungen der Medien nach resolut durchgreift. Ich frage die Landesregierung, wie sich diese unterschiedlichen Reaktionen begründen.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie fragen nach den Ereignissen an der Hochschule Konstanz, die man in diesen Tagen auch in der Zeitung nachverfolgen konnte. An der Hochschule Konstanz haben wir eine Situation vorgefunden, in der es offenkundig im Umgang mit dem Thema „Zulagen verschiedenster Art“ Handlungsbedarf gibt, weil die Zulagengewährung dort nicht umfassend rechtskonform zu sein scheint.

Wir sind, seit wir von der Problematik erfahren haben, zusammen mit der Hochschule dabei, diese Angelegenheiten aufzuarbeiten. Ich stelle einfach mal die Fakten dar, wie sie sich heute präsentieren.

Wir haben uns, nachdem wir von verschiedenen Problemlagen Kenntnis erhalten haben – aufgrund komplizierter innerer Verhältnisse in diesem Präsidium –, die Richtlinie des Präsidiums der Hochschule Konstanz zeigen lassen und gesehen, dass diese Richtlinie so keinen Bestand haben kann. Wir haben zur Korrektur und zur Nichtanwendung der bestehenden Richtlinie aufgefordert. Dies ist zurzeit in Bearbeitung.

Auf der Grundlage einer fehlerhaften Richtlinie sind Entscheidungen getroffen worden, und diese Entscheidungen in Einzelfällen sind aufzubereiten. Das Präsidium ist aufgefordert, dies zu tun und uns entsprechend zu berichten. In diesem Ver-

(Ministerin Theresia Bauer)

fahren, dies aufzubereiten, zu korrigieren und das Ausmaß der Probleme zu durchdringen, befinden wir uns noch.

Ich möchte die Gelegenheit auch noch mal nutzen, zu betonen: Wir befinden uns in einer Problematik, die in den inneren Zuständigkeitsbereich der Hochschulen gehört: das Recht und die Verantwortung, Zulagenkomponenten zu den Grundgehältern der Professoren zu zahlen. Seit über zehn Jahren wird den Hochschulen das Recht gewährt, selbst darüber zu entscheiden, in welchem Umfang und auf welcher der gesetzlichen Grundlagen man für besondere Leistungen in Forschung oder Lehre oder Transfer oder als Funktionsträger einer Hochschule zusätzliches Gehalt in Form einer Zulage oder eines konstanten Leistungsbezugs erhält. Wir befinden uns also im Bereich der Zuständigkeit der Hochschule, mit dieser Verantwortung korrekt umzugehen. Wir haben sehen müssen, dass es auch in Konstanz Probleme gibt, die zu bearbeiten sind.

Jetzt ist es vielleicht kein ganz einfaches und auch kein traditionsreiches Handlungsfeld; denn dieses Recht ist in Baden-Württemberg seit 2005 vorhanden. Daher kann es vielleicht auch mal zu Fehlern, zu Schwierigkeiten kommen, die dann zu bearbeiten und zu beheben sind.

In Konstanz schreitet die Aufarbeitung nicht so schnell voran, wie ich es mir wünschen würde. Eine Vergleichbarkeit zwischen den Ereignissen in Ludwigsburg und in Konstanz ist nur begrenzt vorhanden. Es geht um denselben Themenkreis, aber wir haben eine andere Ausgangslage. Über manche Dinge kann man in diesem Raum nicht sprechen. Wir reden in einer öffentlichen Sitzung, und Sie müssen verstehen: Personalrechtliche Angelegenheiten kann ich hier nicht ausbreiten. Das werde ich auch nicht tun. Aber es gibt in der Grundkonstellation Unterschiede.

Das Präsidium in Konstanz ist im Vergleich zum Rektorat in Ludwigsburg aktueller betroffen. Denn es geht um Gewährungen von Bezügen, die in jüngster Zeit durch das aktuelle Präsidium erfolgt sind, während in Ludwigsburg Bezüge und Entscheidungen eines Vorgängerrektorats zu klären waren. Das ist also eine andere Ausgangslage.

Wir haben in Konstanz auch eine andere Ausgangslage bezüglich der internen Konstellation, was Anwesenheit, Im-Dienst-Sein oder personelles Know-how, das präsent ist, angeht. Daher haben wir uns, um die Handlungsfähigkeit sicherzustellen und die Bearbeitung dieser Aufgabe zu gewährleisten, entschieden, jetzt die Überprüfung der betroffenen Einzelfälle verstärkt im Ministerium selbst vorzunehmen.

Wir entlassen die Hochschule damit nicht aus ihrer eigenen Verantwortung, an dieser Frage konstruktiv mitzuwirken und insbesondere umgehend selbst dafür Sorge zu tragen, dass in die Zukunft hinein keine falschen Entscheidungen mehr erfolgen und eine korrekte Richtlinie erarbeitet wird.

Mehr lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt in Bezug auf die Hochschule Konstanz nicht sagen. Wir sind noch in der Bearbeitung und Sichtung der Fälle, die betroffen sind. Deswegen möchte ich hier keine voreiligen Schlüsse über Ausmaß oder gar Ursachen dieser Problematik ziehen.

Ich möchte zum jetzigen Zeitpunkt auch sehr deutlich sagen: Ich bin weit davon entfernt, zu glauben, dass es hier um ein

systemimmanentes, grundsätzliches Problem geht, das alle unsere baden-württembergischen Hochschulen befallen hätte. Wir reden hier über eine Kompetenz, eine Zuständigkeit, die – übrigens bundesweit – in der Hand der Hochschulen ist. Es gibt eine Unzahl von Fällen und Entscheidungen, die auf dieser Grundlage gefasst werden.

Ich habe keine Veranlassung, zu glauben, dass die Hochschulen grundsätzlich nicht in der Lage wären, ihre Verantwortung, die ihnen im Rahmen der Hochschulautonomie zukommt, im Rahmen von Recht, Ordnung und Gesetz korrekt wahrzunehmen. Ich habe im Moment keine Veranlassung dazu.

Aber ich verstehe die Frage durchaus. Ich verstehe nach einer solchen Presseberichterstattung und einem solchen Ereignis die Frage durchaus und bin im Gespräch mit allen unseren Hochschulen darüber, welche geeigneten Maßnahmen sie auch selbst treffen, um absolut Gewähr dafür zu bieten, dass sie in der Lage sind und dafür einstehen, dass Hochschulautonomie nicht jenseits, sondern innerhalb von Recht und Gesetz wahrgenommen wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Ministerin, Sie haben eben die Unterschiede zwischen den Ereignissen in Konstanz und in Ludwigsburg hervorgehoben. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, stand in beiden Fällen zu Beginn eine Richtlinie, die nicht in Ordnung war – um das einmal so unspezifisch zu sagen.

Haben Sie, hat Ihr Haus in der Vergangenheit nach den Erfahrungen mit Ludwigsburg etwas unternommen, um sich über die Richtlinien für die Zulagenpraxis, die an den Universitäten und den anderen Hochschulen im Land Gültigkeit haben, selbst Einblicke, Kenntnisse zu verschaffen? Wenn Ihr Haus aktiv geworden ist, wie ist man da vorgegangen? Hat man alle Homepages angeklickt, hat man einmal eine Sitzung einberufen? Oder haben Sie jeweils Kontakt mit den einzelnen Universitäten und den anderen Hochschulen aufgenommen? Das ist die eine Frage.

Der zweite Frage: Ist zu erwarten, dass es möglicherweise noch mehr Fälle geben wird, die nach den Ereignissen in Konstanz in der Presse auftauchen werden?

Danke schön.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich habe zu dieser Frage im Untersuchungsausschuss schon einmal ausführlich Stellung bezogen und möchte gern die Gelegenheit nutzen, noch einmal darauf zu verweisen, dass es zu der Frage der Zulagengewährung, der Zuständigkeit, der rechtlichen Grundlagen, die da eine Rolle spielen, eine ausführliche Stellungnahme gibt, die auch einsehbar ist. Dennoch werde ich gern die Gelegenheit nutzen, in Kürze zu einigen Punkten noch einmal etwas zu sagen.

Wir haben uns in Baden-Württemberg gemeinsam mit allen Fraktionen entschieden, das Thema „Leistungsbezüge und Zulagengewährung“ in einer sehr umfassenden Weise in die Hände der Hochschulen zu legen. Das bedeutet, im Rahmen der entsprechenden Gesetze und Erlasse ist die Hochschule selbst, und zwar das Präsidium bzw. das Rektorat, zuständig, diese

(Ministerin Theresia Bauer)

Entscheidungen zu treffen. Dazu kann man eine Richtlinie erlassen. Man muss noch nicht einmal eine Richtlinie dazu erlassen. Aber man hat die Fälle, die Entscheidungen, in seinen Unterlagen ordentlich zu begründen, zu dokumentieren.

In den meisten Rektoraten gibt es Richtlinien. Deswegen: Wenn es eine fehlerhafte Praxis gibt, hat sie in der Regel auch etwas mit einer fehlerhaften Richtlinie zu tun.

Wir haben im Land entschieden, dass die Entscheidung über Richtlinien eine Angelegenheit der Hochschulen ist. Diese Richtlinien werden nicht dem Ministerium angezeigt, sie werden nicht vom Ministerium genehmigt. Daher gibt es auch keine routinemäßigen, regelmäßigen Gesamtüberprüfungen. Wir haben uns im Landtag bewusst dazu entschieden, diese Zuständigkeit bei den Hochschulen zu belassen.

Die Rechtsaufsicht liegt dennoch im Ministerium, um sicherzustellen, dass im Rahmen der Gesetze agiert wird – trotz der Erstzuständigkeit der Hochschulen, dies korrekt zu tun.

Wir gehen bislang so vor, dass wir immer dann intervenieren, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass etwas nicht in Ordnung ist. Es kann Hinweise von Hochschulmitgliedern geben, die sagen: „Wir haben den Eindruck, da stimmt etwas nicht.“ Auch Hochschulleitungen selbst kommen auf uns zu und sagen: „Es wäre uns recht, wenn Sie einmal einen Blick darauf werfen, ob diese Handhabung so in Ordnung ist.“

Es gibt auch den umgekehrten Weg von unserer Seite, dass wir in Dienstbesprechungen zu dem Thema anhand von einzelnen Problemlagen, die bekannt geworden sind, Dinge klären. Das sind Dienstbesprechungen mit den Kanzlern, es sind Dienstbesprechungen mit den Rektoren. Ich weiß nicht, wie oft das in der letzten Zeit der Fall war: Wenn ich Hochschulmitgliedern, insbesondere Rektoren, begegnet bin, habe ich gesagt – ich möchte noch einmal darauf hinweisen: wenn wir im Rahmen der Hochschulautonomie Zuständigkeiten an die Hochschulen geben, erwarten wir auch, dass sie verantwortungsvoll damit umgehen –: „Sorgen Sie dafür, schauen Sie darauf, dass Ihre Praxis und Ihre Richtlinien den Gesetzen entsprechen.“ Es gibt also selbstverständlich auch Ansprachen von unserer Seite.

Wenn wir davon Kenntnis erhalten – auf welchem Weg auch immer –, dass eine Richtlinie nicht in Ordnung ist, dann intervenieren wir auch, sprechen die Hochschulen darauf an und geben auch eine Rückmeldung zu einer Richtlinie und sagen: „Schauen Sie sich das noch einmal an. Wir beraten gern.“

In diesem Sinn ist es immer mal wieder – nicht erst in jüngster Zeit, sondern immer mal wieder – zu Gesprächen über die Praxis der Vergabe von Zulagen und der Gestaltung von Richtlinien gekommen.

Auch aus dieser Praxis heraus möchte ich noch einmal unterstreichen: Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt keine Veranlassung, zu glauben, dass hier ein systemimmanentes Versagen vorliegt. Ich kann Ihnen aber auch zusichern – mir macht es ja auch keine Freude, dies zu lesen;

(Lachen des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

ich weiß, wie es draußen ankommt, jetzt von den Problemen in Konstanz zu lesen –: Ich habe das größte Interesse daran –

deshalb habe ich die Hochschulen auch vor der parlamentarischen Sommerpause noch hierzu eingeladen –, mit den Hochschulen darüber zu reden, was sie angesichts der Ereignisse selbst tun, um zu gewährleisten, dass mit der Verantwortung korrekt umgegangen wird.

Ich kann Ihnen sagen: Da gibt es bei mir auch kein Vertun. Wir selbst sind da in der Verantwortung. Ich werde da nicht wegschauen, und da, wo ich Probleme sehe, interveniere ich. Ich möchte dies – auch das betone ich –, soweit das irgend möglich ist, unter Respektierung der Erstzuständigkeit der Hochschulen tun. Wenn Fehler passieren, ist das ja nicht ein Beleg dafür, dass das System – das wir grundsätzlich für richtig befunden haben, nämlich, die Kompetenz in die Hand der Hochschulen zu legen – falsch wäre. Deswegen werde ich nicht ohne Not Dinge übernehmen und werde nicht Verantwortung an mich ziehen, wenn ich glaube, dass diese vor Ort korrekt wahrgenommen werden kann.

Aber, wie gesagt, im Fall von Konstanz gibt es Anzeichen dafür, dass wir in der jetzigen Konstellation die Verantwortung nicht allein dem Präsidium überlassen können. Deswegen haben wir die Bearbeitung und Überprüfung der Ereignisse etwas stärker ins eigene Haus gezogen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Damit ist die Zeit für die Regierungsbefragung abgelaufen. Es gäbe zwar noch weitere Fragen, aber die Zeit ist um.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/47

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/2337

Berichterstatter: Abg. Reinhold Pix

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von – –

(Anhaltende Unruhe bei den Grünen – Minister Manfred Lucha unterhält sich mit Abg. Reinhold Pix GRÜNE.)

– Ich darf hier vorn um etwas Ruhe bitten. Wenn Sie etwas zu besprechen haben, können Sie das gern weiter hinten oder außerhalb des Plenarsaals tun.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Lieber Herr Kollege Bullinger, „Und jährlich grüßt das Murmeltier“: Vor fast genau einem Jahr, am 29. Juni 2016, haben wir Ihren Entwurf zur Änderung des Fischereigesetzes bereits hier im Plenum debattiert. Der einzige Unterschied zu damals: Der Kollege Gall von der SPD hat

(Reinhold Pix)

noch einen ähnlichen Antrag, nämlich zum Nachtangelverbot, eingebracht. Der nahende Bundestagswahlkampf macht sich offenbar auch bei uns im Ländle bemerkbar.

Herr Bullinger, es bleibt dabei – ich kann nur wiederholen, was ich bereits vor einem Jahr gesagt habe –: Ihr Gesetzentwurf ist durchschaubar und hat leider keine Aussicht auf Erfolg.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie wollen wissen, warum. Erstens: Für Gesetzesänderungen benötigen Sie eine breite gesellschaftliche Debatte. Da reicht das Gespräch mit den Fischereiverbänden einfach nicht aus. Kennen Sie denn überhaupt die Position der Tier- und Naturschützer?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von Frau Rastätter, oder wie?)

Wäre zweitens diese Gesetzesänderung ein wirkliches Anliegen, würden Sie auf uns, die Regierungsfractionen, zukommen und sich ernsthaft um Mehrheiten bemühen.

Drittens: Es gibt schlicht und ergreifend keine neuen Erkenntnisse, welche eine Neubewertung des Sachverhalts rechtfertigen würden. Deshalb muss ich leider erneut feststellen: Ihr Gesetzentwurf ist reine Selbstbeschäftigung und ein billiger Versuch, einen Keil zwischen die Regierungsfractionen zu treiben.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer soll das sein, der Keil?)

Da aber nun einmal keine neuen Erkenntnisse vorliegen, gilt die Position der Vorgängerregierung aus CDU und FDP/DVP aus dem Jahr 2010 nach wie vor. Ich darf – mit Erlaubnis der Präsidentin – erneut aus der Stellungnahme des ehemaligen CDU-Ministers Köberle zu einem Antrag der SPD zitieren:

Gegen eine völlige Freigabe des Angelns zur Nachtzeit sprechen zahlreiche Gründe. Vor allem wird eine Ruhezeit für die Lebewelt an den Gewässern als erforderlich erachtet, und es ist zu befürchten, dass es bei durchgehendem nächtlichen Angelbetrieb zu größeren Schädigungen der Lebensstätten und Lebensgemeinschaften der ökologisch besonders sensiblen Uferzonen käme.

Auch wenn sich an dieser Situation bis heute nichts geändert hat, erkläre ich Ihnen aber gern noch einmal den heutigen Sachverstand.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sachverstand oder Sachverhalt?)

Fischer und Angler sind Naturschützer.

(Unruhe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ruhig!)

Wir möchten den Anglern das Angeln grundsätzlich ermöglichen. Einschränkungen erfolgen deshalb nur dann, wenn der Natur- und Tierschutz dies erfordert. Gewässerrandzonen dienen aber nun einmal zahlreichen Vogelarten als Schlaf- und Rastplätze. Das Nachtangeln stellt also einen höchst problematischen Eingriff in unsere Tierwelt dar.

Die Ersetzung des derzeitigen pauschalen Nachtangelverbots durch einen Flickenteppich aus Einzelregelungen ist – jedenfalls für uns – keine ernsthafte Alternative, wäre aber aufgrund der notwendigen Verbote in Naturschutzgebieten usw. die direkte Folge.

Ein Beispiel aus Aschendorf in Niedersachsen, welches Ihnen zufolge ja so glänzend ohne Nachtangelverbot auskommt: Dort wollten Naturschützer ein Nachtangelverbot für ein Landschaftsschutzgebiet durchsetzen. Die Angler waren aber strikt dagegen und haben eine Petition eingereicht. Herr Bullinger, ich weiß ja nicht, wie Sie das sehen, aber Unmengen an Petitionen zu lokalen Nachtangelverboten bei uns im Ausschuss – ich finde, das muss nicht sein. Ein Flickenteppich ist ein bürokratisches Monster und damit auch keine Lösung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Das schaffen wir doch ab, das Monster! So einfach ist das!)

Jetzt zum Jugendfischereischein: Ihre Forderung nach der Herabsetzung des Mindestalters für den Erwerb des Jugendfischereischeins auf sieben Jahre kommt dem Wunsch nach einem Kinderfischereischein gleich. Dagegen sprechen nach wie vor Tierschutz- und Kinderschutzgründe.

Erstens: Fische sind Wirbeltiere und damit schmerzempfindliche Wesen und müssen dementsprechend vor vermeidbarem Leid bewahrt werden. Das Tierschutzgesetz schreibt deshalb die Sachkunde für das Verletzen und Töten von Tieren vor. Genau diese Sachkunde kann von einem siebenjährigen Kind nicht erwartet werden, auch nicht unter sachkundiger Anleitung.

Zweitens: Wir wollen aus ethisch-pädagogischen Gründen das Mindestalter bei zehn Jahren belassen. Kinder können erst im Jugendalter ethisch fundierte und reflektierte Entscheidungen treffen. Bis dahin bedarf es der Entwicklung von Respekt und Achtung gegenüber allen Lebewesen. Kinder begreifen das Verletzen und Töten sonst womöglich noch als Spiel.

(Abg. Stefan Herre AfD: So ein Schwachsinn!)

Mit dieser Einschätzung ist das Land Baden-Württemberg übrigens nicht allein. In Berlin und Hamburg dürfen Jugendliche erst mit zwölf Jahren angeln, fünf weitere Bundesländer sehen den Erwerb des Jugendfischereischeins ab zehn Jahren – wie in Baden-Württemberg –, zwei ab acht und eines ab sieben Jahren vor. Das Saarland hat keine Altersbegrenzung, und in den fünf übrigen Bundesländern gibt es schlicht keinen Jugendfischereischein.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich bitte, zum Ende zu kommen.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ja. – Sie sehen, Baden-Württemberg steht dort, wo die Mehrheit der Länder steht,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Dann gehen wir im Saarland fischen!)

und zwar aus gutem Grund.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Reinhold Pix)

Ich kann Sie aber beruhigen: Sollte es neue Erkenntnisse geben und eine Novelle des Fischereigesetzes Sinn machen, werden wir einen Meinungsbildungsprozess in Gang setzen und uns intensiv mit allen Verbänden darüber austauschen, wo Reformbedarf besteht. Ohne neue Erkenntnisse aber wird es mit uns keine Veränderungen geben.

Ich fasse also zusammen: Wir lehnen die Abschaffung des Nachtangelverbots aus Naturschutzgründen ab. Wir lehnen die Senkung des Mindestalters für den Erwerb des Jugendfischereischeins auf sieben Jahre aus Gründen des Tier- und des Kinderschutzes ab.

Der Gesetzentwurf der FDP/DVP ist unausgegoren und zu kurz gedacht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das Saarland hat doch gar keine Fische! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hagel.

Abg. Manuel Hagel CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten von linker Zerstörungswut auf unseren Straßen, von Rechtspopulismus in unseren Parlamenten, von weltweiter Terrorgefahr diskutieren wir heute nach dem Sommer 2016 zum wiederholten Mal auf eine Initiative der FDP/DVP-Fraktion hin über Fragen des Jugendfischereischeins und des Nachtangelverbots.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: So ist es!)

Das einzige Mal, das mir in Erinnerung ist, dass sich die Südwest-FDP mit solcher Vehemenz und solcher Inbrunst für ein Gesetzesvorhaben ins Zeug gelegt hat, war, als es im Bund um die berühmt-berüchtigte Hotelsteuer ging.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Ich möchte nun gar nicht darauf eingehen, wie die Geschichte für Sie damals ausgegangen ist. Im Gegenteil: Als leidenschaftlicher Angler freue ich mich, dass Sie die in der Tat wichtigen Fragen rund um den Jugendfischereischein und das Nachtangelverbot offenbar zum Hauptanliegen Ihrer Oppositionsarbeit erklärt haben. Dass wir Fischer nun allerdings sozusagen ins Wahlkampfvisier der Südwestliberalen geraten sind, irritiert mich und macht mir, ganz ehrlich, mit Blick auf das, was letztes Mal passiert ist, als Sie sich besonders liebevoll um eine Gruppe gekümmert haben, auch etwas Sorge.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Da würde ich auch in Deckung gehen!)

Meine Damen und Herren, nun aber zum Gesetzentwurf: Die Freien Demokraten fordern erneut, das Mindestalter für den Erwerb des Jugendfischereischeins von zehn auf sieben Jahre abzusenken. Jugendliche sollen sich damit frühzeitig für die Natur und das Angeln begeistern

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

und an den Angelsport herangeführt werden. Die derzeitige Regelung sieht vor, dass Jugendliche unter zehn Jahren nur als Helfer eines volljährigen Fischereischeininhabers agieren dürfen. Zwischen zehn und 16 Jahren können Jugendliche ohne Prüfung einen Jugendfischereischein erhalten, der zur Ausübung des Angelsports in Begleitung eines volljährigen Fischereischeininhabers berechtigt.

Gleichzeitig fordern Sie eine Aufhebung des Nachtangelverbots. Hier wird u. a. damit argumentiert, dass dieses Verbot – ich zitiere – „eine überholte Regelung“ sei. Ganz abgesehen davon, dass die Begründung in Ihrem Gesetzentwurf denkbar schwach ist, sprechen durchaus valide Gründe für eine Freigabe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was sind „valide Gründe“?)

So sind etwa auch viele natürliche Fressfeinde der Fische eher nachtaktiv. Um im Wahlkampfduktus der FDP zu bleiben, könnte man hier sogar eine Diskriminierung der Anglerinnen und Angler gegenüber den nächtlichen Naturnutzern anführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Sie merken, ich sehe die Sache sehr entspannt. Die CDU hat hier sicher weniger Vorbehalte, als es sie vielleicht in anderen Reihen in diesem Haus gibt. Ich sehe aber auch, dass es sich die FDP/DVP hier deutlich zu leicht macht. Es geht Ihnen von der FDP/DVP nämlich gar nicht in erster Linie um die Anglerinnen und Angler im Land. Vielmehr sind Ihre Initiativen typisches Wahlkampfgebaren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Anglerinnen und Angler sind nur Ihr Vehikel. Ein solch durchsichtiges Manöver bringt uns in der Sache kein Stück weiter, meine Damen und Herren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was wollen Sie?)

Sie haben sich im letzten Jahr offenbar nicht einmal die Mühe gemacht, zumindest zu versuchen, die offenen Fragen zu diskutieren und zu beantworten. Davon gibt es nach wie vor viele.

Auch wenn der Landesfischereiverband inzwischen gegen das Nachtangelverbot plädiert, bleibt die Frage: Warum haben sich vor wenigen Jahren bei Umfragen nur 8 % der Mitglieder für die Aufhebung des Nachtangelverbots ausgesprochen? Was passiert bei einer Aufhebung des Nachtangelverbots an den gerade nachts besonders sensiblen Ufern mit Flora und Fauna? Gibt es Beeinträchtigungen beim Vogelschutz? Und wie werden FFH-Gebiete insgesamt tangiert? Ich frage wohlgehemmt selbst als Angler: Sollten solche Belange nicht zuallererst mit den Beteiligten diskutiert werden?

Ähnlich verhält es sich mit Ihrem zweiten Vorstoß, der Herabsetzung des Mindestalters für den Erwerb des Jugendfischereischeins. Ist es tatsächlich sinnvoll, dass bereits Siebenjährige lebendige Fische abködern, betäuben und töten sollen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Manuel Hagel)

All das sind Fragen, die nach wie vor offen sind. Hier gibt es Positionen, die gehört werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, bevor wir in eine mögliche Gesetzesänderung gehen, sollten wir uns ein umfassendes Bild verschaffen und dann zielführend diskutieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr habt ein Jahr Zeit gehabt! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Rolland?

Abg. Manuel Hagel CDU: Klar.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Frau Kollegin.

(Zurufe)

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich habe folgende Frage an Sie: Ist Ihnen bekannt, dass wir die Themen „Aufhebung des Nachtangelverbots“ und „Herabsetzung der Altersgrenze für den Erwerb des Jugendfischereischeins“

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Davon reden wir ja gerade!)

bereits seit sechs Jahren hier im Land gemeinsam mit den Landesfischereiverbänden diskutieren?

Abg. Manuel Hagel CDU: Sie diskutieren darüber, ja, aber eben nicht mit den Beteiligten, und Sie schließen diese Themen vor allem nicht zielführend ab.

Bevor wir in eine mögliche Gesetzesänderung gehen, sollten wir uns hier ein umfassendes Bild verschaffen. So verstehen wir verantwortungsvolles Handeln für unser Land. Das sind wir den Kindern, der Umwelt sowie den Anglerinnen und Anglern schuldig.

Angeln ist ein wunderbares Handwerk. Es ist eine Philosophie, um es mit dem Schriftsteller Peter Bamm zu sagen: „Angeln ist die einzige Philosophie, von der man satt wird.“ Die Hobbyfischerei ist eine kulturelle Bereicherung für unser Land. Sie ist praktisch gelebter Naturschutz und verknüpft Fähigkeiten und Wissen aus ganz unterschiedlichen Bereichen.

Weil die Fischerei in unserem Land so großartig ist, werden wir uns zu gegebener Zeit mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigen und eine gute und ausgewogene Lösung finden. Daher ist die Fischerei in Baden-Württemberg und sind die Anglerinnen und Angler zu schade für diesen unausgegorenen Wahlkampfentwurf der FDP/DVP. Wir lehnen ihn deshalb ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war ein leichtes Hagelgewitter! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Schlechtwetter! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Herre.

Abg. Stefan Herre AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Möchten Sie ganz kurz von der Politik abschalten und sich erinnern, wie Sie Huckleberry Finn als Film gesehen oder als Buch gelesen haben? Wie alt waren die Personen in dem Film oder Buch?

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ich habe den „Hobbit“ gelesen!)

Sechs, acht oder zehn Jahre? Egal! Sie hauen aus verschiedenen Gründen ab vor Erwachsenen, die ihnen das Leben schwer oder unmöglich machen mit ihren Regeln, Vorschriften, Ansprüchen und ihnen zu wenig Freiheiten lassen. Das Fischen jedenfalls spielt dabei eine wichtige Rolle. Der Mississippi liefert in ein paar Minuten mehr Fische, als sie an dem Abend essen können.

Meinen Sie, liebe Grüne, mit einer Naturschutzpädagogik à la Fräulein Rottenmeier und einem dauererhobenen Zeigefinger – „Das darfst du erst, wenn du zehn Jahre alt bist“ – können Sie Kinder für den Naturschutz, für Naturerleben und den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur begeistern? Möchten Sie Ihr Image als Verbotspartei schon bei den unter Zehnjährigen festigen? Die Grünen, die Naturschutz als Ersatzreligion betreiben, sind das Problem.

(Beifall bei der AfD)

Die CDU hat ein Problem, freilich ein hausgemachtes;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, das ist klar!)

denn – wer rechnen kann, ist im Vorteil – 42 plus 21 plus 12 ergibt 75 Sitze von CDU, AfD und FDP/DVP in diesem Hohen Haus gegenüber 66 Sitzen von Rot-Grün. Damit hätten wir in diesem Landtag eine eindeutig konservativ-bürgerlich-liberale Mehrheit –

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Jesses Gott!)

wenn der CDU ihre konservativen Wurzeln und Wähler wichtiger wären als Koalitionsvorgaben aus Berlin.

(Zuruf: Niemals! – Zuruf von den Grünen: Was hat das mit Berlin zu tun?)

Die Folge: Die CDU muss sich nicht nur bei Schule, innerer Sicherheit, Verkehr und Energiepolitik,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sondern jetzt auch noch bei einer solchen Petitesse – wie darf ein Kind mit neun Jahren die Angel halten? – von den Grünen vorführen lassen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wann schütteln Sie sich aus diesem grün-schwarzen Alptraum wach und besinnen sich, wohin Sie wirklich gehören?

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ja, genau! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Stellen Sie doch eine Kleine Anfrage!)

(Stefan Herre)

Mit welchen Werten und Positionen haben Sie, die CDU, in den letzten 56 Jahren Wahlen in Baden-Württemberg gewonnen?

(Zurufe)

Noch eine Frage stellt sich beim Angeln durch Kinder. In Kurzform: Kormoran oder Kinder, wer ist uns wichtiger?

(Zuruf: Genau!)

Wie muss die grün-schwarze Koalition gestrickt sein, dass wir einen erst seit 1994 eingewanderten Vogel ungehindert Fische fressen lassen, den Eltern oder Großeltern aber den Angelschein abnehmen, wenn sie ihre Kinder die Angel halten lassen?

(Beifall bei der AfD)

Die Kormoraninvasion geht erfolgreich weiter. Von 2011 bis 2016 ist die Population um 30 % auf 1 126 Brutpaare gewachsen. 1 126 Brutpaare sind 2 252 Vögel, von denen jeder 300 bis 500 g Fisch pro Tag frisst. Das sind auf das Jahr gerechnet gut 300 t Fisch, die wir, die AfD-Fraktion, lieber

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Selber essen!)

die Kinder angeln lassen würden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Um Gottes willen!)

Liebe Grüne, wenn Ihnen der Kormoran wichtiger ist als die Kinder, dann sage ich Ihnen: Lassen Sie sich lieber vom Kormoran wählen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Der frisst aber dann die AfD!)

Wir kümmern uns in der Zwischenzeit um die vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen, die bei der Wiederansiedlung von Fischen in der Jagst mit viel Einsatz helfen. Diese sind unsere besten Kontrolleure der Gewässer und der Wasserqualität. Ihnen liegen seit vielen Jahrzehnten Natur und Heimat am Herzen, und sie tun ganz praktisch etwas dafür. Dafür sind wir von der AfD in dieses Parlament gewählt worden, dafür stehen wir und erheben unsere Stimme der Vernunft im Stuttgarter Landtag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach Gott, ach Gott!)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Gall.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Feuerwehrmann!)

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich muss leider feststellen: Der Klamauch des heutigen Morgens scheint sich fortzusetzen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU)

und zwar nicht nur – es tut mir wirklich leid – seitens der AfD. Es ist geradezu lächerlich – das muss ich sagen –, beim Fischereigesetz – egal, welche Position man vertritt – von „Kormoran oder Kinder?“ zu reden. Aber ich will ausdrücklich auch sagen: Die Argumentation, diesen Gesetzentwurf irgendwie in den Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf zu bringen, ist ja auch nicht so viel besser.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Völlig schräg!)

Denn wer glaubt denn wirklich ernsthaft, dass im Bundestagswahlkampf das Fischereigesetz von Baden-Württemberg eine relevante Rolle spielen wird? Ich glaube es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Die AfD!)

Wenn dann lang fabuliert wird, Herr Hagel, dass dieser Gesetzentwurf – es ist der Gesetzentwurf der FDP/DVP; es ist gar nicht der unsrige –

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Dass von euch nichts kommt, wissen wir ja!)

unausgegoren und unausgewogen sei und dass man da bestimmte Einwände nicht ausreichend berücksichtigt habe, dann muss ich Ihnen einfach sagen: Die erste Lesung – das wurde gesagt – liegt über ein Jahr zurück. Es war also ausreichend Zeit, um das Für und Wider abzuwägen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD und Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau!)

und dann vielleicht in der Zwischenzeit, nach der ersten Lesung, Herr Pix, auch eigene Vorschläge einzubringen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb ist auch Ihr Argument da wirklich an den Haaren herbeigezogen.

Ich muss sagen, wenn man das Für und Wider abwägt – wir haben nicht nur mit Anglerinnen und Anglern gesprochen, sondern auch mit Vertretern des Naturschutzes, wir haben den Städtetag und den Landkreistag zu diesem Thema gehört, also die unteren Fischereibehörden –,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber nicht eine Stunde nach Sonnenuntergang!)

dann findet man, aus meiner Sicht jedenfalls, keine fachlich und sachlich nachvollziehbaren Gründe, um gegen diesen Vorschlag der FDP/DVP zu argumentieren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Im Übrigen führt auch die Landesregierung – das haben Sie erwähnt – auf unseren Antrag hin, den wir gestellt haben, keinen einzigen Grund an, der gegen die Änderung des Fischereigesetzes spricht.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Aber auch keinen dafür!)

(Reinhold Gall)

Das einzige Argument, das genannt worden ist, lautet, es sei 2012 schon einmal abgelehnt worden. Das steht in der Stellungnahme zu unserem Antrag. Ich finde, das ist ein sehr dürftiges Argument

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

in der Auseinandersetzung mit einem Gesetzentwurf.

Nachgeschoben wurde dann seitens der Landesregierung in der Stellungnahme zu unserem Antrag ein Hinweis auf Tierschutzbelange, aber auch nur als Pauschalbegriff ohne irgendeine Begründung.

Wir sind nun wirklich der Auffassung, dass das Verantwortungsbewusstsein – weil auch der Föderalismus angesprochen wurde – der Eltern in Baden-Württemberg, der Jugendlichen in Baden-Württemberg und der Kinder in Baden-Württemberg mindestens genauso groß ist wie das in anderen Bundesländern, die solche Regelungen, wie sie der FDP/DVP-Gesetzentwurf vorsieht, schon haben.

Warum wir den Eltern, den Jugendlichen und den Kindern in unserem Land einen verantwortungsbewussten Umgang beim Angeln nicht zutrauen sollten – auch mit Wirbeltieren; ja, Wirbeltiere werden getötet; das ist ganz einfach wahr –, warum wir ihnen nicht zutrauen sollten, verantwortungsbewusst mit Natur und Umwelt umzugehen, das bleibt mir schlicht und ergreifend schleierhaft.

Ich muss sagen, bei der Regelung, die vorgesehen ist, ist doch völlig klar: Kinder sind beschränkt geschäftsfähig ab sieben Jahren. Beschränkt geschäftsfähig heißt: mit Einverständnis und Zustimmung der Eltern. Also, es liegt in der Hand der Eltern, ob ihre Kinder das dürfen oder nicht. Nicht mehr und nicht weniger soll der Gesetzentwurf letztendlich ermöglichen.

Es liegt in der Verantwortung der Eltern, zu sagen: Meinem Kind traue ich das zu; das hat mit sieben Jahren schon die Reife, die Fähigkeiten zum Angeln. Da steht noch lange nicht drin, dass die Tiere dann von dem Sieben-, Acht- oder Neunjährigen auch getötet werden müssen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das steht überhaupt nirgends drin, sondern das liegt wiederum im Verantwortungsbewusstsein der Eltern bzw. der Begleitperson, die ebenfalls vorgeschrieben ist. Eine Regelung, bei der das Verantwortungsbewusstsein der Eltern in den Mittelpunkt gestellt wird, wo eine erwachsene Begleitperson mit Sachkunde dabei sein muss, halte ich für eine ausgesprochen gute Regelung. Wenn wir das in vielen anderen Fällen auch hätten, dann wäre die Welt wahrscheinlich sogar ein Stückchen besser, als sie gerade ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will auch sagen: Wenn es gelingt – ich glaube, das wäre eine Möglichkeit des Gelingens –, Kindern in diesem Alter schon Verantwortung zu geben und bei ihnen Verantwortungsbewusstsein zu wecken für etwas, was nun wirklich viele Fischerei- und Anglervereine betreiben, nämlich für Natur- und

Umweltschutz, wäre das ein Erfolg. Ich wage die Behauptung: In dem Wahlkreis eines jeden Abgeordneten und einer jeden Abgeordneten finden Sie Projekte eines Fischerei- oder Anglervereins im Bereich Biotopanlagen oder anderen Schutzanlagen, im Bereich der Gewässerpflege, beim Anlegen von Gewässer- und Fischereilehrpfaden und all solchen Dingen.

Im Übrigen sei auch in Erinnerung gerufen: Häufig sind es auch die Fischerei- und Anglervereine, die das Regulativ vor Ort sind, die sich einmischen, wenn eine zum Teil wirklich auswachsende und immer größer werdende kommerzielle Nutzung der Gewässer angestrebt wird. Dieses Regulativ möchte ich auch nicht missen. Kinder auch da frühzeitig mit in Verantwortung zu nehmen, das halte ich und halten wir für eine ausgesprochen gute Sache.

Meine Damen und Herren, was das Nachtangelverbot anlangt: Ja, es mag Bereiche geben, wo Gründe dafür sprechen, es aufrechtzuerhalten. Das müssen wir aber nicht im Gesetz regeln. Das ließe sich auch untergesetzlich regeln, beispielsweise in Naturschutzgebieten durch entsprechende Schutzverordnungen.

Letztendlich ist dieses Gesetz auch dazu da – ich sage es einmal bürokratisch –, das Fischereigesetz zu entschlacken. Deshalb werden wir dem Gesetz zustimmen.

Man könnte es auch ganz pragmatisch betrachten: Ohne dieses Für und Wider, diese sachliche Auseinandersetzung mit dem Naturschutz und der Frage, ob Kindern so etwas zuzutrauen ist, könnte man es auch pragmatisch lösen. Mit „pragmatisch“ meine ich: Solange das Kind größer ist als der Fisch, sehen wir da kein Problem.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Bullinger.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da ist der Fisch zumindest immer kleiner in unserer Region!)

– Herr Kollege Zimmermann, Sie wissen, dass Sie erneut auf meinem Abgeordnetenplatz sitzen.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank, Herr Kollege Gall. Sie haben exzellent ausgeführt, worauf es ankommt. Dem ist überhaupt nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann können Sie sich ja wieder hinsetzen!)

Was traurig ist, meine Damen und Herren: Ich habe die Reden der Ersten Beratung nachgelesen. Wenn man sich damit auseinandersetzt, dann spricht alles dafür, dass man diesen Entwurf so verabschiedet, wie wir ihn eingebracht haben. Es ist schon traurig, Herr Hagel: Ihre Rede ist ja wirklich verhält.

(Dr. Friedrich Bullinger)

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Denn wenn man ein Jahr Zeit hat und nichts bietet, dann muss man hier nicht so auftreten.

Herr Kollege Pix hat gesagt, es habe für ihn nichts Neues gegeben, er habe nichts dazugelernt. Ich kenne Ihre Lernfähigkeit doch wirklich zu wenig.

Aber noch einmal: In der ersten Lesung wurde das klar dargestellt. Wir haben in der letzten Woche im Landwirtschaftsausschuss sehr umfangreich und gut diskutiert. Wer sich die Beschlussempfehlung anschaut, erkennt: Da sind inhaltlich die Dinge wirklich gut abgehandelt wie selten in einer Beschlussempfehlung. Dafür auch den Kollegen aller Fraktionen herzlichen Dank. Auch hier ist klar und deutlich, dass alles dafür spricht.

Meine Damen und Herren, aus den Antworten von FDP und SPD, die wir bundesweit eingeholt haben, ergibt sich Ähnliches; es spricht alles dafür, dass wir sachlich richtig liegen. Ich meine, dass die Ausführungen – das will ich hier auch noch einmal wiederholen – des Präsidenten des Landesfischereiverbands Baden-Württemberg, unseres Kollegen von Eyb, vom 16. April noch einmal klar und deutlich hier angesprochen werden müssen. Denn er hat klar und deutlich gesagt, dass das Mindestalter sieben Jahre betragen sollte und dass das Nachtangelverbot aufgehoben werden sollte. Dem ist nichts hinzuzufügen. Da liegt er richtig. Denn die Angler, der Landkreistag und die anderen Beteiligten, bei denen wir eine Abfrage vorgenommen haben, insbesondere der Deutsche Angelfischerverband als Dachverband, der Tausende von Mitgliedern hat, haben dies alle bestätigt.

Meine Damen und Herren, alle, auch die CDU in diesem Haus – davon bin ich überzeugt –, sind dieser Meinung.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Leider unterwirft sich die CDU hier einmal mehr den Ideologien der Grünen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Das ist ein weiteres Beispiel, dass die Grünen hier in dieser Koalition die Hosen anhaben, wie Sie, Herr Kollege Stoch, heute Morgen schon gesagt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Was wir wollen, ist klar. Das hat Herr Gall gerade noch einmal dargelegt. Auch eine Absenkung des Mindestalters ist gerechtfertigt.

Ich darf darauf hinweisen, was der Dachverband, der Deutsche Angelfischerverband, dazu gesagt hat. Er ging auf die Regelungen zur Fischereiausübung durch Kinder und Jugendliche in den 16 Bundesländern ein. Kollege Pix, wir müssen das einmal abklären. Aus dem, was in der Stellungnahme des Deutschen Angelfischerverbands vom 9. Juni 2017 aufgearbeitet wurde, geht ganz klar hervor: Die Regelungen zur Fischereiausübung durch Kinder und Jugendliche sind in den 16 Bundesländern unterschiedlich. Dabei bieten fast alle Bun-

desländer Möglichkeiten, welche es Kindern schon im frühen Alter erlauben, Fischerei auszuüben.

In Baden-Württemberg beträgt das Mindestalter zehn Jahre, in Bayern gibt es kein Mindestalter, in Berlin gibt es kein Mindestalter, in Brandenburg beträgt das Mindestalter sieben bzw. acht Jahre, in Bremen gibt es kein Mindestalter, in Hessen gibt es kein Mindestalter, in Hamburg gibt es kein Mindestalter. Ich könnte es noch weiter ausführen. Es sind eigentlich überall vergleichbare Regelungen. Am besten gefällt mir das, was in Reinland-Pfalz – fünf Jahre rot-grün regiert, jetzt von einer Ampelkoalition – festgelegt ist. Dort gilt ein Mindestalter von sieben Jahren – wie wir es in unserem Gesetzentwurf vorgesehen haben –, und zwar in Begleitung eines erwachsenen Fischereiausübungsberechtigten. Das müssen wir abklären. Ich weiß es nicht. Vielleicht ist das Ministerium kundiger.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Haben Sie das nicht geklärt?)

– Er bringt doch diese Dinge rein.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir haben das abgeklärt.

Ich gehe davon aus, dass der deutsche Dachverband, der uns dies vor wenigen Wochen mitgeteilt hat, nicht falsch liegt.

Ich will noch darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass ein Punkt überhaupt nicht berücksichtigt wird, nämlich dass es, wenn man die Kinder erst mit zehn Jahren heranführt, zu spät ist. Bis dahin haben sie sich für eine andere Freizeitgestaltung entschieden. Die Kinder sind dann nicht mehr dafür offen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb muss man sie früher damit vertraut machen.

Ich gehe jetzt noch kurz darauf ein, was der Landkreistag dazu sagt. In der Anhörung zum Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion äußerte der Landkreistag:

Gegen die geplanten Änderungen des Fischereigesetzes bestehen keine

– ich wiederhole: keine –

Einwände.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

An anderer Stelle heißt es:

Deshalb bestehen keine Bedenken, wenn er auch ab diesem Alter, unter Aufsicht eines volljährigen Fischereischeininhabers, der Fischerei nachgeht.

Wie gesagt: Es muss ein Erwachsener dabei sein, der die Fischereiausübungsberechtigung hat.

Zu einer Beschränkung der Fischerei in der Nachtzeit sagt der Landkreistag klar – ich zitiere –:

Die Beschränkung der Fischerei zur Nachtzeit stellt eine nicht mehr zeitgemäße Vorschrift dar.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau so ist es!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Im Fischereigesetz anderer Bundesländer, z. B. in Nordrhein-Westfalen,

– wer hat da regiert? –

ist das Nachtangelverbot nicht mehr zu finden.

Weiter heißt es:

Um das Recht innerhalb der Bundesrepublik zu vereinheitlichen und den Gestaltungsspielraum des Alltags durch Gebote/Verbote zu entzerren, wird die Streichung des § 44 Abs. 1 Nr. 11 FischG befürwortet.

Hier hat sich der Landkreistag also klar und deutlich positioniert.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: In den 15 anderen Bundesländern wird es so gehandhabt, wie wir es in unserem Gesetzentwurf vorgeschlagen haben. Dafür spricht der Sachverstand, dafür spricht die Praxis,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

die Verbände sprechen sich dafür aus, der Landkreistag spricht sich dafür aus. Alle Fraktionen bis auf die grünen Ideologen sind eigentlich unserer Meinung, auch wenn sie es nicht zugeben, meine Damen und Herren hier im Haus.

Daher ist es erforderlich, die Beschlussempfehlung, wie sie Ihnen vorliegt, abzulehnen und unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Herr Präsident, im Namen meiner Fraktion beantrage ich hierzu eine namentliche Abstimmung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach komm! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt geht es ans Eingemachte!)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fischerei ist für das Land Baden-Württemberg ein wichtiger und verlässlicher Partner beim Gewässerschutz und bei der Pflege der Pflanzen- und Tierwelt. Es geht um eine Freizeitbeschäftigung, die wir alle sehr begrüßen, aber es geht auch um ein Hobby mit einem echten Mehrwert für Tier und Natur – im Interesse des Naturschutzes.

Hierfür will ich mich zunächst einmal bei allen Fischerinnen und Fischern und den Anglern und Anglerinnen als Hobbyangler ganz herzlich bedanken,

(Beifall bei der CDU)

weil sie mehr leisten als einfach nur einem Hobby nachzugehen: Sie leisten einen aktiven Beitrag zur Gewässerökologie und Gewässerpflege, ohne die die Beschattung und Verlich-

tung der Gewässer, die Fische notwendigerweise brauchen, gar nicht möglich wäre. Die Gewässer würden zuwachsen. Das kann nicht im Interesse der Gewässerökologen sein. Sie ersparen damit dem Land und den Unterhaltungsträgern, je nachdem, ob es Gewässer erster oder zweiter Ordnung sind, auch viel Geld.

Herzlichen Dank allen, die sich ehrenamtlich für die Fische und für die Gewässer, in denen sie sich befinden, einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein Jahr nach der Ersten Beratung sehe ich für den Gesetzentwurf immer noch eher eine politische als eine sachliche Motivation. Der Antrag auf namentliche Abstimmung unterstreicht das noch einmal.

Im Kern geht es um zwei Aspekte. Zum einen sollen Jugendliche den Jugendfischereischein bereits mit sieben Jahren erwerben können – derzeit beträgt das Mindestalter zehn Jahre –, zum anderen sollen die Einschränkungen beim Angeln während der Nacht aufgehoben werden.

Was die Themenkomplexe Nachtangeln und Jugendfischereischein betrifft, so muss man diese – das sage ich ganz offen – differenziert betrachten. Ich glaube, da muss man weiter diskutieren, was sinnvoll ist. Die Anregung nehme ich einfach als Material zunächst einmal mit. Wir werden mit den Fischereiverbänden noch einmal darüber sprechen sowie auch innerhalb der Koalition.

Lieber Herr Gall, ich muss Ihnen ja wohl keinen Grundkurs in Politik geben, wie eine Koalition funktioniert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ganz sicher nicht!)

Ich kann Sie nur daran erinnern:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da kann ich mich auch erinnern!)

Es gibt eine Drucksache aus dem Jahr 2011, Drucksache 15/855, ein Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich kann auch sagen, da kann man etwas dazulernen in der Politik!)

Die Landesregierung hat damals unter Ziffer 2 gesagt – das war der wesentliche Inhalt; ich zitiere –:

Das Mindestalter zur Erlangung eines Jugendfischereischeins soll auf sieben Jahre herabgesetzt werden.

Da waren Sie als Regierungsmitglied dafür und haben das im Kabinett verabschiedet, dem Landtag zugeleitet. Es gibt noch einige andere Bestimmungen dieses Gesetzes.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was hat denn die CDU damals gemacht?)

– Das müsste ich einmal nachschauen.

(Heiterkeit)

(Minister Peter Hauk)

Interessanterweise war es dann so: Der Landtag hat – jedenfalls mehrheitlich – genau diese Ziffer 2, nämlich das Begehren, das Gesetz zu ändern, vermutlich sogar gegen die Stimmen der Union abgelehnt – die eigene Regierungsvorlage –, mit den Stimmen von SPD und Grünen.

(Abg. Thomas Dörflinger CDU: Hört, hört! – Abg. Andreas Stoch SPD: Da waren Sie doch Fraktionsvorsitzender! Das müssen Sie doch wissen!)

Also, sorry, so viel zum Thema Realitätspolitik. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr habt vor vier Wochen noch die „Ehe für alle“ abgelehnt!)

Damit zum Nachtangelverbot. Das Nachtangelverbot sehe ich schon anders, und das zeigt mir auch, wie sehr der Antrag der FDP/DVP politisch motiviert ist. Ein solch umstrittenes Thema wie das Nachtangeln mit der Jugendarbeit und der Nachwuchsgewinnung zu kombinieren ist schon bemerkenswert wagemutig.

Hier halte ich es für richtig, noch einmal die Randbedingungen in den Blick zu nehmen. Unsere Fachleute aus der Fischereiverwaltung und aus der Naturschutzverwaltung haben regelmäßig darauf hingewiesen, dass es gute Gründe geben kann, an Gewässern auf das Angeln während der Nachtzeit zu verzichten. Es ist im Moment bekanntlich so geregelt, dass bestimmte Fische wie Wels und Aale bis Mitternacht bzw. während der Sommerzeit bis 1 Uhr geangelt werden dürfen. Grundsätzlich steht damit im Sommer theoretisch ein Zeitraum von 18 Stunden zur Verfügung, in dem geangelt werden kann. Auch während der Wintermonate sind es immer noch zehn Stunden. Das scheint meines Erachtens ausreichend zu sein. Auch in Bezug auf Kontrollmöglichkeiten durch Staatsorgane ist das Nachtangeln nur wenig förderlich. Das gilt sowohl für die staatlichen als auch für die ehrenamtlichen Kontrolleure.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in allen anderen Bereichen fordern Grundeigentümer der Land- und Forstwirtschaft, Jäger – also Nutzer –, dass wir das freie Betretungsrecht der Natur beschränken und nicht weiter ausweiten. Das können wir nicht mehr, weil das freie Betretungsrecht generell gilt, und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Dort sollten wir jetzt eigentlich das Betreten im Wald einschränken – so sagen die Nutzerverbände – und nicht weiterhin den Wald Tag und Nacht nicht nur auf den Wegen, sondern generell offen halten. Das betrifft auch die Feldflur. Hier steht jetzt die Forderung der FDP/DVP-Fraktion entgegen den Eigentümerinteressen

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und auch entgegen lang gehegten überwiegenden Meinungen und Interessen der Nutzer. Denn auch die Nutzer innerhalb des Landesfischereiverbands haben dies in früheren Jahren sehr differenziert betrachtet. Auch der Landesfischereibeirat hat in seiner Sitzung vor einiger Zeit nur mit einer knappen Mehrheit dafür votiert, das Nachtangelverbot zu streichen, zu canceln. Es gibt also gewichtige Argumente für die Beibehal-

tung des Nachtangelverbots. Das kann man nicht einfach wegwischen.

Damit ist es auch keine Frage, Herr Kollege Herre – – Da muss ich schon sagen, ich bin etwas erstaunt. Das hat doch mit Konservatismus etc. überhaupt nichts zu tun, null und nichts. Sie haben gefragt, mit welchen Werten die CDU Wahlen gewonnen hat. Also, mit Ihren Werten nicht,

(Lachen und Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

und mit Ihren Werten wollen wir auch gar keine gewinnen – jedenfalls nicht so, wie Sie sie formulieren; um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wir haben in der Vergangenheit deshalb Wahlen gewonnen – und so wollen wir sie auch wieder gewinnen –, weil wir mit Sachargumenten kamen

(Zuruf von der AfD: Fangen Sie doch einmal an!)

und nicht so populistisch argumentiert haben, da, von wo es gerade am lautesten tönt und wo gerade die lautesten Stimmen auftauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, das hört sich gerade so an, als seien die Angler Krawallmacher am Wasser. Ich will hier einmal klar und deutlich sagen: Die Angler verhalten sich – bis auf vielleicht, wie überall, den einen oder anderen, der daneben liegt – in der Summe einfach vorbildlich am Wasser.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Meine Frage: Eigentum heißt im Jagdrecht Eigentum, und es heißt auch im Fischereirecht Eigentum. Das heißt: Derjenige, der die Angelkarte vergibt – ob es die Stadt, die Kommune, der Private, der Förster ist oder wer auch immer, dem das Gewässer gehört –, kann jederzeit sagen: Bei mir wird bis 14:33 Uhr oder 20:55 Uhr gefischt. Er ist nicht daran gebunden, dass er in der Nacht fischen lassen muss. Deshalb ist es auch ein Stück Eigentumsrecht, das dadurch überhaupt nicht berührt ist. Trifft das zu?

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Das trifft natürlich zu.

(Zurufe: Na also! – Unruhe)

(Minister Peter Hauk)

– Moment, Moment! Herr Kollege Bullinger, die erste Unterstellung, die Sie vorgenommen haben, noch bevor Sie die Frage gestellt haben, weise ich zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie haben mir unterstellt, ich hätte gesagt, Angler seien des Nachts per se Ruhestörer und Krawallmacher.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es hat sich so angehört!)

– So haben Sie es gesagt. Der Duktus ist das Entscheidende; das ist politisch auch durchaus geschickt. Aber ich sage ganz klar: Ich weise das zurück, weil es nicht stimmt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hörte sich so an!)

Unter dem Strich ist jede Störung eine Störung, auch wenn sie lediglich geringfügig ist. Unsere Landschaft und insbesondere unsere Gewässer sind vielfach so stark frequentiert, dass man ihnen zumindest während der Nachtzeit eine Ruhephase gönnen muss. Die Ausnahmen, dass Wels und Aale weiterhin nachts gefischt werden dürfen, gelten auch weiterhin. Trotzdem stellt auch dies eine Stresssituation für andere Fische dar.

Die Tatsache, dass es Eigentumsrechte gibt und der Eigentümer selbstverständlich auch zeitlich separat über sein Eigentum verfügen kann, trifft auch in anderer Weise zu, beispielsweise im Jagdrecht, wo Nutzung und Eigentumsrecht ebenfalls häufig auseinanderfallen. Trotzdem haben wir dort ganz klare Regeln, wie die Jagd ausgeübt werden darf – nach Jagdzeiten, nach Wildarten und dergleichen mehr. Das eine schließt das andere doch nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wenn es übergeordnete Interessen gibt, dann müssen übergeordnete Interessen seitens des Staates auch durchgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wichtige Thema Nachtangeln scheint von der FDP eher als politische Initiative zweckentfremdet zu werden. Ernsthafte Themen wie der Natur- und auch der Tierschutz werden hier vollkommen übergangen. Das werfe ich Ihnen vor, Herr Kollege Dr. Bullinger: Sie übergehen einfach die Tierschutzfragen vollständig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP schüttelt den Kopf. – Zuruf von der SPD: Thema Nationalpark! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wie soll denn verantwortungsvoll das Töten, das Angeln, die Frage der Verletzungsgefahren zu nächtlicher Stunde beurteilt werden, wenn in stockdunkler Nacht – kein Mond am Himmel – Angler draußen sind und die Angel ins Wasser werfen und irgendetwas passiert, meine Damen und Herren? So geht man mit Wirbeltieren nicht verantwortungsvoll um – um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das gilt auch für Fischer und Angler.

Wir sehen jedoch davon ab, dieses wichtige und sehr umstrittene Thema in diesem Kontext zu instrumentalisieren. Wir möchten vielmehr mit den berührten Verbänden aus der Fischerei, dem Naturschutz und dem Tierschutz die Gespräche weiterführen und gegebenenfalls weiter darüber beraten und dann auch entscheiden, und wir möchten dabei auch gesellschaftliche Entwicklungen aufgreifen, die es zweifelsohne gibt. Bei diesem Prozess und in diesem Dialog werden wir weiterhin vertrauensvoll mit den Verbänden zusammenarbeiten.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich, den von der Fraktion der FDP/DVP eingebrachten Gesetzentwurf abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/47. Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/2337, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Meine Damen und Herren, es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat der Antrag die in § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Dies ist der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/47, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Gesetzentwurf ablehnt, möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte bitte mit „Enthaltung“.

Ich bitte nun Herrn Schriftführer Dr. Weirauch, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben W. – Bitte schön, Herr Kollege.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen. Wir fahren so lange in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 16/2231

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Winfried Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Titel des Gesetzes ist lang. Die Problematik kann man auch kürzer fassen.

(Minister Winfried Hermann)

Es geht um die zukünftige Finanzierung und Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße.

Die Koalition hat sich vorgenommen, den öffentlichen Personennahverkehr im ganzen Land auszubauen – auch im ländlichen Raum. Wir wollen einheitliche Standards haben.

Wir haben uns auch das Ziel vorgenommen: Wir wollen es über eine Offensive schaffen, dass bis 2025 im ganzen Land vom frühen Morgen bis zum späten Abend mindestens ein Mal pro Stunde ein Angebot im öffentlichen Verkehr gemacht wird. Das ist unser Ziel, und mit diesem Gesetzentwurf wollen wir diesem Ziel näherkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

– Ich muss es deutlicher machen. – Wir haben im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs bereits ein Zielkonzept mit der gleichen Zielsetzung verabschiedet. Jetzt kommt es darauf an, dass die Gemeinden und die Landkreise das Andocken des ÖPNV an den Schienenpersonennahverkehr schaffen.

Das Gesetz ist zwingend notwendig, weil zum einen die bisherigen Verfahren, die bisherige Art und Weise, wie wir bzw. unsere Amtsvorgänger die Finanzströme organisiert haben, mit dem Europarecht nicht kompatibel sind. Aus rechtlichen Gründen steht also eine Korrektur an. Das Gesetz ist auch aus politischen Gründen notwendig, denn auf Dauer kann man auf der Grundlage der Schülerbeförderung keinen verlässlichen öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum anbieten. Wir wollen diese Angebote davon entkoppeln, und wir wollen die Finanzierung neu ordnen.

Das Ziel ist, jetzt endlich auch den Kommunen, also den kreisfreien Städten und den Landkreisen, die eigentlich die Aufgabenträger des Nahverkehrs sind, die Mittel und die Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand zu geben, damit sie in diesem Sinn eigenständig handeln können und ihre Aufgaben, auch die Ausgabenverantwortung, umsetzen können.

Wir glauben, dass die Vorschläge, die wir haben, jetzt auch dem rechtlichen Anspruch der Europäischen Union entsprechen und wir damit diesen unhaltbaren Zustand endlich beenden.

Ich möchte noch etwas zum Verfahren sagen. Das ist ja ein sehr langwieriges Projekt, weil man sozusagen in gewachsene Geldströme eingreift, an die sich Unternehmen gewöhnt haben. Man hat jedes Jahr pauschal bestimmte Summen bekommen. Damit haben mittlere und kleine Unternehmen natürlich auch ihren wirtschaftlichen Unterhalt bestritten; im Prinzip haben sie davon gelebt. Wenn man in eine solche Struktur eingreift, gibt es viele Betroffene. Da muss man sehr genau aufpassen, dass man nicht zu viel kaputt macht. Vielmehr muss man das neu organisieren. Man muss es fair organisieren, und natürlich muss man darauf achten, dass es einen Ausgleich gibt.

Selbstverständlich haben wir auch den Anspruch, dass nicht nur bevorzugte Räume – Räume, die heute bevorzugt sind, überwiegend städtische Räume – berücksichtigt werden. Es besteht der Anspruch, dass wir zukünftig in gleicher Weise ländliche Räume berücksichtigen und Benachteiligungen beseitigen. – Dafür bekommt man in der Regel Beifall.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Beifall bekommt man aber nicht, wenn man da eingreift und die Mittel für bevorzugte städtische Räume reduziert. Das war ein Grundproblem. Deswegen haben wir auch lange mit allen Beteiligten, mit allen Betroffenen diskutiert. Über ein zweijähriges Moderationsverfahren haben wir uns über die Grundzüge verständigt.

Ich will mich ausdrücklich bedanken, dass alle mitgemacht haben, weil die Interessen z. B. des Verbands Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer anders gelagert sind als bei den öffentlichen Verkehrsunternehmen. Die Landkreise haben wieder ein anderes Interesse als Umweltverbände oder die Landesregierung. All diese Interessen am Ende unter einen Hut zu bringen, zu vereinigen und ein Eckpunktepapier hinzubekommen, muss ich sagen, hat uns viel Mühe, Schweiß gekostet und oft auch Ärger verursacht. Aber am Ende waren wir wirklich froh, dass es geklappt hat, dass wir uns auf die Eckpunkte verständigen konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Verständigung sieht so aus, dass wir das Verfahren jetzt auf zwei Stufen verteilt haben. Wir werden zum 1. Januar 2018 die Mittel, die wir, das Land, bisher über die Regierungspräsidien direkt und pauschal an die Unternehmen vergeben haben, an die Landkreise geben. Die Landkreise müssen sie dann weiterverteilen. Aber an der Summe und an der Verteilung, bezogen auf die Landkreise, ändern wir nichts. Das bleibt alles wie bisher. Sie können sich jetzt auf ihre neue Aufgabe, auf die neue Abwicklung einstellen.

In der zweiten Stufe, ab 2021, sollen die Mittel sukzessive aufgestockt werden, und es wird dann auch einen neuen Verteilschlüssel mit verschiedenen Kriterien geben. Diese sind noch nicht konsentiert. Dazu sprechen wir aber miteinander; da gehen wir in ein Beteiligungsverfahren, um dies möglichst im Konsens zu tun. Das Ziel ist, mit den zusätzlichen 50 Millionen €, die wir dann haben werden – 25 Millionen € originäre Landesmittel und 25 Millionen € Mittel der kommunalen Seite aus dem kommunalen Finanzausgleich –, den Betrag auf 250 Millionen € zu erhöhen. Das ist aus unserer Sicht höchst überfällig, weil wir jetzt seit fast 20 Jahren immer wieder die gleiche Summe verteilt haben. Es kann ja nicht sein, dass man sagt: „Wir machen eine Offensive“, und dann kommt man mit den Beträgen von vor 20 Jahren. Das Geld ist ja längst nicht mehr das wert, was es vor 20 Jahren wert war.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Was wir festhalten und woran sich die kommunale Seite dann auch halten muss: Die kommunale Seite muss die Schülerkarten mindestens um 25 % rabattieren; das schreiben wir vor. Ansonsten können die Kommunen ihre Tarife noch mit weiteren sozialen Dimensionen ausgestalten; das liegt dann aber in deren eigener Hoheit. Wir schreiben dies als Mindestanforderung vor.

Wir hoffen und sind überzeugt, dass wir mit diesem neuen Gesetz die kommunale Selbstverwaltung sowie die Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Seite stärken. Wir geben vor Ort die Chance, den ÖPNV endlich systematisch auszubauen und nicht nur entlang von Schülerverkehrsstrecken. Es soll also gefragt werden: „Wo brauchen wir ÖPNV?“, und dieser ÖPNV soll dann geplant und ausgeschrieben werden. Dies

(Minister Winfried Hermann)

soll für alle Fahrgäste Vorteile bringen; denn wir wollen zukünftig ja nicht nur Schüler in den Bussen haben, sondern auch andere Menschen. Das können wir, meine ich, durch diese Reform erreichen.

Noch einmal: Das Ziel ist, Verwerfungen zwischen den verschiedenen Kreisen zu vermeiden. Durch die Zusatzfinanzierung im Umfang von 50 Millionen € haben wir einen Puffer, um Ausgleich zu schaffen, sodass am Ende niemand schlechter dasteht. Aber einige werden sicherlich bessere Bedingungen haben. Denn das bisherige System war extrem ungleich; niemand hat es richtig durchschaut, und man konnte nur durch mühsame Recherche im Nachhinein feststellen, dass die Mittel in sehr unterschiedlichem Umfang an die Landkreise fließen. Das Geld ist ja nicht bei den Landkreisen gelandet, sondern bei den Unternehmen, und diese wiederum legen ihre Kassen ja nicht immer offen.

Das ist also unser Anspruch. Ich glaube, wir haben ein gutes Verfahren gewählt. Wir haben auch einen breiten Konsens, und ich hoffe und setze darauf, dass wir, nachdem sich alle Fraktionen immer wieder positiv zum ÖPNV äußern, nun auch eine breite Unterstützung hier im Haus bekommen und das Verfahren sehr schnell durchziehen können, damit wir dann mit den Kriterien weitermachen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile für die Fraktion GRÜNE Frau Kollegin Zimmer das Wort zu ihrer ersten Rede.

Abg. Elke Zimmer GRÜNE: Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Busse und Straßenbahnen landesweit attraktiver machen – mit diesem Schlagwort kann man das im Entwurf vorliegende Gesetz mit dem sperrigen Namen „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Finanzausgleichsgesetzes“ überschreiben.

Verkehrspolitik muss die Mobilität der Menschen und der Wirtschaft im Land ermöglichen, und sie muss zugleich einen spürbaren Beitrag zur Reduktion klima- und umweltschädlicher Emissionen leisten. Nach Berechnungen der Bundesregierung muss der CO₂-Ausstoß im Verkehr bis zum Jahr 2030 um 40 % gegenüber 1990 sinken, damit wir die Klimaschutzziele erreichen. Daher müssen wir in Baden-Württemberg als einer der wirtschaftsstärksten Regionen alles tun, damit auch wir einen erheblichen Beitrag dazu leisten, diese Klimaschutzziele zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Einer der Hauptverursacher für das Verfehlen der Klimaschutzziele ist immer noch der Straßenverkehr. Mit dem geplanten neuen ÖPNV-Gesetz und der damit verbundenen Finanzierung leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag, damit Baden-Württemberg zum Vorreiter einer klimaschonenden Mobilität werden kann.

Daher haben wir im Koalitionsvertrag gemeinsam die ÖPNV-Offensive vereinbart. Zukünftig werden mindestens im Stundentakt von frühmorgens bis spätabends Busse und Bahnen die Ortschaften in Baden-Württemberg miteinander verbinden. Sowohl die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum als auch diejenigen in den Ballungszentren werden davon profitieren.

Genau an dieser Stelle, nämlich bei der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, setzen wir mit der heutigen ersten Lesung des Gesetzentwurfs an. Um was geht es? Die kreisfreien Städte und die Landkreise erhalten als Aufgabenträger durch die Änderung dieses Gesetzes mehr Handlungsspielräume und Geld, um den ÖPNV-Ausbau entschlossen vorantreiben zu können. Denn sie sind es, die zukünftig bestimmen werden, welcher ÖPNV in ihrer Stadt, in ihrem Landkreis der beste ist. Wir schaffen mit dieser Reform dafür eine rechtssichere und zukunftsfähige Finanzierungsgrundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Mit der Situation insbesondere im ländlichen Raum, dass Bewohnerinnen und Bewohner von manchen kleineren Ortschaften nur zwei Mal am Tag einen Bus sehen, nämlich dann, wenn der Schulbus hineinfährt, und dann, wenn er wieder herausfährt, muss Schluss sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Bisher fließen rund 200 Millionen € als Ausgleichszahlungen für verbilligte Schüler- und Auszubildendtickets direkt vom Land an die Verkehrsunternehmen und so eben in den ÖPNV. 200 Millionen €, das hört sich erst einmal viel an. Aber durch die fehlende Dynamisierung steht heute nominal weniger Geld zur Verfügung als im Jahr 2000. Deshalb bin ich froh, dass es eine Mittelaufstockung geben wird: ab dem Jahr 2021 schrittweise bis 2023 um 50 Millionen € auf insgesamt 250 Millionen €, die wir dann zur Verfügung haben.

Wir setzen auch hier um, was wir unter dem Stichwort ÖPNV-Offensive gemeinsam vereinbart haben. Mein großer Dank gilt hier den kommunalen Landesverbänden; denn die Aufstockung der Mittel wird hälftig vom Land und hälftig von den kommunalen Landesverbänden übernommen.

Für die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs bedeutet dieses Reformpaket mehr Busse im dichteren Takt im ganzen Land, günstigere Tickets im Ausbildungsverkehr oder auch höheren Komfort, z. B. durch WLAN oder durch Barrierefreiheit. Wir tragen so insgesamt zu einer qualitativen und quantitativen Verbesserung im ÖPNV bei.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In einem ausführlichen und breiten Beteiligungsverfahren – der Minister hat es gerade schon geschildert – haben wir gemeinsam mit dem Städtetag, dem Landkreistag, dem Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen diese Finanzierungsreform gestaltet. Wir haben eine Lösung erarbeitet, die für alle praktikabel ist, die vorausschauend geplant ist und von der alle Fahrgäste im Land profitieren werden. Dafür ganz herzlichen Dank an alle Beteiligten in diesem Prozess.

(Elke Zimmer)

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass sich mit dieser Reform mehr Gestaltungsspielräume für die beteiligten Akteure ergeben und dass mehr Geld ins Spiel kommt. Das heißt, mit dieser Reform arbeiten wir am grünen Herzensanliegen, klimaschonende Mobilität sachgerecht und innovativ zum Wohl der Menschen in Baden-Württemberg umzusetzen.

Wer die unbedingt notwendigen Klimaziele des Verkehrssektors erreichen will, wer die Luftqualität in den Städten wirksam und auf Dauer verbessern will, der muss jetzt Geld in die Hand nehmen, um den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Genau das tun wir mit diesem Gesetz.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Nicole Razavi und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Mobilität so zu gestalten,

(Glocke des Präsidenten)

dass Baden-Württemberg ein Wegbereiter für die Mobilität der Zukunft sein kann, das ist und bleibt Leitlinie unseres Handelns.

Danke.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Razavi.

(Abg. Nicole Razavi CDU fährt das Redepult nach unten.)

Abg. Nicole Razavi CDU: Sind Sie auch so groß? – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen den ÖPNV im Land zukunftsfest machen und stärken. Das haben sich die beiden Koalitionspartner ins Stammbuch geschrieben, in den Koalitionsvertrag. Wir sind uns einig, dass wir eher mehr als weniger öffentlichen Personennahverkehr im Land brauchen, und wir sind uns auch einig, dass der Bus das Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum bildet.

Wenn wir heute die Novelle des ÖPNV-Gesetzes diskutieren, dann ist es das Ergebnis eines sehr langen und ehrlich gesagt auch recht schwierigen, teilweise auch quälenden Prozesses, eine notwendige Änderung zu vollziehen und auf den Weg zu bringen.

Wie wir wissen, sind die Mittel nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes eine tragende Säule bei der Finanzierung des ÖPNV. Weil die bisherige pauschale Auszahlung eben dem Europarecht widerspricht, ist eine Nachfolgelösung notwendig.

Wir haben über diese Nachfolgelösung wirklich intensiv gerungen. Es ist auch kein Geheimnis, dass die jetzt vorliegende Kommunalisierung nicht gerade der Weg ist, den sich die CDU gewünscht hat. Wir hätten uns lieber eine Fortführung des Unternehmermodells gewünscht und hatten darauf auch gesetzt. Das haben wir in der Vergangenheit auch immer betont. Aber die Weichen für die Kommunalisierung haben die Vorgängerregierung und die Fraktionen von SPD und Grünen auf den Weg gebracht. Gescheitert ist sie in der letzten Legis-

laturperiode daran, dass man die Beteiligten nicht ausreichend eingebunden hatte. Gescheitert ist sie aber auch, weil die damalige Koalition die notwendigen zusätzlichen Finanzmittel – der Herr Minister und die Kollegin haben das schon beschrieben – nicht bereitstellen wollte.

In den Koalitionsverhandlungen haben wir drei Punkte zur Bedingung für unsere Zustimmung gemacht: zum einen, dass die Verkehrsunternehmen, die Verbände, die kommunalen Aufgabenträger und der Verband Region Stuttgart in diesen Prozess aktiv einbezogen werden, zum Zweiten, dass kommunale wie auch unternehmerische Interessen in dem ganzen Prozess Berücksichtigung finden, und drittens, dass das Land hierfür zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellt, sofern dies auch die kommunale Seite in gleicher Weise tut. Diese Voraussetzungen sind nun erfüllt.

Im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens kam auch ein Eckpunktepapier zustande, auf das sich alle Beteiligten geeinigt hatten und das sie auch unterzeichnet hatten. Dabei haben sie sich auf die Umsetzung der Kommunalisierung geeinigt. Das bedeutet, die Aufgabenträgerschaft und die finanzielle Verantwortung werden jetzt zusammengeführt.

Auf dieser Grundlage ist also eine konsensorientierte Lösung zwischen den Fraktionen, der Landesregierung, den Unternehmen und den kommunalen Landesverbänden gefunden worden. Das Land bringt mit 25 Millionen € pro Jahr massiv zusätzliches Geld ein. Auch die kommunale Seite engagiert sich in derselben Höhe. Das heißt, dass wir im Zielzustand bis zum Jahr 2023 statt nun 200 Millionen € dann 250 Millionen € zur Verfügung haben werden.

Den ersten Schritt der Reform gehen wir nun mit der Änderung der rechtlichen Grundlagen. Entscheidend ist für das Gelingen aber auch, wie die Reform in den nächsten Jahren umgesetzt wird. Der Verteilungsschlüssel muss zum 1. Januar 2021 neu gestaltet werden. Wir, die CDU-Fraktion, werden darauf achten, dass die Interessen der Ballungsräume und der ländlichen Räume hier in Einklang gebracht werden, dass die Umsetzung der Ausschreibungen die mittelständische Busunternehmerlandschaft in unserem Land weiterhin im Auge behält. Denn auch die Busunternehmer sollen in der Zukunft in der Lage sein, sich zu beteiligen und Leistungen zu erbringen.

(Beifall bei der CDU)

Dafür haben die beiden Regierungsfractionen angeregt, einen Pakt für den Mittelstand im ÖPNV zu schließen, der auch bundesweit Modellcharakter hätte. Dies soll unter Beteiligung des Landes, der Unternehmerverbände und der kommunalen Landesverbände als Aufgabenträger geschehen. Ziel ist, die Vergabe der Busverkehre mittelstandsfreundlich zu gestalten, also die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der Mittelstand auch weiterhin den Busverkehr gestalten wird und eine faire Chance auf dem Markt hat.

Wir, die CDU-Fraktion, regen als Maßnahmen an, die Liniensbündel so zuzuschneiden, dass auch kleinere Busunternehmer die Chance haben, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen, dass von der europarechtlichen Möglichkeit der Direktvergabe an Mittelständler und KMUs Gebrauch gemacht wird und dass die Einhaltung der Tariftreuepflicht nicht nur in den Vergabeverfahren gefordert wird, sondern an entschei-

(Nicole Razavi)

dender Stelle auch kontrolliert wird und Verstöße sanktioniert werden. Dazu gehört auch eine transparente und einheitliche Genehmigungspraxis, z. B. durch eine Verwaltungsvorschrift.

Ich denke, mit diesen Voraussetzungen und mit diesem Pakt für den Mittelstand sind wir auf einem guten Weg – wie gesagt, wir alle kämpfen für einen guten ÖPNV –, und ich bin mir sicher, dass das auch in Zukunft gelingen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die AfD ist selbstverständlich für den Ausbau des ÖPNV, für einen guten, starken und bezahlbaren Ausbau. Diese Gesetzesnovelle – ich möchte den Titel nicht noch einmal vorlesen, sonst sind die fünf Minuten um – erinnert mich etwas an die Aufhebung des Ordnungsrahmens für das Speditionsgewerbe vor gut 20 Jahren. Auch dort wurde sehr viel mit uns Unternehmern gesprochen, wurde uns sehr viel zugesprochen, und es wurden uns Ängste genommen und versichert, dass alles harmonisch weitergehen werde und harmonisiert werde. Das hat sich bis heute leider in meinem Gewerbe nicht bewahrheitet, und ich hoffe nicht, dass es für die Auftragnehmer im öffentlichen Personennahverkehr ähnlich laufen wird.

Ich habe mir diesen Gesetzentwurf zwei-, dreimal durchgelesen, auch die Ergebnisse der Anhörungen der Verbände gelesen und muss sagen: Handwerklich kann man als politische Partei, als Fraktion bzw. Regierungsfraktion sicher nicht mehr tun, als alle Bedenken auszuloten und möglichst vielen zu entsprechen.

Dennoch wirft dieses Thema einige Fragen auf, z. B. – was wir heute noch nicht gehört haben – die 1-%-Verwaltungskostenregelung für die kommunalen Träger. 1 % bedeutet für Ulm beispielsweise 170 000 € Verwaltungskosten pro Jahr, und für Baden-Baden bedeutet es 6 500 €. Jeder Kreis braucht laut Auskunft des Landes 0,3 Arbeitskräfte, um die Verwaltungstätigkeit dort durchzuführen. 0,3 Arbeitskräfte verursachen laut Auskunft des Landes etwa 34 000 € an Personalkosten, und man muss auch noch den Arbeitsplatz einrichten; also kommt Baden-Baden mit 6 500 € hier sicher nicht weit. Deshalb werden wir sicher noch einen Änderungsantrag nachreichen, damit wir im Verwaltungskostenbereich einen Pauschalbetrag für die Kommunen für die nächsten drei Jahre sicherstellen können; denn sonst muss es aus der eigenen Kasse finanziert werden. Das ist eine Frage, die sich für uns ergeben hat.

Ein weiteres Risiko, das wir sehen, liegt darin, dass zukünftig die Netze so groß ausgeschrieben werden könnten, dass europaweite Ausschreibungen erfolgen müssen und damit die Gefahr besteht, dass Klein- und Mittelbetriebe aus der Region in Baden-Württemberg aus dem Markt verdrängt werden. Wie man das ausschließen könnte, ist ebenfalls als Frage offen.

Ein weiterer Punkt, der letztlich noch nicht geklärt werden konnte, besteht in Bezug auf die Finanzhoheit der Kommu-

nen, die ihnen die Möglichkeit lässt, eventuelle Restbeträge aus den jährlichen Zuweisungen – und zwar vom jeweiligen Aufgabenträger in seinem jeweiligen Zuständigkeitsbereich – für die Finanzierung anderer gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen nach Artikel sowieso Nummer sowieso EG zu verwenden. Daraus ergibt sich für mich ein klarer Anreiz für die Kommunen, die Bedingungen bei künftigen Ausschreibungen schärfer auszugestalten, um damit größere finanzielle Spielräume für sich zu erlangen.

Denn eines ist auch klar: Wir haben im Moment 1,5 Millionen Schüler in Baden-Württemberg. Wir wissen nicht, wie viele davon den ÖPNV in Anspruch nehmen, da die Daten, mit denen wir arbeiten, veraltet sind; wir erfassen ja neue. Allerdings stellt sich mir bei der neuen Datenerfassung die Frage: Beziehen wir auch die Zahlen ein, die wir in den letzten zehn Tagen aus der Presse erfahren haben, wonach wir mit etwa einer Million Kindern mehr in Deutschland rechnen müssen, zum einen durch höhere Geburtenraten – das ist sehr erfreulich – und zum anderen sicher durch Zuwanderung?

(Zurufe)

Daraus ergeben sich für die Kommunen höhere Belastungen, und es stellt sich die Frage: Ist das mit dem Gesetz, das gedeckelt ist, auch mit den gedeckelten Finanzraten ab 2021, getan oder verschiebt man nur die Risiken vom Bund auf das Land und vom Land in die Kommunen nach dem Motto „Den Letzten beißen die Hunde“? Das wollen wir nicht hoffen.

Wir werden vor der Zweiten Beratung noch einen Änderungsantrag einreichen; ansonsten werden wir von AfD-Seite diesem Änderungsgesetz sicher zustimmen, damit wir ein einstimmiges Ergebnis im Landtag hinbekommen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Kleinböck.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir wissen um die Besonderheiten des ÖPNV. Dieser funktioniert ja nicht nach den allgemeinen Marktregeln von Angebot und Nachfrage. Denn der ÖPNV ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und hat daher natürlich ganz andere Aufgaben. Der ÖPNV ist meist nicht kostendeckend zu betreiben. Wir wissen natürlich auch, dass hier eine Vorratshaltung schlicht unmöglich ist.

Dennoch darf ich noch einmal betonen, dass für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der ÖPNV ein zentraler Baustein öffentlicher Daseinsvorsorge ist. Denn wir wissen: Mobilität bedeutet immer auch soziale Teilhabe und muss deshalb barrierefrei für jede Bürgerin, für jeden Bürger zur Verfügung gestellt werden.

Die Notwendigkeit dieser Reform ist unbestritten. Bereits in der letzten Legislatur hatte sich – wir haben es vom Minister gehört – die Vorgängerregierung – auch unter Beteiligung der SPD; dieser Hinweis sei mir gestattet – mit diesem Thema befasst. Ich denke, insofern ist dieser Gesetzentwurf für uns nichts Ungewöhnliches.

(Gerhard Kleinböck)

Ungewöhnlich ist nur, dass er an einigen Stellen – nach dem, was wir bisher so sehen – doch etwas zu kurz springt. Der geplanten Stärkung der Aufgabenträger im ganzen Prozess der ÖPNV-Bestellung und -Finanzierung können wir natürlich grundsätzlich einiges abgewinnen. Allerdings muss es jetzt bei der praktischen Umsetzung der Reform auch darum gehen, die Stärkung der Aufgabenträger mit der Notwendigkeit einer engen Einbeziehung des gerade in Baden-Württemberg so starken und erfolgreichen mittelständisch geprägten Busgewerbes zu erreichen. Hier ist Sensibilität und Fingerspitzengefühl seitens der Aufgabenträger gefragt. Das entzieht sich ja unserem unmittelbaren Einfluss.

Wir wissen: Dieser neue Rechtsrahmen lässt einige Spielräume zu, wie denn die jetzt notwendigen allgemeinen Vorschriften in den Kreisen und Verkehrsverbänden umgesetzt werden. Der WBO hat hierzu einige Vorschläge gemacht. Ich denke, diese sollten nun auf Augenhöhe diskutiert und auch geprüft werden.

Allerdings muss ich auch sagen, dass diese Reform jetzt nicht dazu führen darf, dass die vorhandenen Strukturen mit einer falsch verstandenen Liberalisierung zerstört werden.

Wichtig ist mir auch, darauf hinzuweisen, dass der beginnende Wettbewerb in diesem Bereich nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Busgewerbe ausge tragen werden darf.

Bei der Neuaufteilung der Mittel kommt es aus unserer Sicht auch darauf an, die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg mit in diesen Prozess einzubeziehen und entsprechend die lokalen Gegebenheiten, die lokalen Probleme möglichst optimal zu lösen. So weit, so gut.

Was wir allerdings nicht ganz verstehen, ist der zweite Teil dieser Reform, nämlich dass die zweifellos notwendige Anhebung der finanziellen Mittel in mehreren Stufen erst ab 2021 kommen soll.

(Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Ihr habt es gar nicht hingekriegt! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das kann euch nicht aus der Verantwortung nehmen!)

Trotzdem gehen wir davon aus, dass wir heute über Maßnahmen für die nächste Legislatur entscheiden. Wie die Finanzsituation dann aussieht, wissen wir heute natürlich alle nicht.

Unabhängig von der Diskussion über Fahrverbote lässt es die bestehende Feinstaub- und Stickoxidproblematik nach unserer Überzeugung nicht zu, noch vier Jahre, bis eben auch höhere Mittel zur Verfügung stehen, zu warten, bis der ÖPNV, vor allem im Busbereich, so weit wie erforderlich ausgebaut werden kann. Ich denke, Städte und Kreise brauchen schon jetzt mehr Geld, um dieses Angebot rasch auszuweiten, und ich meine, da hätte auch von der kommunalen Familie eine härtere Verhandlungsposition eingenommen werden können. Aber wenn jetzt eine Einigung auf breiter Basis erzielt wird, dann ist es natürlich schwierig, gegen diesen Gesetzentwurf zu stimmen.

Wir wollen anregen, diesen Finanzrahmen noch einmal in Bezug auf die zeitliche Abfolge zu überdenken. Deshalb gehen

wir auch davon aus, dass wir bis zur zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfs noch einige Diskussionen führen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits seit vielen Jahren steht die Reform der ÖPNV-Finanzierung auf der politischen Tagesordnung. Schon in der letzten Legislatur hatte sich die Regierung reichlich bemüht, hat die Pläne aber irgendwann wieder eingesammelt, weil man nicht zur richtigen Lösung gekommen ist.

Insofern begrüßen wir, dass jetzt ein Gesetzentwurf vorliegt, auch wenn dieser nicht in vollem Umfang unseren Vorstellungen entspricht. Aber es ist gut, dass man jetzt einen Schritt weitergeht, und es ist gut, dass dadurch auch mehr Geld in das System kommt, auch wenn man das in die nächste Legislatur – das wurde gerade von Herrn Kleinböck angesprochen – verschiebt.

Erfreulich ist auch, dass man nochmals nachgebessert hat und einen Ausgleich der Verwaltungskosten vornimmt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hört, hört!)

Da wurde nachgearbeitet. Wie es sich dann weiterentwickelt, bleibt abzuwarten. Es ist nicht auszuschließen, dass die Landkreise irgendwann feststellen: „Dieser Ausgleich reicht uns nicht“, und man nach 2021 möglicherweise diesen Wert in Zweifel zieht und nochmals anhebt. Auch da liegt noch eine gewisse Unsicherheit.

Es bleiben große Unwägbarkeiten. Man hat den Status quo jetzt für die Finanzierung abgesichert. Aber über die Verteilung der 50 Millionen €, um die die Mittel dann ab 2021 erhöht werden sollen, hat man noch keine Entscheidung getroffen. Da findet man nach wie vor wie bereits in der letzten Legislatur keine Lösung. Es gibt die Überlegungen, das nach Fläche, Buskilometern und Fahrgastzahlen aufzuteilen. Das war aber auch schon in der letzten Legislatur die Grundlage, als man das Ganze dann irgendwann doch wieder eingesammelt hat, weil man keine Lösung gefunden hat.

Man darf nicht vergessen, dass die Verkehrsunternehmen, zu meist inhabergeführte oder mittelständische Unternehmen, natürlich einen ganz anderen Blick darauf richten. Denn letztendlich geht es hier um die Existenz der Unternehmen. Deswegen ist es für uns nicht verständlich, dass man diese Thematik auf die lange Bank schiebt und sagt: Irgendwann werden wir es lösen.

Ich finde, man hätte in dieses Gesetz schon sehr viel konkreter auch die zukünftige Aufteilung hineinnehmen sollen. So bleibt es eine Unsicherheit, wie die Mittel dann verteilt werden. Wir können schon heute davon ausgehen, dass es erhebliche Diskussionen gibt, die man jetzt einfach auf die zukünftigen Jahre verschoben hat.

(Jochen Haußmann)

Der zweite Punkt: Man hat sich für die Kommunalisierung entschieden, also für die Abgabe der Verantwortung an die Landkreise. Da ist es sehr wichtig – Frau Zimmer, Sie haben es angesprochen –: Die Busse haben im ÖPNV in Baden-Württemberg eine große Bedeutung. Über 50 % der Fahrgäste im ÖPNV im Land sind in Bussen unterwegs. Deshalb ist es immens wichtig, wenn man, wie Sie es ja auch vorgetragen haben, den ÖPNV stärken will, insbesondere die Busverbindungen zu stärken.

Gerade dann ist es doch verwunderlich, dass man jetzt diese Verantwortung den Landkreisen überlässt, ohne auch nur annähernd irgendwelche Überlegungen zu machen. Kollegin Razavi sagt, man hoffe dann auf kleinere Linienbündel. Das ist sicherlich richtig. Aber da wäre es dann schon wünschenswert, dass man eine Möglichkeit schafft, dass auch die Verkehrsunternehmen weiterhin eigenwirtschaftlich tätig bleiben. Es sind eben nicht reine „Lohnkutscher“.

In der weiteren Beratung sollte man noch einmal sehr genau beleuchten, welche Möglichkeiten seitens des Landes vorhanden sind, Vorgaben dergestalt zu machen, dass wir weiterhin eigenwirtschaftliche Verkehre haben und diese in der Struktur überschaubar bündeln. Wichtig ist, dass wir unsere Strukturen erhalten. Wir haben große Sorgen, dass wir dort deutliche Veränderungen bekommen. Wenn sich hier einmal die Unternehmerlandschaft verändert hat, holen Sie das nicht mehr zurück. Das wissen wir aus anderen Bundesländern. Deswegen müssen wir Sorge dafür tragen, dass sich die Zielsetzung, die man verfolgt, indem man mehr Geld ins System bringt, weiterhin in diesen bewährten mittelständischen Strukturen niederschlägt.

Es gibt für uns also schon noch einige Fragezeichen in der weiteren Beratung. Denn gerade im Hinblick auf die Qualität im ÖPNV, im Hinblick auf dichtere Bustakte ist es wichtig, diese Thematik noch einmal intensiv zu beleuchten. Das wollen wir in der weiteren Beratung tun, bevor wir entscheiden, ob wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2231 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Verkehr zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe nochmals **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/47

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/2337

Berichterstatter: Abg. Reinhold Pix

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

Beteiligt haben sich 125 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 80 Abgeordnete gestimmt;
enthalten haben sich vier Abgeordnete.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr knapp!)

Damit ist der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/47, abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Anton Baron, Dr. Christina Baum, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

SPD: Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Gabi Rolland, Dr. Nils Schmid, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfle.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbber, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lassotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Schefold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

CDU: Arnulf Freiherr von Eyb, Karl Zimmermann.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Claudia Martin.

*

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD
– Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung
des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer – Drucksache
16/2288**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Abg. Baron für die AfD-Fraktion.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir beraten heute über den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer. Es ist ein bisschen traurig, dass das Plenum gerade sehr dünn besetzt ist, aber so ist es halt.

(Zuruf von der CDU)

Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor. Es wäre höchste Zeit, die Bürger zu entlasten. Doch es geschieht mal wieder nichts. Die nimmersatten Etatisten der Kartellparteien kriegen den Hals nicht voll.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Die alte Schallplatte läuft wieder ab!)

Der Staat wird üppig gemästet, während man die Bürger auf Diät setzt.

All das hat unerfreuliche Folgen. Exemplarisch nehme man hier die Wohnungseigentumsquote. Deutschland hat die niedrigste Wohnungseigentumsquote in der gesamten EU, und sie sinkt weiter und weiter und weiter.

Meine lieben Damen und Herren, das hat Gründe. Hier im Ländle wurde der Grunderwerbsteuersatz von Grün-Rot im Jahr 2011 von 3,5 auf 5 % erhöht. Zum Vergleich: Bayern begnügt sich weiterhin mit einem Steuersatz von 3,5 % und hat dadurch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Baden-Württemberg, dem einstigen Land der Häuslebauer, das mehr und mehr zum Land der Eigentumslosen verkommt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Thomas Dörflinger CDU:
So ein Quatsch!)

Was ich besonders amüsant finde: Vor wenigen Monaten forderte ausgerechnet die Landes-SPD, die diese dreiste Steuererhöhung damals mit verabschiedet hat, plötzlich eine Halbierung des Grunderwerbsteuersatzes auf 2,5 %.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Sieh an, sieh an! Meine Damen und Herren, das ist unglaublich bis zum Gehtnichtmehr.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Genossen, wen wollen Sie hier eigentlich veräppeln?

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Sie können ja ruhig auf Dummenfang gehen. Aber unterschätzen Sie den Wähler nicht. Der hat ein langes Gedächtnis, und

er weiß ganz genau, was Sie in der Vergangenheit sonst noch so alles angestellt haben.

(Beifall bei der AfD)

Das war etwa das Zumüllen der Landesbauordnung mit allerlei bürokratischem Ballast, was nichts anderes ist als teure Schikane für Eigentümer und Bauherren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Die Konsequenzen kennen wir alle:

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Wohnraumverknappung und Mietpreisanstieg. So hat es die einst so stolze Sozialdemokratie geschafft, ihre eigene Wählerklientel zu vergraulen.

(Abg. Daniel Born SPD: Wegen der Grunderwerbsteuer? – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Unter anderem!)

– Ja, selbstverständlich auch deswegen.

All das geschieht, während man existierende Gerechtigkeitslücken nicht schließt. Denn für größere Immobilienunternehmen gibt es durchaus legale Umgehungsmöglichkeiten bei der Grunderwerbsteuer. Wenn diese großen Unternehmen Immobilien nicht direkt, sondern über eine Gesellschaft kaufen, an der sie weniger als 95 % der Anteile besitzen, dann müssen sie keine Grunderwerbsteuer bezahlen. Experten sind sich auch einig, dass zahlreiche größere Immobilientransaktionen mit derartigen Gesellschaftskonstruktionen, sogenannten Share Deals, gestaltet werden, um ebendiese Steuer zu umgehen.

Hier kommt wieder die gleiche Ungerechtigkeit ins Spiel wie auch mit der EEG-Umlage. Die Big Players werden privilegiert, und die kleinen Leute werden benachteiligt und zahlen auch noch diesen Unsinn.

(Beifall bei der AfD)

Das kann nicht unser aller Ziel sein. Politik ist dazu da, genau solche Missstände zu beheben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, hören wir endlich auf mit diesen ganzen Gängelungen und Drängelungen der Bürger. Politik im Wohnungsmarkt sollte wieder stärker dereguliert werden. Die Bürger brauchen ein wenig Luft zum Atmen, ein wenig Freiraum und gestalterischen und finanziellen Spielraum.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

All das können wir ihnen nur dann geben, wenn wir die durch Regulierung und Abgaben enorm angestiegenen Kosten reduzieren, wie sie auch in diesem Gesetzentwurf aufgeführt sind, etwa durch den verminderten Grunderwerbsteuersatz von 3,5 % für selbst genutztes Wohneigentum für je 50 000 € des Kaufpreises pro Erwachsenen und je 100 000 € pro Kind, um besonders Familien zu entlasten.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Eine weitere Möglichkeit, über die nachgedacht werden sollte, wäre eine starke Verschlinkung der Landesbauordnung.

(Anton Baron)

Ich erwähne es immer wieder: Hierbei warten wir auf die konkreten Vorschläge der Wohnraum-Allianz oder etwa die Abschaffung der kostenintensiven Energieeinsparverordnung. Aber das ist höchstwahrscheinlich mit den Grünen nicht zu machen.

Wohnraum muss bezahlbar sein. So ermöglicht man den Menschen wieder bezahlbaren Wohnraum, und nicht anders.

Sehr geehrte Damen und Herren, bitte lehnen Sie den Gesetzentwurf nicht pauschal ab wie alle unsere anderen Anträge und Gesetze, sondern suchen Sie endlich einmal die politische Auseinandersetzung mit uns.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Ich bitte Sie, im Finanzausschuss über dieses Gesetz zu diskutieren. Denn sachlich ist es auf jeden Fall richtig, endlich die Grunderwerbsteuer zu senken, anstatt das Geld mit beiden Händen in ideologische Projekte zu stecken.

(Beifall bei der AfD)

Das Geld muss zurück an die Bürger in unserem Land, damit sie günstiger wohnen und bauen können. Finanziell halten sich die Kosten im kleinen Rahmen. Dies werden wir dann auch in der Zweiten Beratung entsprechend vortragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Bay das Wort.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn meiner Rede aus der Begründung der AfD zu ihrem Gesetzentwurf zur Senkung der Grunderwerbsteuer für Verheiratete und deren Kinder zitieren:

Günstiger Wohnraum ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern auch ein Anreiz für eine positive demografische Entwicklung,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

denn den Kindern gehören die Zukunft und Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Christina Baum und Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut!)

Der ohnehin schwierig formulierte Satz passt inhaltlich allerdings nicht zum vorgelegten Gesetzentwurf. Sollte das passen, dann müsste die AfD nämlich formulieren: Den Kindern aus Familien mit verheirateten Eltern gehören die Zukunft und Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg leben aber 17 % aller Kinder in einer Familie mit einem alleinerziehenden Elternteil, weitere 8 % der Kinder bei nicht verheirateten Paaren. Das sind 25 %, somit also ein Viertel aller Kinder im Land, Tendenz steigend. Jedem vierten Kind in Baden-Württemberg gehört also nach Ansicht der AfD offensichtlich nicht die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ist das wünschenswert?)

Wir erleben hier einmal mehr den Versuch der AfD, in einem Gesetzentwurf ein Familienbild zu bevorzugen, das viele reale Familienkonstellationen im Regen stehen lässt, die Leistung von Alleinerziehenden und unverheirateten Paaren bei der Erziehung ihrer Kinder in keiner Weise anerkennt und eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Kindern ins Abseits schiebt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin Bay, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klos?

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Nicht nur das: Der AfD-Gesetzentwurf kündigt auch den Pakt für Familien zwischen dem Land und den Kommunen auf. Die Grunderwerbsteuer wurde 2011 um 1,5 Prozentpunkte erhöht, und dieser Betrag wird in die Kleinkindbetreuung investiert.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

68 % der Betriebsausgaben pro Kind werden so vom Land finanziert.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das ist ein Spitzenwert im Ländervergleich. Wer also die Grunderwerbsteuer senken will, der muss auch sagen, wo dann das fehlende Geld herkommen soll. Aber hier: komplette Fehlanzeige bei der AfD.

(Abg. Emil Sänze AfD: Selbstregulierend!)

Vielmehr lesen wir – Zitat –:

Eine Schätzung der Gesamt-Einnahmeverluste ... ist ... derzeit nicht seriös möglich.

(Vereinzelt Beifall)

Die AfD schlägt als Ersatz für den nicht bezifferten Einnahmeverlust noch nicht realisierte Steuereinnahmen der kommenden Jahre und andere ebenfalls nicht weiter benannte Projekte der Landesregierung vor.

(Abg. Anton Baron AfD: Das kommt im Haushalt!)

Das, meine Damen und Herren von der AfD, verstehen Sie also unter solider Finanzpolitik?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Für uns Grüne ist dies unverantwortliche Finanzpolitik zulasten des Landes, der Kommunen und der Familien – welcher Konstellation auch immer.

(Beifall bei den Grünen)

Neben den Schäden, die er also entfalten würde, ist dieser Gesetzentwurf aus Sicht von uns Grünen auch ungeeignet, das Problem, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen,

(Susanne Bay)

zu entschärfen, weil er den Grunderwerb für den Bau von Mietwohnungen ebenfalls ausdrücklich ausschließt. Aber richtig adressierter Mietwohnungsbau ist es, den wir hier im Land ebenfalls dringend benötigen.

Genau hier setzt die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg an. Wir haben mit 180 Millionen € eine Rekordsumme im Förderprogramm „Wohnungsbau BW 2017“ für den Mietwohnraumbau eingestellt. Weitere 70 Millionen € fließen in die Eigentumsförderung. Wie die ersten Zahlen der L-Bank zeigen, wird das Programm sehr gut nachgefragt. Es stehen also 250 Millionen € zur Verfügung, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Die Regierungsfractionen haben also das Thema Wohnen als mitentscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land identifiziert. Wir handeln sowohl im Segment Mieten als auch beim eigengenutzten Wohnraum. Wir bleiben dabei: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein sehr wichtiges Thema in unserem Land – für die Menschen, die arbeiten und ihre Kinder gut betreut wissen möchten, und ebenso für die Betriebe in allen Bereichen der Wirtschaft, die händeringend Fachkräfte suchen. Das ist ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor.

Deshalb wird daran auch nicht gerüttelt, obwohl dies vielleicht gerade die Absicht der AfD ist. Deren Vertreter und Vertreterinnen haben bereits mehrfach bekundet, dass sie die Betreuung in der Familie als bevorzugtes Modell ansehen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Dagegen stellen wir Grünen und auch unser Koalitionspartner die richtigen Weichen für eine wirkliche Wahlfreiheit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Für Kinderaufbewahrungsanstalten!)

Hier verweise ich noch auf den Armuts- und Reichtumsbericht des Landes. Dieser belegt, dass das Armutsrisiko besonders in Familien vorhanden ist und bei Alleinerziehenden am höchsten ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Entsprechend wichtig für diese Personengruppe sind deshalb verlässliche Betreuungszeiten, für die viele Kommunen – mit Unterstützung des Landes – bereits gut sorgen. Ebenso wichtig ist eine Wohnraumförderung, die, wie unsere in Baden-Württemberg, alle Menschen dieses Landes, die Wohnraum nachfragen, mit einbezieht.

Wir Grünen lehnen also aus den dargelegten Gründen den Gesetzentwurf ab. Innovativ wäre daran immerhin gewesen, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare nach neuer Gesetzeslage in den Genuss der von der AfD beantragten Steuersätze gekommen wären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Stefan Herre AfD: Das muss erst das Bundesverfassungsgericht klären!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Köbller.

Abg. Joachim Köbller CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Kollegin Bay hat bereits einiges zur Begründung des Antrags der AfD-Fraktion gesagt. Dem kann man sich nur anschließen. Aber ich will einmal etwas Grundsätzliches zum Wohnungseigentum sagen:

Deutschland liegt im Vergleich der europäischen Länder bei der Wohneigentumsquote am unteren Ende der Skala.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

In der Bundesrepublik Deutschland beträgt die Wohneigentumsquote 45 %. Zehn Prozentpunkte mehr sind es in Großbritannien und 20 Prozentpunkte mehr in Italien. Hinzu kommt, dass die unteren Einkommensgruppen immer weniger Wohneigentum haben.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Die Quote ist in den letzten 20 Jahren von 25 auf 17 % zurückgegangen. Ferner sagt die Untersuchung, die von der FDP beim Institut der deutschen Wirtschaft in Auftrag gegeben worden ist, dass in immer stärkerem Maß die ältere Bevölkerung zu Wohneigentum kommt und die jüngere nicht.

Da muss also etwas geändert werden. Es gibt ein persisches Sprichwort:

Vier eigene Wände machen einen Menschen frei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Eigentum macht frei, schafft Sicherheit und ist eine Vorsorge für das Alter. Insgesamt haben wir natürlich einen großen Bedarf an Wohnungen, an Wohneigentum, und wir müssen in Zukunft da etwas tun.

Zunächst muss man aber einmal untersuchen: Woran liegt es, dass die Wohneigentumsquote bei uns so niedrig ist? Erstens liegt es am hohen Kapitalbedarf. Ungefähr 30 % Eigenkapital muss eingebracht werden. Wir haben natürlich gestiegene Immobilienpreise, und die Erwerbsnebenkosten sind relativ hoch. Diese umfassen aber nicht nur die Grunderwerbsteuer, sondern auch die Maklergebühr, die Notargebühr und die Gebühren beim Grundbuchamt. Wenn man dies im europäischen Vergleich sieht, bedeutet das: Bei einem Kaufpreis von 250 000 bis 300 000 € fallen Erwerbsnebenkosten in Höhe von durchschnittlich 28 000 € an, während es in den Niederlanden nur 6 000 € sind.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Interessant!)

Das heißt, wir müssen alles gemeinsam anschauen.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das hat auch das Institut der deutschen Wirtschaft getan. Der Grunderwerbsteuersatz liegt in Baden-Württemberg mit 5 % nicht am oberen Ende der Spanne; es handelt sich im Grunde um den Durchschnitt oder weniger als den Durchschnitt. Das Land Baden-Württemberg kann derzeit nicht ohne Weiteres entscheiden, diesen abzusenken.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

(Joachim Kößler)

Denn das ist eine Ländersteuer, deren Aufkommen ungefähr 5 % unserer Steuereinnahmen ausmacht. Sie schreiben in Ihren Gesetzentwurf, wir sollten sie senken, ohne jedoch zu sagen – das hat Kollegin Bay schon angesprochen –, wie wir das gegenfinanzieren sollen. Es ist einfach, etwas zu fordern, ohne einen Gegenfinanzierungsvorschlag zu machen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Susanne Bay
GRÜNE – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Aus den
Steuereinnahmen, die sprudeln!)

Mir erscheint es so: Sie machen hier Wahlkampf. Die Argumentation des Kollegen Baron ging im Grunde genau in diese Richtung.

Also: Wer Vorschläge macht, beispielsweise den, Steuern zu senken, muss auch sagen, wie sie gegenfinanziert werden.

Ich will diesem Wahlkampfschnellschuss von Ihnen jedoch etwas entgegensetzen. Die Kollegin Bay hat ja es schon gesagt: Wir machen im Land schon sehr viel mit der Wohnrauminitiative 2017. Ich sage Ihnen eines: Die CDU sagt zusätzlich – das steht im Wahlprogramm der Bundes-CDU –: Wir wollen ein Baukindergeld, und zwar in Höhe von 1 500 € für jedes Kind und für einen Zeitraum von zehn Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Das würde meines Erachtens entscheidend dazu beitragen, dass junge Familien die Finanzierung bewältigen können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE)

Natürlich kann man auch – und zwar bundesweit – über die Grunderwerbsteuer reden. Wir müssen aber von einem Gesamtkonzept ausgehen. Wir lehnen deshalb Ihren Gesetzentwurf ab. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Werden Sie konkreter; werden Sie im Grunde genommen solider, was den Haushalt betrifft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Born.

Abg. Daniel Born SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns in der SPD ist klar: Wir stehen für eine Wohnraumoffensive in Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Bund – der übrigens die Mittel hierfür verdreifacht hat. Deshalb kann sich Frau Bay für das viele, was das Land tut, hier auch feiern lassen. Da sind viele Bundesmittel dabei. Gott sei Dank ist die Bundesregierung da so engagiert –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

gemeinsam mit den Kommunen, den Mieterinnen und Mietern, den Vermieterinnen und Vermietern, den Handwerkerinnen und Handwerkern, den Architektinnen und Architekten, den Genossenschaften, den Mehrgenerationeninitiativen, den Gesellschaften und den vielen Häuslebauerinnen und Häuslebauern in Baden-Württemberg.

Bezahlbare Wohnungen, gelingende Nachbarschaften, innovatives Bauen – das ist eine Gemeinschaftsaufgabe für unser Land: ein klarer Kurs für mehr Mietwohnungen, insbesondere auch mehr sozial gebundene Wohnungen, aber spiegelbildlich auch ein klarer Kurs, der insbesondere Familien dabei unterstützt, ihren Traum vom Eigenheim zu realisieren. Das ist das, was Baden-Württemberg als seriöse Wohnungsbaupolitik braucht.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen schauen zu Recht auf den Landtag und fragen sich: Unterstützt der mich bei dem, was ich vor Ort tue? Das haben sie übrigens auch 2011 gemacht, als Baden-Württemberg die rote Laterne bei der Kinderbetreuung hatte. Damals hat die Koalition aus SPD und Grünen eine kluge Entscheidung getroffen, indem sie über die Grunderwerbsteuer einen Pakt mit den Kommunen finanzieren konnte, um bei der Betreuung aufzuholen und den Rechtsanspruch umzusetzen. Das war entscheidend, um die Familien in Baden-Württemberg zu unterstützen.

Dass das über die Grunderwerbsteuer gemacht wurde, war richtig clever. Die Grunderwerbsteuer wird zu 85 % nicht von Familien bezahlt; insofern hat das zu einer Quersubvention an die Familien geführt, und zwar von den Leuten, die in Baden-Württemberg investieren können, um die andere Investition, nämlich die in die Köpfe und in die Bildung, zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist seriöse Politik. Das ist eine Politik, die sagt, was sie mit den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer macht. Das unterscheidet unsere Politik übrigens von dem, was Schwarz und Grün in ihren Nebenabreden festgehalten haben – Frau Bay hat ja die Nebenabreden nicht mit entworfen; es war ja ein kleinerer Kreis –; es ging ganz allgemein darum, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Nicole Raza-
vi und Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf von der
SPD: Richtig!)

Für die SPD kann ich sagen: Wir stehen Schulter an Schulter mit den Familien, die ein Zuhause für sich bauen wollen. Dies gilt – so sehr ich mich darüber freue, dass das Eheverbot für Schwule und Lesben aufgehoben wurde – übrigens unabhängig vom Trauschein für alle Familien, die ein Zuhause bauen wollen.

Wir haben unsere Position Anfang Februar vorgelegt und vorgeschlagen, dass der Grunderwerbsteuersatz beim Ersterwerb von selbst genutztem Wohnraum halbiert wird. Wir halten diese Halbierung beim Ersterwerb für eine richtig gute und faire Lösung. Denn es ist ja so: Die meisten kaufen einmal im Leben eine Wohnung oder ein Häuschen für sich und ihre Familie, und das ist eine richtige Kraftanstrengung. Da wird knapp kalkuliert. Und wegen der massiven Preiserhöhungen an allen Ecken und Enden ist es gut, wenn wir, das Land Baden-Württemberg, sagen: Wir wollen hier mitgestalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Herz für Ge-
rechtigkeit!)

(Daniel Born)

Es ist gut, dass die SPD auch auf Bundesebene sagt: Wenn sie nach der Bundestagswahl weiter Verantwortung im Bund haben darf, wird sie ein Familienbaugeld durchsetzen, was tatsächlich hilft, weil es nicht tröpfchenweise, wie von der CDU gewünscht, über einen langen Zeitraum verteilt wird, sondern am Anfang, wenn die meisten Investitionen anfallen. Denn da stärkt es die Schultern. Das ist seriöse Politik für Familien. Das ist seriöse Politik für mehr Wohnraum.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb haben wir einen Antrag mit der Forderung nach einer Bundesratsinitiative in den Landtag eingebracht. Denn, liebe Kollegen und Kolleginnen von der AfD,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Baron, ich weiß ja, dass Sie panische Angst haben, ins Grundgesetz zu gucken.

(Zurufe von der AfD)

Aber bevor man über die Grunderwerbsteuer spricht, sollte man einmal ins Grundgesetz schauen. Denn dann merkt man, dass das, was Sie hier machen wollen, gar nicht so einfach geht. Die Familien haben es aber verdient, dass sie bei ihrer Kraftanstrengung, bei ihrer massiven Investition eine Politik erleben, die wirklich ihre Schultern stärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist z. B. mit dem möglich, was die SPD fordert, was die SPD hier einbringt. Insofern: Machen Sie mit! Hören Sie sich das an! Aber denken Sie daran: Die Familien brauchen eine seriöse Politik; und diese wird auf der von mir aus gesehen linken Seite des Hauses gemacht.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Aden das Wort.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Werke, das wir ernst bereiten, geziemt sich wohl ein ernstes Wort.

Ich füge frei nach Schiller hinzu: Wenn gute Argumente sie begleiten, dann fließt die Arbeit munter fort.

(Beifall der Abg. Jochen Haußmann und Jürgen Keck FDP/DVP)

Wir von der FDP/DVP haben sehr gute Argumente, um eine Reform des Grunderwerbsteuergesetzes zu fordern:

Erstens: Die Grunderwerbsteuer ist für jedes Bundesland eine Gelddruckmaschine.

Zweitens: Öffentliche Leistungen, die einen Bezug zum Wohneigentum haben, werden fast ausschließlich von den Kommunen erbracht. Diese werden aber nur mit 38 % an der Steuer beteiligt.

Drittens: Die Grunderwerbsteuer fällt ja nicht nur beim Ersterwerb des Grundstücks an, sondern bei jedem Eigentümerwechsel aufs Neue.

(Abg. Emil Sänze AfD: Hört, hört!)

Es kommt also zu einem staatlich veranlassten Preisanstieg.

Viertens: Seit der Steuersatz für die Grunderwerbsteuer freigegeben ist, haben sich die Länder bei der Anhebung des Steuersatzes überboten. Baden-Württemberg hat 2011 den Steuersatz von 3,5 auf 5 % erhöht; Nordrhein-Westfalen hat ihn auf 6,5 % angehoben.

Aber jetzt kommt das eigentlich Entscheidende: Absurd in diesem Zusammenhang ist, dass ein niedriger Steuersatz beim Länderfinanzausgleich die betreffenden Länder zusätzlich belastet – ein völliger Konstruktionsfehler der Föderalismusreform von 2006. Ich möchte darauf nicht weiter eingehen. Das hängt aber damit zusammen, dass nicht die aktuellen Steuereinnahmen errechnet werden, sondern die Steuereinnahmen aufgrund der fiktiven Hebesätze, die aus dem Durchschnittssatz der Grunderwerbsteuer aller Länder berechnet werden. Darauf kann man aber vielleicht in der zweiten Lesung noch genauer eingehen.

Die Gier der Länder zeigt sich schon allein daran, dass seit 2006 der Grunderwerbsteuersatz insgesamt 27 Mal erhöht worden ist – allein im kleinen Saarland vier Mal.

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Bei der Grunderwerbsteuer handelt es sich allerdings um keine Bagatelsteuer. Allein im Landeshaushalt sind ca. 1,7 Milliarden € veranschlagt, und bundesweit sind es etwa 12 Milliarden € oder sogar etwas mehr – fast so viel wie durch den Solidaritätszuschlag.

Nach diesen grundsätzlichen Betrachtungen stellt die FDP/DVP-Fraktion den Antrag, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

um im Grunderwerbsteuergesetz einen Freibetrag – jetzt kommt es; hören Sie bitte zu – von 500 000 €

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

zum Erwerb von Wohneigentum für natürliche Personen zu verankern.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Dieser Freibetrag kann auch für mehrere Erwerbe bis zur maximalen Höhe eingesetzt werden. Er kann sogar kumuliert werden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Gehen Sie davon aus, dass Sie wieder nicht in den Bundestag kommen?)

– Wie kommen Sie denn darauf? Ich denke, das ist eine sehr – – Wenn Sie jetzt weiter zuhören – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben gerade gesagt, Sie wollen eine Bundesratsinitiative! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Lede Abal, haben Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sie können eine Frage stellen. Wenn Sie am Ende meiner Rede immer noch so daherreden, können wir uns nachher auf dem Flur unterhalten.

(Heiterkeit des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Warum fordern wir seitens unserer Fraktion diesen Freibetrag, der auch im Wahlprogramm unserer Partei steht? Erstens: Trotz der extrem niedrigen Zinssätze stagniert die Wohneigentumsquote. Das ist schon gesagt worden. Ein wichtiger Punkt – das ist wirklich wichtig –: Erwerbsnebenkosten können nicht kreditfinanziert werden. Dadurch reduziert sich bei den Bauwilligen die Eigenkapitalquote. Das vermindert die Bonität und erhöht die Kreditkosten.

Bei Schwellenhaushalten kann die Grunderwerbsteuer damit den Traum vom Eigenheim zunichtemachen. Das wollen wir gerade nicht. Die Baunebenkosten machen mittlerweile 10 % aus und sind die höchsten in Europa. Darüber haben wir gesprochen.

Nach unserer Überzeugung ist eine Wohnimmobilie eine ideale Geldanlage. Das wurde auch schon angesprochen.

Mit einem Freibetrag können wir den ohnehin steigenden Wohnkosten entgegenwirken. Bauvorschriften – überdachte Fahrradständer usw. –, Begrünavorschriften, die Abgabebelastung auf Strom, Heizung usw. führen mittlerweile zu deutlichen Kostensteigerungen. Deswegen sind wir dafür, dass wir diese Sache abschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens: Es wurde gesagt, dass wir auch die Share Deals in diese Diskussion einbeziehen müssen. Wir müssen darauf hinwirken, dass bei den Share Deals ein neues Abkommen geschaffen wird.

Eines möchte ich noch sagen: Sie sprechen von Gegenfinanzierung. Das finanzielle Umfeld für Entlastungen ist momentan sehr günstig. Die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte sind deutlich gesunken, und wir hören fast täglich von neuen Rekorden bei den Steuereinnahmen. Ab 2020 werden wir sogar zusätzlich 9,7 Milliarden € aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erhalten. Eine Reduzierung der Grunderwerbsteuer ist daher aus fiskalischer Sicht möglich.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Die Grunderwerbsteuer ist eine Steuer mit vielen Mängeln. Sie hat den größten Anteil an den Erwerbsnebenkosten, sie ist verteilungspolitisch problematisch, da Familien und Geringverdiener im Verhältnis zu ihren Einkünften besonders belastet werden, sie hemmt die Mobilität bei der Arbeitsplatzsuche, sie belastet die private Altersvorsorge, sie unterliegt verschiedenen Schwankungen.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident. – Der von uns vorgeschlagene Freibetrag in Höhe von 500 000 € ist eine unbürokratische und spürbare Entlastung zur Erfüllung des Traums vom Eigenheim.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

(Zuruf: Sehr gut!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst betonen, wie wichtig es der Landesregierung ist, dass junge Familien bezahlbaren Wohnraum finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Insgesamt wollen wir Familien stärken und im Land gute Rahmenbedingungen für sie setzen. Das gilt bei Kinderbetreuung und Bildung, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ebenso beim Thema Wohnen.

Dazu gehört, dass wir einkommensschwächere Familien zielgerichtet beim Erwerb eigengenutzten Wohnraums unterstützen, und dazu gehört auch die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus; denn auch das ist für viele Familien wichtig. Unser Förderprogramm Wohnungsbau kommt damit zielgenau jungen Familien zugute.

Was hingegen schlägt die AfD-Fraktion vor? Sie greift sich aus dem Themenfeld einen Punkt heraus und schlägt die Einführung eines ermäßigten Steuersatzes von 3,5 % für bestimmte Teile des Kaufpreises beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum durch Ehepaare vor. Mit dieser Initiative soll die im Jahr 2011 vorgenommene Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes zumindest teilweise rückgängig gemacht werden. Begründet wird dies mit der Förderung junger Familien, wobei – wir haben es schon gehört – für die AfD Familie offenbar nicht dort ist, wo Kinder sind, sondern ausschließlich über den Trauschein definiert wird.

(Beifall der Abg. Anton Baron und Daniel Rottmann AfD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darstellen, welchem Zweck die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes im Jahr 2011 diene. Denn dabei ging es ja um die Förderung junger Familien. Mit dem Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer ist in Baden-Württemberg zum 5. November 2011 der Grunderwerbsteuersatz von 3,5 % auf 5 % erhöht worden.

(Unruhe)

Der dadurch entstandene fiskalische Spielraum wurde genutzt, um die Rahmenbedingungen für Familien, insbesondere die Kleinkindbetreuung, zu verbessern.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Deshalb haben die frühkindliche Bildung und eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

in Baden-Württemberg eine hohe Priorität. Gerade in den ersten Lebensjahren wird der Grundstein für den zukünftigen Bil-

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

derungserfolg gelegt. Deshalb müssen allen Kindern, unabhängig von der sozialen Herkunft, von Beginn an die gleichen Bildungschancen offenstehen, und hierfür braucht es Hausmittel.

Wir leben im 21. Jahrhundert. Gleichstellung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten Selbstverständlichkeiten sein. Das heißt aber auch, dass wir ganz einfach ein gutes Kinderbetreuungsangebot brauchen. Diesem Bedarf hat das Land in den letzten Jahren Rechnung getragen und hat die Erhöhung der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer genutzt, um gemeinsam mit den Kommunen die Kleinkindbetreuung auszubauen. Wir haben außerdem den Bedarf an Schulsozialarbeit gedeckt. Das ist ein wichtiges Angebot für Kinder und Jugendliche, das deren Entwicklung fördert und gleichzeitig zur Vermeidung bzw. zum Abbau von Bildungsbenachteiligung beiträgt.

Auch über die Kostenbeteiligung des Landes bei der Finanzierung der Ganztagschulen, einschließlich des Mittagessens, konnte damals eine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden erzielt werden.

Die Finanzierung all dieser Maßnahmen war ohne Nettoneuverschuldung nur durch Einsparmaßnahmen sowie durch die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes möglich.

Daran hat sich nichts Wesentliches geändert. Denn auch im Jahr 2017 gilt, dass trotz erfreulicher Entwicklung der Steuereinnahmen neben Investitionen in den Abbau des Sanierungsstaus auch Einsparungen erforderlich sind. Oder andersherum formuliert: Die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes im Jahr 2011 hat es dem Land ermöglicht, wesentliche Verbesserungen für Familien und Kinder umzusetzen und Baden-Württemberg familienfreundlicher zu machen.

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Genau.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Neben diesem fiskalischen Aspekt ergeben sich bei dem nun vorgelegten Gesetzentwurf der AfD Probleme bei der praktischen Umsetzung. Die Regelungen sind wenig zielgenau und schwer administrierbar. Zum einen liegen bei den Grunderwerbsteuerstellen im Vergleich zu den Einkommenssteuerbezirken bei den Wohnsitzfinanzämtern keine Kenntnisse über den jeweiligen Familienstand, die Familienzugehörigkeit und den gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes vor. Eine Überprüfung dieser besonderen Merkmale anhand des vom Notariat übersandten Kaufvertrags ist auch nicht möglich.

Wenn ich den Gesetzentwurf lese, sehe ich: Er hat auch nicht wirklich junge Familien im Blick, sondern Ehepaare, egal, welchen Alters. Alleinerziehende und Familien ohne Trauschein sollen nicht profitieren. Es gibt keine Beschränkung auf den Ersterwerb der Wohnung oder des Hauses; auch die Dauer der Eigennutzung spielt offenbar keine Rolle.

Die Überprüfung solcher Voraussetzungen würde auch für weiteren bürokratischen Aufwand sorgen. Aber ohne jegliche Regelung ist die Zielgenauigkeit Ihres Vorschlags ausgesprochen gering.

Dieses Problem der mangelnden Zielgenauigkeit trifft übrigens auch auf das FDP-Konzept zu, das Sie, Herr Kollege Aden, angesprochen haben.

(Vereinzelt Oh-Rufe von der AfD – Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Im Übrigen bestehen erhebliche Zweifel, ob der seitens der AfD vorgelegte Vorschlag sich überhaupt in dem den Ländern durch das Grundgesetz vorgegebenen Rahmen bewegt, wonach die Länder lediglich den Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer selbst festlegen können. Der Gesetzentwurf ist also auch handwerklich nicht besonders gelungen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Insgesamt lässt sich daher feststellen: Wir haben in den letzten Jahren auch dank der Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes deutliche Fortschritte gemacht, die Rahmenbedingungen von Familien und Kindern in Baden-Württemberg zu verbessern. Diesen Weg wollen wir weitergehen und dabei möglichst zielgenaue Maßnahmen ergreifen. Der vorgelegte Gesetzentwurf hilft hierbei nach unserer Einschätzung nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Norbert Beck CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

(Zurufe, u. a.: Nein! Herr Dr. Gedeon!)

Abg. Dr. Gedeon, bitte schön.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Normalerweise sage ich ja am Nachmittag nichts, aber bei dem Thema Grunderwerbsteuer, da kommt mir die Galle hoch.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident – ich will Sie begrüßen –, meine Damen und Herren!

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann sollten Sie einen Arzt aufsuchen, wenn Ihnen die Galle hochkommt!)

– Ja, bitte. Toller Einwurf. – Sie winden sich, Sie wissen nicht, wie Sie reagieren sollen, weil Sie wissen, dass das ein Thema bei der Bevölkerung ist. Sie kommen mit allen möglichen Dingen, mit Einsparungen, die trotzdem notwendig sind. Es geht dann plötzlich vor allem um Zielgenauigkeit, sagen Sie. Zielgenauigkeit!

Meine Damen und Herren, vor allem von Rot-Grün, es geht nicht um Zielgenauigkeit, es geht um Ihre Ideologie. Es ist kein Zufall, dass überall da, wo Rot-Grün ist, der Grunderwerbsteuersatz ansteigt. Man kann also sagen: Wo Rot-Grün ist, da wird Eigentumserwerb erschwert.

(Beifall der Abg. Stefan Räßle und Bernd Gögel AfD)

Woran liegt das, meine Damen und Herren? Woran liegt das? An Ihrer Ideologie. In den Tiefen Ihrer Herzen steckt immer

(Dr. Wolfgang Gedeon)

noch Ihre Ideologie, dass Eigentum etwas Bourgeois ist. Und Sie sind ja anti-bourgeois.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Nein! Sie reden Unsinn! Das ist Unsinn! – Abg. Martin Hahn GRÜNE schlägt die Hände vors Gesicht. – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Wirklich wahr! – Weitere Zurufe)

Ja, das ist Ihr Thema; ich hole es sozusagen psychoanalytisch aus Ihnen heraus. So kann man erklären,

(Zurufe – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

warum Sie hier an so hanebüchenden Sachen drehen, dass Sie also wirklich überall – – Sobald Sie an der Regierung sind, erhöhen Sie die Grunderwerbsteuer. Das ist unappetitlich, meine Damen und Herren, und das ist auch unprofessionell,

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

wenn Sie das der AfD hier vorwerfen. Da muss man sich fragen: Wollen Sie überhaupt parlamentarisch arbeiten?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! Eine echte Witzfigur! – Weitere Zurufe)

Oder ist es so: „Wir sind gut, und die AfD ist schlecht,

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und alles, was von der AfD kommt, ist schon mal per se schlecht“?

Ja, dann braucht man nicht mehr zu diskutieren.

(Zurufe)

Aber das ist nicht nur unprofessionell, meine Damen und Herren von Rot und Grün, das ist auch gegen den parlamentarischen Willen. Das ist gegen den Volkswillen. Denn die AfD ist genauso gewählt wie Sie.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Richtig! Das akzeptieren wir ja! Es fällt zwar schwer, aber trotzdem! – Weitere Zurufe)

Sie müssten ein Minimum an Professionalität aufbringen, um zu sagen: Wenn ein guter Vorschlag von dieser Seite kommt, dann greifen wir den auf. – Sie können den ja noch verbessern. Sie können noch Ergänzungsvorschläge machen. Wenn Sie sagen, dass 25 % nicht erwähnt sind, dann können Sie nachher doch noch ein neues Gesetz bringen, durch das auch noch die 25 % ihren Vorteil haben. Aber jetzt sagen Sie doch endlich einmal: „Das ist eine gute Sache. 75 % profitieren davon. Dem stimmen wir zu.“

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: So ein Schmarren!)

Das würde zeigen, dass Sie die Sache ernst nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache jetzt endgültig beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2288 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen und Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 7 – Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/668 – abzusetzen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 20. Juli 2017, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:56 Uhr